CLASH

Internationale Zeitung



DM 6.-
SFr 6.50
ÖS 35
FL 6.50
$ 3.-
Pds 3.-
Pta 300
FF 18

Schwerpunkt:
Reaktionäre Mobilisierung
Hintergrund :
Sendero Luminoso

Deutschsprachige Ausgabe Nummer 9 Herbst 1993

INHALT

EDITORIAL & SCHWERPUNKTVORSTELLUNGEN

SCHWERPUNKT

Antifaschistische Perspektiven und Kämpfe gegen die **REAKTIONÄRE MOBILISIERUNG** und die Faschistische Entwicklung

SENDERO LUMINOSO

LÄNDERBERICHTE

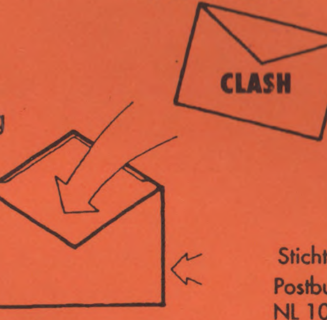
IMPRESSUM

Entstanden ist die CLASH aus dem Internationalen Infoladentreffen (ILT), einem halbjährlichen Treffen von Infoläden aus einigen Ländern Europas. Die Nullnummer erschien 1989. Die CLASH erscheint 3 - 4 monatlich in einer englischen und einer deutschen Ausgabe.
Der Herausgeber ist ein unabhängiges Redaktionskollektiv von Menschen aus verschiedenen Ländern Europas.
Die inhaltliche Bestimmung ergibt sich aus der Diskussion des Redaktionskollektives, der CLASH Arbeitsgruppe des ILT und der internationalen Beteiligung.
Die CLASH ist in guten Buch-und Infoläden in West-Europa, in den USA, Kanada und darüber hinaus erhältlich. Wenn ihr sie dort nicht findet, sprecht mit diesen Läden wegen größerer Bestellungen. Einzelne Abos sind für uns nur schwer zu machen. (Nach Übersee machen wir natürlich Ausnahmen)

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Post bitte im doppelten Umschlag: (siehe Grafik)
- auf den inneren Umschlag:
CLASH
- auf den äußeren Umschlag:
Stichting Marinus vd Lubbe
Postbus 11149
NL 1001 GL Amsterdam
Niederlande



visdp: Joop Soetemelk

EINSENDESCHLUSS
* für die Nummer 10 (Patriarchat) ist der 15.11.1993
* für die Nummer 11 (Kapitalistische Krise) ist der 31.3.1994
* für die Nummer 12 (Imperialistische Krieg, Vorstellung im nächsten Heft - s. auch Editorial) ist der 31.7.1994

KNAST-ABOS

Wir haben sehr viele Anfragen von Menschen aus dem Knast bekommen, die die CLASH auch lesen wollen. Bisher haben wir ihnen die Zeitung immer zugeschickt. Langsam ist aber unsere finanzielle Kapzität erschöpft. Obwohl wir uns über jeden Brief und jede Anfrage aus dem Knast freuen und auch weiterhin wollen, daß Gefangene uns die Adressen von anderen Gefangenen schicken, die auch Interesse haben : wir schaffen es finanziell einfach nicht mehr!
Also: die eine Möglichkeit wäre, die Zeitung noch teurer zu machen, um die Knast-Abos zu finanzieren. Das würde zwar den gefangenen helfen, dafür könnten aber Leute draußen, die nicht so viel Geld haben, sich die Zeitung nicht mehr leisten. Also Scheiße: so geht´s auch nicht.
Deshalb unser Appell an euch:
Ermöglicht den Gefangenen die Teilnahme an der politischen Diskussion!
Sorgt selbst dafür, daß Zeitungen in die Knäste kommen!
Übernehmt Knast-Abos!

Knast-Abos heißt: schjckt uns 30 Mark / 30 Franken / 20 $ ... und wir schicken dafür einer/m Gefangenen 4 Ausgaben und übernehmen auch das Porto. Aber hne diese Unterstützung von euch wissen wir wirklich nicht mehr, wie das weitergehen soll.

EDITORIAL

Kaum zu glauben, aber diese Ausgabe erscheint zum angekündigten Termin. Und es ist das erste Mal ein Heft mit dem Schwerpunktkonzept.

Zu dem Schwerpunkt **„Reaktionäre Mobilisierung“** hatten wir uns gewünscht, verschiedene Aspekte darzustellen. Wir haben aber größtenteils Artikel, die sich auf Faschismus und Antifa beziehen. Eigentlich fehlen uns Aspekte, wie sich die aktuelle Entwicklung auf die Klassenkämpfe und auf das patriarchale Herrschaftsverhältnis auswirkt. Es gab hier zugesagte Artikel, die nicht angekommen sind, wie auch einer zu Rassismus, ein Aspekt, der uns hier wichtig gewesen wäre.

Die Auseinandersetzung über die „Reaktionäre Mobilisierung“ ist für uns aber noch nicht abgeschlossen. Wir wollen grundsätzlich und nicht nur zu diesem Thema eine Diskussion in den folgenden Heften. Wir versuchen auch die verschiedenen Schwerpunkte so zu bestimmen, daß sie sich aufeinander beziehen können.

Gefehlt hat uns auch ein „Überblick über die Situation“ aus einigen Ländern. Und gerade aus der BRD - aus der verhältnismäßig viel an Informationen kommt - vermissen wir bei vielen Artikeln, daß sie zu wenig berücksichtigen, sie für GenossInnen in anderen Ländern/Kontinenten verständlich zu schreiben.

Zugesagt waren ein Überblick aus der Schweiz und aus Frankreich, die aber leider nicht angekommen sind. Für Frankreich haben wir noch Ersatz in einer britischen Zeitung gefunden. Artikel zur Antifa-Jugendarbeit aus der BRD und den Niederlanden sind nicht angekommen.

Nicht in das Heft genommen haben wir eine Erklärung zur „Reaktionären Mobilisierung“ von Gefangenen aus verschiedenen europäischen Ländern. Die Sprache war häufig schwer verständlich und wir bitten die GenossInnen, die Erklärung nochmal zu überarbeiten und uns (ggf. auch in anderen Sprachen) mit weiteren Unterschriften für das nächste Heft zu schicken

Zu dem Bereich **„Gefangene international“** noch eine Anregung bzw. Anfrage. Selbstverständlich ist es uns wichtig, dem Kampf von unseren gefangenen GenossInnen im Heft einen Raum zu geben. Wir würden gerne eine regelmäßige Rubrik (vielleicht 2 oder 3 Seiten) einrichten, in der über oder von unseren GenossInnen berichtet wird. Da wir dies selber nicht gewährleisten können (und die Gefangenen-AG des Internationalen Ladentreffens sich aufgelöst hat) möchten wir hiermit fragen, ob eine Gruppe oder ein Zusammenhang dies verbindlich für uns machen könnte.

Ebenfalls nicht in das Heft genommen haben wir einen Artikel zu Indianern und einen zu Veganismus, weil wir diese nicht mehr diskutieren konnten und „einfach so“ nicht abdrukken wollten.

Wir haben überlegt, ob es möglich ist, etwas zur Auseinandersetzung innerhalb von **Devrimci Sol**/Türkei zu sagen. Seit ca. einem Jahr ist dort ein Konflikt aufgebrochen und mehr und mehr eskaliert. Er reicht von Schlägereien, die in der Türkei und in Westeuropa ausgetragen werden, bis hin zur Ermordung von Genossen.

Nicht nur, weil wir in der Vergangenheit auch Artikel von und über unsere türkischen GenossInnen in der Clash hatten, können und wollen wir den Konflikt nicht übergehen. Wir sehen uns allerdings zur Zeit nicht in der Lage, die Hintergründe und die Entwicklung nachvollziehbar darzustellen.

Vorerst können wir die GenossInnen beider Seiten von Devrimci Sol nur auffordern, den Konflikt zu lösen und auf Gewalt unter GenossInnen zu verzichten. Wir fordern sie auf, von der Praxis der Ermordung von GenossInnen des anderen Flügels Abstand zu nehmen.

In der Diskussion um den Hintergrund **„Sendero Luminoso“** sind wir innerhalb der Redaktion auf verschiedene Standpunkte gestoßen. Die Notwendigkeit genauer Informationen und einer Auseinandersetzung über die vielschichtigen Hintergründe sind uns bewußter geworden. Hierzu schreiben wir in der Einleitung zum SL-Hintergrund etwas. Grundsätzlich sind wir uns einig, daß wie eine liquidatorische Praxis gegenüber anderen linken Organisationen ablehnen. Notwendige und scharfe Kritik unter RevolutionärInnen kann unserer Meinung nach nicht mit Gewalt gelöst werden.

In diesem Sinne beziehen wir auch Position zu dem Konflikt innerhalb Dev Sol.



Ein paar Worte zur Clash-AG des IIM

Wir freuen uns über die Entwicklung der AG und sehen gute Möglichkeiten für eine gemeinsame Arbeit. Unterstützungsgruppen in verschiedenen Ländern und die Entwicklung der AG sind wichtig und eine der Vorraussetzungen dafür, daß das Projekt überhaupt weiterbesteht und sich zu einem Organ der internationalen Diskussion entwickeln kann.

Bei einem Treffen der AG wurden die nächsten Schwerpunkte diskutiert (Nr. 10 und Nr.11; siehe hier im Heft) und Vorschläge für die folgenden Nummern gemacht. Die vorgeschlagene politische Bestimmung blieb uns allerdings etwas unklar. Wir haben darüber nochmal diskutiert und für die Nr. 12 den Schwerpunkt **„Imperialistischer Krieg"** beschlossen.

Ausgehend von der „neuen Weltordnung" seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und des Golfkrieges, sowie der kapitalistischen Krise, um die es in der Clash-Nr. 11 gehen soll, wollen wir eine Diskussion über die weltweite Entwicklung des Imperialismus.

Golfkrieg, Jugoslawien, Somalia; die Entwicklung in den Staaten der ehemaligen UDSSR; imperialistische Bevölkerungspolitik; ... sind Konflikte, in denen es der militanten Linken scheinbar nicht gelungen ist, und es ihr immer noch schwer fällt, Stellung zu beziehen und eine Praxis zu entwickeln.

Wir wollen versuchen, diese Entwicklungen zu analysieren, unter Berücksichtigung der vorherigen Schwerpunkte „Patriarchat" und „Kapitalistischer Krise" um daraus antiimperialistische Handlungsperspektiven zu entwickeln.

Von der AG wurde der Schwerpunkt **„Demokratie"** vorgeschlagen. Da uns die Bestimmung nicht klar war, schlagen wir vor, diesen erst nach dem Schwerpunkt „Imperialistischer Krieg" zu machen und in der AG noch genauer zu diskutieren. In der Redaktion können wir uns vorstellen einen Bogen von den vorherigen Schwerpunkten zu schlagen. Zum einen den herrschenden Begriff von (bürgerlicher) Demokratie zu entlarven und aufzuzeigen, daß diese „Demokratie" zwangsläufig Rassismus, Patriarchat, kapitalistische Krise und imperialistischen Krieg bedeutet. Auch die Thematisierung von Demokratie und Menschenrechten ist hier möglich.

Die Diskussion an dem Begriff „Demokratie" ist eher abstrakt und weit weg; daher muß es eine genaue Bestimmung des Inhalts und Ziels geben.

Auf der anderen Seite stellen wir uns eine Auseinandersetzung über eigene Perspektiven und Konzepte von Befreiung vor. Hier kann es um die eigenen Strukturen gehen, um Erfahrungen und unsere Geschichte, um Organisationsvorstellungen (Basisdemokratie - demokratischer Zentralismus) u.s.w.

Konzepte und Strategien müssen aus der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse heraus entwickelt werden, um sie dann in konkreten Kämpfen und sozialen Auseinandersetzungen anwenden zu können. Diesen Auseinandersetzungen wollen wir uns dann widmen. Vorschläge hierzu gibt es auch schon: z.B. Krankheit - Gesundheit; Ökologie; ...

Kritik und Selbstkritik

* Im Inhaltsverzeichnis wird ein Artikel zum Tod von Gerhard Bögelein angekündigt, den wir dort versehentlich „Kurt" genannt haben. Weiterhin ist es in dem Beitrag zu der internationalen Veranstaltung „Freiheit für die politischen Gefangenen" auf S.27 zu einer Verwechslung gekommen. Es ist die Rede von einem alten Antifaschisten, Gerhard Bögelein, der jüngst in Hamburg/BRD verurteilt wurde. Er wurde allerdings wegen des angeblichen Mordes an dem NS-Wehrmachtsrichter Kallmerten verurteilt (siehe S. 61 in der Nr.8) - und nicht wegen Polizistenmord im Jahr 1932. Wegen dieser Sache wird Erich Mielke, ehemaliger Minister für Staatssicherheit der DDR, angeklagt, dessen Prozeß noch läuft.

* Auf der ersten Seite des Artikels „Perspektiven des Sozialismus" (S. 37) steht das Zitat von Shafik Handal unter dem Foto von Abdullah Öcalan, und umgekehrt!

* Mißverständlich ist ein Hinweis zum Einsendeschluß der „Vorstellung der Schwerpunkte". Diese Texte werden z.T. von der Clash-AG des IIM gemacht. Artikel müssen allerdings in jedem Fall an unsere Adresse geschickt werden!

* Auch für die schlechte Qualität der Fotos entschuldigen wir uns.

* Im Adressenteil auf der Rückseite sind Fehler gewesen, auf die wir aufmerksam gemacht wurden - Danke für den Hinweis.

Wir haben diesen überarbeitet und hoffen, daß er jetzt stimmt.

Nun aber zur inhaltlichen Kritik:

* Im letzten Heft gab es mehrere Seiten zu Libyen, die uns zugesandt wurden, und die wir ohne eigene Stellungnahme abgedruckt haben. Dieses, obwohl uns bekannt ist, daß es auf dem BRD-Infoladentreffen eine Auseinandersetzung über das Verhältnis zu Libyen gab. Wir wollen uns hier nicht rausreden, sondern können nur selbstkritisch sagen, daß wir uns damit nicht auseinandergesetzt haben. Auch jetzt schreiben wir nichts zu unserem Verhältnis zu Libyen - wir schaffen es einfach nicht, das noch zu diskutieren. Für das neue Heft haben wir allerdings versucht, mit der nicht weniger heiklen Frage „Sendero Luminoso" besser umzugehen und haben lange darüber diskutiert.

* Es erreichte uns ebenso eine Kritik an dem Interview mit Ali Jeddah/Palästina. Seit einiger Zeit gibt es Vorwürfe gegenüber Ali Jeddah, die uns nicht bekannt waren. Genauer könnt ihr die Kritik an uns, sowie unsere Stellungnahme dazu nachlesen. Beides vor dem entsprechenden Artikel zu Palästina in diesem Heft.

* Wir wurden auch für unsere „selektive Veröffentlichungspraxis" kritisiert, weil wir das Papier „Eine feministische Kritik ..." an der neuen Politik der RAF nicht abgedruckt haben, obwohl wir es zugeschickt bekamen. Es ist unser Fehler gewesen, dazu nichts gesagt zu haben. Das wollen wir nun nachholen.

Grundsätzlich gibt es in der Redaktion sehr unterschiedliche Positionen zu der Kritik der Genossinnen, wie auch zu der neuen Politik der RAF, die wir nicht ausdiskutieren konnten. Auch haben wir es nicht geschafft, die Positionen von uns oder anderer GenossInnen darzustellen.

Wir haben uns unabhängig von unseren unterschiedlichen Positionen zu der Kritik der Genossinnen gegen eine Veröffentlichung entschieden. Wir wollten eine Übersicht, bzw. Darstellung der verschiedenen Kritikpapiere erarbeiten. Die „Feministische Kritik" ist darin für einige von uns ein wichtiger Ansatzpunkt in der Diskussion um die Politik der RAF und überhaupt des Widerstands.

Daneben gibt es wichtige und interessante Papiere von ausländischen GenossInnen, anderen linken Gruppen, Gefangenen etc.

Dies zu erarbeiten und eine eigene Diskussion dazu zu führen, fiel in eine Zeit, wo wir grundsätzlich über die Struktur und Bestimmung des gesammten Projekts diskutiert haben (siehe letztes Heft). Wir waren damit einfach überfordert.

Schon länger überlegen wir in eine solche Richtung - ein Heft mit dem Schwerpunkt „Bewaffneter Kampf" - sind da aber noch nicht so weit. Vielleicht später.

Schließlich -

... möchten wir Euch bitten, uns mitzuteilen, ob ihr jeweils mehr oder weniger Hefte benötigt. EinzelabonnentInnen möchten wir bitten den Erhalt des Heftes zu bestätigen;

... bedanken wir uns bei den Kölner GenossInnen vom Infoladen und der Konzertgruppe für das Clash-Solikonzert. Es kam einiges an Geld zusammen, was wir gut gebrauchen können. Natürlich bedanken wir uns auch bei Brada Musika, dog faced hermans und Chumbawamba...

Und nun: viel Spaß beim lesen und diskutieren!

Die Redaktion

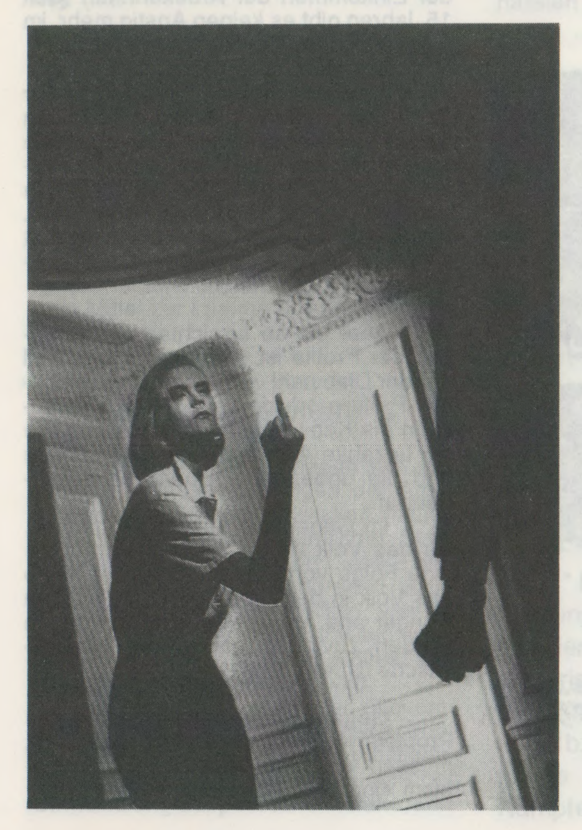
Patriarchat

Dies ist die von der (gemischten) CLASH-AG des IIM überarbeitete Vorstellung des Schwerpunkts der CLASH Nr. 10. Bei diesem Schwerpunkt scheint es uns nicht möglich zu sein „einen Überblick über die Situation in den verschiedenen Ländern" zu geben. Alles, was zu Patriarchat gesagt wird, kann nur von einem spezifischen Standpunkt gesehen werden: Als Schwule, Lesbe, (Hetero-) Mann, Frau ...
Daraus ergibt sich auch, daß die Fragestellungen an das Thema, ebenfalls von verschiedenen Standpunkten aus beantwortet werden müssen. Wir wünschen uns Texte, die über reine Beschreibung oder abstrakte Theorie hinaus einen Bezug zur Praxis haben, bzw. für die Praxis verwertbar sind und Perspektiven aufzeigen.

Ansonsten eine Grobeinteilung in:

1.: Unsere Strukturen - Grenzen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit

* Wie wird in der Linken/ Frauen-/ Schwulen/Lesben- Zusammenhängen „Patriarchat" diskutiert?
Wir stellen fest, daß in den Ländern, in denen die feministische- und Schwulen Bewegung stark war (70iger - Mitte 80iger) nun die Auseinandersetzung mit Patriarchat zurückgedrängt wird. Woran liegt das? Was sind die Auseinandersetzungen/ Konflikte in Ländern/ Zusammenhängen die das Thema „neu entdecken"?
* Eng damit verknüpft hat Gewalt gegen Lesben/Frauen in der Gesellschaft und auch in der Linken zugenommen. Vergewaltigung, sexistische Anmache, Mackerverhalten gehören wieder verstärkt zum Scenealltag. Schwulen gegenüber zeigt sich eine repressive Toleranz, die scheinbar akzeptiert um einer tatsächlichen Auseinandersetzung auszuweichen. Wieweit kommt es in der Linken zu einer Konfrontation und Auseinandersetzung? Gibt es ein verantworlichen Umgang in gemischeten Zusammenhängen oder führt Sexismus und Ignoranz gegenüber der Thematisierung von Patriarchat zu einer Verstärkung der unabhängigen Organisierung von Lesben/Frauen und Schwulen?



2. Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten im antipatriarchalen Kampf

Wird antipatriarchaler Kampf und Frauenbefreiung als Teil des revolutionären Kampfes der (gemischten) militanten Linken begriffen und welcher Bezug besteht zur bürgerlichen Frauenbewegung/ Schwulenbewegung?
Als mögliche „Betätigungfelder" in denen sich eine Praxis entwickelt, bzw entwickeln könnte, wollen wir hier nur ein paar Stichpunkte aufzählen ...

* Sex-shops, Pornographie, Sex-Tourismus
* Abtreibungspraxis und Gesetzgebung
* Quotenregelungen, institutionelle Veränderungen
* Asylrecht für Frauen
* AIDS
* Vergewaltigung (in der Ehe)
* Frauenarbeitslosigkeit und Krise
* Prostitution
* Gen- und Reproduktionstechnologie
* Frauenrechte - Menschenrechte
...

3. Theorie

Theorie und Analyse des patriarchalen Systems soll keine theoretische Streiterei darüber sein, was zuerst war: Patriarchat oder Warengesellschaft. Wir wollen aber auch eine theoretische Auseinandersetzung zur Schaffung eines Fundaments für eine gemeinsame Perspektive, oder eben auch die Differenzen der Analysen deutlich machen, die einem gemeinsamen Kampf Grenzen setzen.

Es gibt inzwischen Ankündigungen von Artikeln die sich mit folgenden Themen auseinandersetzen werden:

* Patriarchat und Faschismus
* Materialistische Grundlagen der Durchsetzung der Heterosexualität in der kapitalistischen Entwicklung
* Historischer Abriß von Frauenunterdrückung und Verfolgung in den letzten 500 Jahren

Weitere Themen, zu denen wir noch keine Zusage haben - hier seid IHR gefragt:

* Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus (Tripple Opression)
* Gesellschaftliche Organisierung und Strukturelle Herrschaft. Welche Folgen hat die Umstrukturierung patriarchaler Herrschaft, z.B. die zunehmende Auflösung der Kleinfamilie
* Frauen in Osteuropa/ in den Staaten des ehemals Realsozialismus
* Lesben/Frauen, Schwule in Befreiungsbewegungen

Einsendeschluß: 15.11.1993

Kapitalistische Krise

Als CLASH-AG des Internationalen Ladentreffen haben wir den Schwerpunkt „Ökonomie" auf der Basis von zwei Vorschlägen diskutiert, die wir hier vorstellen. Der erste Vorschlag kommt von italienischen GenossInnen („Ökonomische Krise und ArbeiterInnenkämpfe"), den wir leicht überarbeitet wiedergeben und an den sich Fragen anschließen, die wir in der Diskussion noch erweitert haben. Anhand diesen Fragen wünschen wir uns einen Überblick aus den verschiedenen Ländern, eine Einschätzung der Situation und wie die „Kapitalistische Krise" analysiert wird, in Übereinstimmung oder Widerspruch zu dem Text.

Als Basis für eine mehr theoretische Diskussion und Analyse über die Veränderungen der Klassengesellschaft und der kapitalistischer Ausbeutung schlagen wir ein Referat von Karl Heinz Roth (BRD) vor. Dieses Referat hielt er auf einem Kongreß am 12.6.1993 in Hamburg/BRD: „Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken: Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21.Jahrhundert". Der größte Teil des Textes versucht eine Analyse über Veränderungen des kapitalistischen Weltsystem zu geben (Stichworte sind Postfordismus, Toyotaismus, (Re-) Proletarisierung der Gesellschaft,...) um daraus Perspektiven linker Politikansätze aufzuzeigen. Wir werden den ersten Teil für die nächste Ausgabe (Nr.10, Patriarchat) übersetzen um eine Diskussion darüber in der Ausgabe Nr. 11 zu ermöglichen.

Wir sind davon überzeugt, daß sowohl der Text aus Italien, als auch der Beitrag von Karl Heinz Roth einige Widersprüche hervorrufen; oder es zumindest zu sehr unterschiedlichen Schlußfolgerungen kommen wird. Wir hoffen auf eine spannende Debatte in der Internationalen Diskussion.



Ökonomische Krise und ArbeiterInnenkämpfe

Die Bourgeoisie und ihre Massenmedien sprechen von der wirtschaftlichen Krise wie von einem Naturereignis, welches von Zeit zu Zeit die ganze Gesellschaft erschüttert.

Die imperialistische Bourgeoisie, Besitzerin der großen Industrien und Finanzimperien, geben der ausländischen Konkurrenz die Schuld an der Krise.

Das Kleinbürgertum und der Mittelstand geben normalerweise der schlechten Regierung die Schuld.

Aber auf jeden Fall ist sich die gesamte Bourgeoisie darin einig, daß die exzessiven Ansprüche der ArbeiterInnen die Krise verursachen und behauptet „die Notwendigkeit, die Kosten für die Arbeit zu senken".

Was ist die Krise?

Die Krise der kapitalistischen Produktionsweise ist weder Resultat einer ausländischen Konkurrenz (dies ist eine Wirklichkeit des Kapitalismus in jedem Land), noch einer korrupten Regierung und nochweniger Resultat des Anstiegs der Einkommen der ArbeiterInnen (Seit 15 Jahren gibt es keinen Anstig mehr, im Gegenteil, ihre Kaufkraft nimmt ab).

Der Grund für die Krise liegt in der Suche nach immer größerem Profit von Seiten der Kapitalisten, weswegen sie immer bessere Technologien und Produktionstechniken einführen müssen um die Produktivität der Arbeit zu erhöhen. Das bedeutet, daß die selbe Quantität an Waren mit weniger ArbeiterInnen produziert wird.

Aber die so erreichten Steigerungen der Profite ist vorrübergehend, weil nur der Diebstahl von Arbeit einen sicheren Profit produziert. Deswegen versuchen die Kapitalisten während der Krise die bezahlte Arbeitszeit einzuschränken und die unbezahlte Arbeitszeit auszudehnen.

Im Gegensatz zur Vergangenheit, als das Volk an Hunger und Armut als eine Folge von Mangel litt, leidet heute das Volk in der kapitalistischen Welt an Hunger und Armut, weil sie gezwungen werden, zuviel zu produzieren (Kapitalistische Überproduktion).

Gegen all jene, die behaupten, das Problem wären heute die Arbeitskosten, müssen wir darauf bestehen, das Problem sind die Kapitalkosten.

Die Auswirkungen der Krise

In der Krise nimmt die Ausbeutung der Arbeitskraft zu, jede Kapitalfraktion versucht ihre Profite zu vergrößern. Z.B. die imperialistische Bourgeoisie macht dieses, indem sie die Produktion in den Trikont auslagert und dort die Bevölkerung ausbeutet. Die Kapitalfraktionen, die diese Möglichkeit nicht haben, stellen z.B. hier ImmigrantInnen als billige Arbeitskräfte ein, oder erpressen die einheimischen ArbeiterInnen mit der Drohung ImmigrantInnen einzustellen.

Die Krise bedeutet also weniger „Demokratie" und mehr Repression. Von 1945 bis in die Mitte der 70iger Jahre ermöglichte die wirtschaftliche Entwicklung der imperialistischen Staaten die Aufrechterhaltung demokratischer Institutionen. Obwohl sie keine wesentlichen Kosten für das Monopolkapital waren, werden sie heute abgebaut. Hier zeigt sich sein undemokratische Charakter oligarchisch, autoritär und reaktionär.

Aber die Krise ist auch ein Überlebenskampf zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen, besonders die imperialistische Bourgeoisie versucht ihre politische Macht zu stärken, unter anderem indem sie die Regierungen der einzelnen Staaten schwächt: Z.B. sehen wir in Europa die Stärkung der ökonomischen und politischen Institutionen der EG, und weltweit die Etablierung der UNO als Weltpolizei. Innerhalb der Institutionen der EG und UNO sind die einzelnen Nationen nicht wichtig, sondern die Lobbys der imperialistischen Bourgeoisie (Die Exponenten der internationalen Monopole und die politischen Exponenten der neuen Machtstrukturen auf kontinentaler und internationaler Ebene). (...)

Diese Entwicklung verläuft nicht friedlich, im Gegenteil produziert sie endlose Widersprüche, wie wir sie bei der Auflösung des Europäischen Währungssystems (Währungsschlange) gesehen haben, oder in der aktuellen Krise der UNO bezügl. Somalia.

Mehr als eine „Neue Weltordnung" ist es eine „Neue Welt-un-ordnung" die es für die Kapitalisten immer unvermeidlicher macht, Zuflucht zum Krieg als einem Mittel zur Lösung der Krise zu greifen.

ArbeiterInnenkämpfe

In dieser Situation haben sich starke Widerstandsbewegungen der Arbeiter-Innen in Europa entwickelt (Italien, BRD, Griechenland, Spanischer Staat, England), und selbst wenn diese Bewegungen keine „revolutionären" Positionen vertreten, sind sie wichtig, weil sie Ausdruck von den Bedürfnissen jeder Person sind, die Tag für Tag direkt vom Kapitalismus ausgebeutet wird.

In diesem Moment der ökonomischen und politischen Krise, der schnellen Veränderung innerhalb der Institutionen und der Macht, der kontinuierlichen Umwandlung der politischen Kräfte, können wir die Realität nicht nur anhand des Konzeptes von „Rechts" und „Links", von „Alt" und „Neu" beurteilen, sondern müssen vor allem die Klassenwidersprüche berücksichtigen.

In dieser Situation der Krise sehen wir, daß die Grenzen zwischen den Klassen immer schärfer werden, weil jeder Mechanismus der Integration und Kooperation, wie z.B. assistentialistische und klientelistische Mechanismen, ins Leere greift (Z.B. in Italien waren die Bauern eine wichtige Stammwählerschaft für die Christdemokratische Partei. Heute hat die Agrarpolitik der EG-Kommission jede wirtschaftlichen Unterstützung für sie eingestellt, und sie dazu gezwungen, den Kampf zu beginnen; in vielen europäischen Ländern verlieren die Staatsangestellten ihre Privilegien ...).

Wenn das Kapital in der Krise nicht mehr fähig ist, die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen zu verbessern, bleibt diesen nichts anderes übrig, als diese Verbesserung in einer nichtkapitalistischen Gesellschaft zu suchen.

Um diese Gefahr zu vermeiden versucht die Bourgeoisie alles mögliche, um die ArbeiterInnen zu spalten: ArbeiterInnen gegen Arbeitslose, IndustriearbeiterInnen gegen Angestellte, Einheimische gegen ImmigrantInnen.

Unser Ziel ist es gegen dieses bourgeoise Manöver zu kämpfen und eine Klasse zu vereinigen, die eine Klasse der Ausgebeuteten gegen die der Ausbeuter.

„Zusammen kämpfen" bedeutet zu kämpfen um zu verhindern, daß diese Widerstandsbewegung durch eine reaktionäre Mobilisierung nationalistischer oder faschistischer Gruppen kanalisiert wird.

Fragen zur Diskussion

Krise ist kein Unglücksfall sondern Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus

* Wie entwickelt sich die Krise in den verschiedenen Ländern und wie werden die Kosten zwischen den verschiedenen Klassen und Bevölkerungsgruppen aufgeteilt? Was ist die Regierungspolitik der verschiedenen Länder?

* Ist die Schwierigkeit der Realisierung von Profit die einzige Ursache der kapitalistischen Krise? Wird die Krise auch durch andere Faktoren verursacht, z.B. durch Widerstand bzw. Verweigerung (Geschichte als Geschichte von „Klassen"-Kämpfen)?

* Welche Form von Widerstand gibt es von Seiten der Arbeitenden? Äußert sich der Widerstand organisiert oder individualisiert in Form von Blaumachen, Langsamarbeiten, Sabotage, Klauen, Verweigerung von Hausarbeit?

* An welchen Punkt ist die Verwandlung von Gewerkschaften in Staatsgewerkschaften in den verschiedenen Ländern? Gibt es Beispiele für alternative Gewerkschaften?

* Die revolutionären Bewegungen haben kaum Kontakt zu kämpfenden ArbeiterInnen. Wo gibt es Erfahrungen, bzw wo und warum nicht?

* Gibt es eine Europäische ArbeiterInnenklasse? Die Konfrontation gegen einen Staat ist auch eine Konfrontation gegen die EG. Wie denkt die ArbeiterInnenbewegung darüber? (Z.B. gab es in Italien während ArbeiterInnen-Demos Transparente gegen Maastricht, ArbeiterInnen waren in der Anti-EG-Kampagne in Dänemark, Frankreich ...) Gibt es weitere konkrete Beispiele von Kämpfen gegen Umstrukturierungsprojekte (der EG)?

Wie verlaufen die Entwicklungen in (Nord-) Amerika und (Süd-Ost-Asien?

* Die Krise ist nicht nur eine Krise des Produktions- sondern auch des Reproduktionsbereichs, ein traditioneller blinder Fleck in der Linken. Welche Auswirkungen hat die Krise in diesem Bereich und wie sieht der Widerstand dagegen aus?

* Der Widerspruch „Einheimische gegen ImmigrantInnen" (genauso wie der Männer gegen Frauen) ist nicht nur Folge der Spaltung durch die Bourgeoisie, sondern entspricht auch der objektiven materiellen Interessenslage der „Einheimischen" bzw. der Männer. Entspricht es ihnen nicht viel eher, ein Bündnis mit der Bourgeoisie gegen die ImmigrantInnen bzw. die Frauen einzugehen, als gemeinsam mit letzteren gegen ihre eigenen Privilegien zu kämpfen?

Einsendeschluß: 31.3.1994

BARCELONA: HAUPTSTADT DER NAZI-PRESSE

Die Buchhandlung „Europa" (Llibreria Europa") der Naziorganisation CEDADE in Barcelona ist das bedeutendste Sprungbrett der spanischen und internationalen Nazi-Publikationen und die verlegerische Stütze für bekannte Nazis aus ganz Europa, die in ihren Ländern Publikationsverbot haben.

Derzeit haben alle europäischen Staaten, bis auf Dänemark und Spanien, eine Gesetzgebung, die die Verteilung von Material und Publikationen mit nationalsozialistischem Charakter ebenso verbietet wie die Verbreitung und öffentliche Propaganda von rassistischen und faschistischen Ideen - was bewirkt, daß die nationalsozialistischen Zeitschriften im Untergrund zirkulieren und daß ihre Herausgabe und Verteilung schwierig ist.

Im spanischen Staat ist die Bildung von politischen Parteien und die Äußerung jeglicher Ideologie frei und verfassungsgemäß, wobei dies nicht den Rassismus und die Aufstachelung dazu beinhaltet - allerdings stimmen ja die offiziellen Parteistatuten nicht immer mit den tatsächlichen Satzungen überein, da sie getarnt werden oder variieren, damit man ihre Abfassung und Legalisierung akzeptiert. Um Geldbußen und Inhaftierungen zu vermeiden, wird die Freizügigkeit im spanischen Staat ausgenutzt, der nationalsozialistische Propaganda nicht als Straftat einstuft: Die Herausgeber nationalsozialistischer Publikationen wenden sich nach Barcelona, wo sie über die „Llibreria Europa" publizieren können.

Die „Llibreria Europa" (ap. correos/Postfach 9169, 08080 Barcelona) ist der „kulturelle Arm" von CEDADE, die am besten durchorganisierte neonazistische Organisation des spanischen Staates. Pedro Varela - eine ihrer führenden Persönlichkeiten - war allerdings neulich in Österreich im Gefängnis, weil er am 26. September 1992 an einer Ehrung Adolf Hitlers teilgenommen hat.

Die „Llibreria Europa" ist gesetzliches Mitglied des (Buchhandel-) Verbandes, zahlt ihre Beiträge und nimmt an den Sitzungen der „Fira del Llibre" teil - trotz der Proteste gegen ihre Anwesenheit.

CEDADE, die seit 25 Jahren existiert und in mehreren Städten Spaniens vertreten ist, ist in Katalonien im Verbandsregister der Justizabteilung der Landesregierung von Katalonien als eine Körperschaft eingeschrieben, die sich der"Unterstützung und der allgemeinen Verteidigung der Person" widmet, ihr Sitz ist in der Calle Seneca, Barcelona.

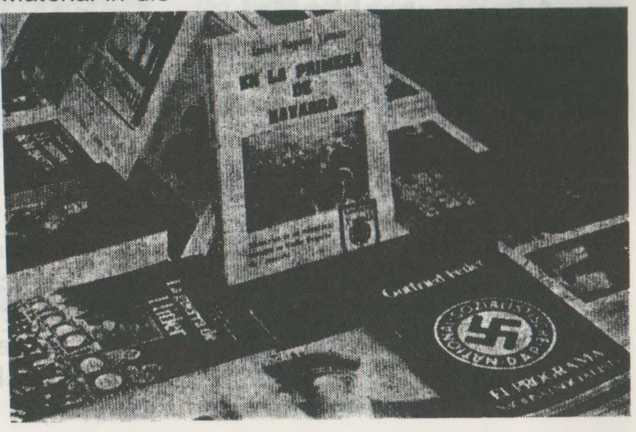
CEDADE hat zwei Verlagshäuser, um ihre Veröffentlichungen herauszugeben: „Ediciones Llibreria Europa" und „Editorial Nothulg"(der Name stammt aus der germanischen Mythologie). Im Erdgeschoß ihres Hauses haben sie die „Llibreria Europa" mit einer großen Anzahl an vorrätigen Werken, wo die Leute Bücher erwerben können wie „Mein Kampf" von Adolf Hitler, „Wir Rassisten" („Nosotros los racistas") von G. Amudruz, „Die Lüge des Holocaust" von Arthur R. Butz, „Die Auschwitz-Lüge" von Thies Christophersen etc.; eine lange Liste von Büchern und Zeitschriften über führende Nazis; Bücher von Historikern, die die Gaskammern, die Vernichtung der Juden und anderer Menschen leugnen; faschistische Zeitschriften aus der ganzen Welt; Bücher über die Natur und das Bergsteigen; nationalsozialistische Aufkleber und Abzeichen.

Diese Buchhandlung exportiert Bücher und diverses Material in die ganze Welt und verkauft in ihrem Laden oder auch per Versandhandel. Sie nimmt die Aufträge in Barcelona entgegen und verschickt sie nach den zulässigen Methoden (z.B. können sie nach Frankreich nichts verschicken, auf dem der Name CEDADE steht, da die Inspektoren der Post es einbehalten würden).

In dieser Art gibt es keine andere Buchhandlung in Europa, sowohl bezüglich der Menge des Materials, als auch bezüglich der Möglichkeiten, dieses an die Öffentlichkeit - in direkter und unverblümter Form - zu verteilen. Die Buchhandlung, die ihr am nächsten kommt, ist „Ogmios" in der Rue Piramides in Paris.

Die Propaganda für das verkäufliche Material macht sie über die Nazigruppierungen in Europa und weltweit sowie durch Annoncen in der Zeitschrift „CEDADE" und anderen nationalsozialistischen Publikationen. Die Zeitschrift „CEDADE" ist zweisprachig - deutsch/spanisch - und ist eine der bedeutendsten ihrer Art. Gemäß den Quellen von CEDADE verschickt sie zwischen 5.000 und 10.000 Exemplaren der Zeitschrift nach Europa und Ländern wie den USA, Südafrika, Brasilien, Mexico u.a..

CEDADE ist eine sehr disziplinierte Organisation, ihre Hauptschwerpunkte sind der Schutz der „weißen Rasse", der Kampf gegen die Immigration und das, was sie die „jüdische Gefahr" nennen. Weiterhin die Verbreitung des Nationalsozialismus, besonders unter den Jugendlichen, die Verehrung von Nazi-Deutschland und sie treten auch für Naturverbundenheit und für ökologische Werte ein (einige ihrer Mitglieder sind Vegetarier und Fahrradfahrer). Obwohl sie berücksichtigen, daß jetzt noch nicht der Zeitpunkt sei, schließen sie nicht aus, daß sie sich



in eine politische Partei verwandeln und daß sie durch Wahlen an die Macht kommen werden, wie Hitler. (...)

CEDADE unterhält enge Kontakte mit Nazis der ganzen Welt, unter ihnen: Gerd Hönsk, Österreicher, verurteilt zu 18 Monaten Gefängnis wegen nationalsozialistischer Umtriebe, Herausgeber der Zeitschrift „Halt", die in Barcelona erscheint und nach Österreich versand wird; Manfred Röder, Deutscher, der sich als erster im Sinne des nationalsozialistischen Revisionismus äußerte und der wegen eines terroristischen Attentats 9 Jahre im Gefängnis verbrachte; Ernst Zündel, deutscher, lebt in Kanada, Propagandist des Revisionismus; Thies Christophersen, Deutscher, lebt in Dänemark, mehrmals verurteilt u.a. wegen der Herausgabe des Buches „Wir Rassisten", weil er sich mit Nazi-Führungskräften, die im Untergrund leben, getroffen hat, weil er das Buch „Die Auschwitzlüge" geschrieben und weil er die Zeitschrift „Der Landsmann" geleitet hat; Gaston Amadruz, der Autor des Buches „Wir Rassisten" und Gründer der politischen Formation „Nuevo Orden Europeo" („Neue Europäische Ordnung"), eine Organistion, die von Lausanne (Schweiz) aus arbeitet, aber mit Zentralsitz bei CEDADE in Barcelona; und Walter Ochsenberger, österreichischer Neonazi, Herausgeber der Zeitschrift „Sieg", der in Österreich polizeilich gesucht wird und der verborgen in irgendeiner spanischen Stadt lebt, von wo aus er die Herausgabe seiner Zeitschrift leitet, die ebenfalls in Barcelona durchgeführt wird.

(Aus dem Spanischen aus: „La Lletra A", Bericht, der auf einem Artikel von Oriol Cartacans in „El Temps" vom 2.11.92 beruht)

Spanien: Übersicht faschistischer Aktivitäten

1988 griff eine Gruppe von Naziskins in Barcelona einen Jugendlichen mit einer Spitzhacke an und zerschlugen ihm mehrere Zähne. Im selben Jahr verbrannten Naziskins in Valencia einen Bettler bei lebendigem Leibe und schossen auf den Besitzer der Bar Nevada.

1989 Anazala Jinkele aus Gambia wurde durch Verbrennungen lebensgefährlich verletzt, die ihm vermutlich von einer Gruppe Naziskins namens »Aguilas Negras« (Schwarze Adler) beigebracht wurden. Diese Gruppe nennt sich heute »Vanguardia Nacional Revolucionaria« (Nationalrevolutionäre Avantgarde). Sie besteht aus 30 militanten Naziskins in Barcelona und einigen anderen im Rest des Landes.

18.10.90 Ein Schwarzer wird im Barcelona vom Bahnsteig vor die Metro gestoßen, ihm wird ein Bein amputiert. Es ist nicht bekannt, ob die Täter Naziskins waren.

6.10.91 7 Naziskins ermorden einen Transvestiten namens Jose Rescalvo Zafra, bekannt als Sonja. Nachdem sie ihn erschlagen hatten, rammten sie ihm einen Pfahl in den Körper. Am selben Tag verprügelten sie den Freund von Sonja und vier Bettler.

12.10.91 Eine Gruppe Naziskins greift Adrià Sotés Rius, Direktor der Zeitung »Arbeitersolidarität« an, einige Passanten, die sich über die Nazis beschweren sowie Leute, die sich auf Katalan unterhalten.

20.10.91 500 Menschen demonstrieren in Barcelona unter Bewachung von Zivilpolizei gegen Faschismus. Aufgerufen hatte die CNT Katalonien.

23.10.91 Die Polizei hebt die rechtsradikale Gruppe »Milicia Catalana« (Katalanische Miliz) aus und nimmt fünf Personen fest. Es werden Sprengkörper, Scanner, Pläne u.s.w. beschlagnahmt.

30.10.91 Vier Naziskins verletzen einen Obdachlosen leicht und zwingen ihn, »Cara al Sol« zu singen. Zwei der Skins waren Männer, zwei Frauen.

8.11.91 Naziskins schlagen in Alcala de Henares einen 21jährigen Polen zusammen. Er erleidet innere Verletzungen der Leber, Lunge und Darm. 7 Tage später empfiehlt das Rote Kreuz Immigranten am Wochenende »nicht durch Madrid zu spazieren«.

16.11.91 35 Naziskins nehmen auf dem Madrider Friedhof la Almudena an einer Gedenkfeier für die Legion Condor teil, zu der CEDADE aufgerufen hatte. Im Sitz dieser Gruppe verneint Ernst Zundel



die Existenz des Holocaust.

16.11.91 11 Naziskins greifen drei Algerier in der RENFE-Station in Donostia (San Sebastian) an. Zwei der Algerier können fliehen, Djamel Nedjadi erhält mehrere Rippenbrüche. SHARP-Euskadi bezeichnet die Angreifer als Boneheads und betont den antirassistischen Charakter der authentischen Skin-headbewegung.

17.11.91 Mehrere Tausend Personen nehmen an der Gedenkfeier für Franco und Primo de Rivera teil. Las Pina wettert gegen P.P. und PSOE. Die Polizei geht vier Mal gegen junge Antifaschisten vor und verhaftet 22 Mitglieder der CNT-AIT wegen »Angriffen«. Die Gewerkschaft weist diese Vorwürfe zurück.

18.11.91 10 Skineheads schlagen einen Junkie in Cruz del Cura (Madrid) zusammen. Die Nazis fotografieren den Jugendlichen, der wegen »psychologischem Schock« behandelt werden muß.

20.11.91 Die »Selbstverwalteten antifaschistischen Kollektive« rufen zu einer Demonstration in Donostia auf, an der 100 Personen teilnehmen. ATIME greift die »Passivität der Regierung und der Gesellschaft gegenüber den Naziüberfällen in Madrid, Barcelona und Donostia an.

15.12.91 Pedro Varela de Cedade behauptet, daß Guernica von den Kommunisten durch ihre Politik der »Verbrannten Erde« dem Erdboden gleichgemacht wurde.

22.2.92 Tausende demonstrieren in Barcelona gegen »Intoleranz, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit«. Aufgerufen hatte SOS Racisme.

14.3.92 In Valencia findet ein Konzert zur »Verteidigung der Rasse« statt, an dem ca. 300 Naziskins aus verschiedenen Teilen des Landes teilnehmen, um eine »Politische Homogenisierung« in Gang zu bringen. Während des Konzertes prügeln die Nazis sich untereinander. Sie werden vom Sänger einer der vier Bands zur Ordnung gerufen: »Eure wahren Feinde sind die Roten und die Schwarzen«. Vor dem Konzert wurde ein Araber in einen Müllcontainer gesteckt.

14 Antifaschisten griffen vier Naziskins an. Einer der Nazis wurde dabei schwerer verletzt. Einige der Antifaschisten fotografierten die Nazis, die an der Auseinandersetzung beteiligt waren. Junge Antifaschisten organisierten die Verteidigung von besetzten Lokalen wegen möglicher Naziangriffe.

15.3.92 Die Presse in Valencia befaßt sich mit der Neonazigefahr. Die Naziskinheads, die Sonja ermorderten, weil sie Transvestit war, werden vor Gericht gestellt.

27.3.92 In Valencia findet ein Faschistentreffen statt, das von Blas Pinar's »Frente Nacional« organisiert wird. Die Überlebenden der »Divison Azul« werden geeehrt.

30.3.92 In Toledo werden Parolen gegen Juden gesprüht.

17.5.92 Verschiedene nationalsozialistische Gruppen fordern die Schließung der Grenzen gegen die Einwanderung aus der 3. Welt.

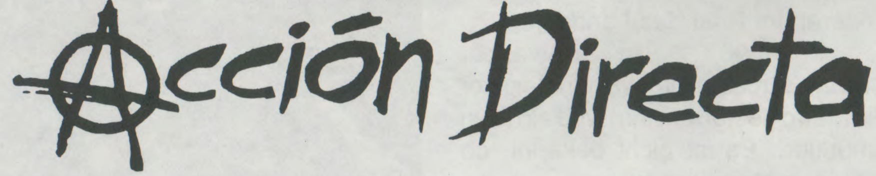
7.6.92 Eine Gruppe von Nazis greift während der Feier des Sieges von Barca in der Fußballliga einen Fotografen an. Die Angreifer sind laut »El Pais« für ihr rechtsradikales Gedankengut bekannt. Sie traten unter der Parole »Macht die Mauren fertig« auf.

19.7.92 Eine Gruppe Naziskins greift zwei Immigranten aus dem Maghreb in Valencia an und fügt ihnen Prellungen und Brüche in Gesicht und Oberkörper zu. Die Verletzten mußten operiert werden. Zwei Nazis wurden wegen dieser Tat vor Gericht gestellt.

9.8.92 Dutzende junger Nazis studieren, debattieren und trainieren in einem von CEDADE organisierten Camp in Barcelona. Am Eingang des Camps steht ein Spruch von Adolf Hitler. Während des Tages singen die Jugendlichen Nazilieder, wie die Zeitung »El Mundo« berichtet.

Chronologie aus Ekintza Zuzena Nr. 11





FRANKREICH:

Bekämpft die Faschisten!

Ein Mitglied der französischen militanten antifaschistischen Gruppe Reflex kam neulich nach London zu Besuch. Contraflow sprach mit ihr über die Situation in Frankreich, angefangen mit den Wahlen, die vor kurzem stattgefunden hatten.

Wir hatten gerade die Wahlen zum nationalen Parlament, und die sozialistische Regierung, die seit 1981 an der Macht war, ist fürchterlich geschlagen worden. Die zwei großen rechten Parteien, die RPR und die UDF haben jetzt über 80% der Parlamentssitze. Die RPR ist die gaullistische Partei, die konservative. UDF ist eine Mitte- Rechts- Koalition. Die RPR hat mehr Sitze als die UDF, vor den Wahlen haben sie zusammen Absprachen getroffen.

In den mehr als 10 Jahren sozialistischer Regierungszeit sind all die Versprechen, die sie gegeben hatten, niemals eingelöst worden... Eigentlich wurde nur alles schlimmer, die Arbeitslosigkeit stieg die Situation der MigrantInnen wurde schlechter. Nach den Wahlen hat es eine Spaltung in der Sozialistischen Partei gegeben, sie ist in einem völlig chaotischen Zustand.

Es wird wahrscheinlich 1995 noch eine Parlamentswahl geben, wenn es die Präsidentschaftswahlen gibt. Mitterand (Sozialistische Partei) ist zur Zeit immer noch Präsident. Wer auch immer Präsident wird, er wird das Parlament auflösen und neue Wahlen einberufen.

Wie hat sich die Nationale Front in den Wahlen gehalten?

Die Nationale Front hat eine sehr bescheidene Wahlkampagne dieses Jahr geführt. Ihr Wahlkampfslogan war „Kopf hoch und Hände sauber", weil sie grundsätzlich die einzige Partei in Frankreich waren, die nicht in die finanziellen Korruptionsskandalen der letzten Jahre verwickelt gewesen waren, die die Sozialistische Partei zum Teil getroffen hatte. Der Slogan der NF war „wir sind die korruptionsfreie Partei".

Im November hielten sie ihren Parteitag ab und veröffentlichten ihr neues Programm. Sie hatten sich von der freien Marktwirtschaftsideologie wegbewegt (im Prinzip eine extremere Version des Thatcherismus) hin zu einem nationalen Sozialismus. Ihr neues Programm beinhaltete Pläne um die Familie als eine Einheit der ökonomischen Basis zu nehmen, indem sie vorhaben, Vätern und Müttern ein Gehalt dafür zu zahlen, daß sie zu Hause bleiben und Kinder, weiße französische Kinder, großziehen, und daß Jobs nur für kinderlose Leute zu haben sind.

Sie haben sich nicht sehr gut in den Wahlen gehalten. Im französischen Wahlsystem gibt es zwei Durchgänge und nur die Kandidaten, die 12,5 % der stimmen haben, gehen in den zweiten Durchgang. Die NF hat 100 Kandidaten in den zweiten Durchgang gebracht, aber sie haben ihren einzigen Sitz in der Nationalversammlung verloren.

Im Durchschnitt für das ganze Land haben sie 12.9 % der Stimmen bekommen. In manchen Bezirken haben sie sehr, sehr viel mehr bekommen. In Nizza z.B. , in dem Wahlkreis, wo Le Pen antrat, der Führer der NF, hat er 29% der Stimmen in der ersten Runde bekommen und war der erste Kandidat. Es gab zwei Kandidaten in der zweiten Runde, und Le Pen bekam 42% der Stimmen. Es gab ein sehr taktisches Wahlverhalten, um die NF aus der Natioanalversammlung zu halten. In einigen Bezirken z.B., in denen ein NF-Kandidat gegen einen kommunistischen Kandidat stand, stimmten die Rechten und die Grünen und die SozialistInnen lieber für den/die KommunistIn als für den NF-Kandidaten in diesem Wahlkreis.

Wie ist die Situation mit rassistischen Angriffen in Frankreich?

Das ist ein großes Problem in Frankreich. Es ist nicht so sehr das Problem für JüdInnen in Frankreich, obwohl es auch Antisemitismus hier gibt und eine Synagoge in einem Pariser Vorort vor zwei Monaten mit einer Brandbombe angegriffen worden war. Die meiste Gewalt richtet sich gegen Leute aus Nordafrika, arabischer Herkunft oder schwarze AfrikanerInnen. Letztes Jahr gab es sechs rassistische Morde durch die Polizei oder die Faschisten und die Anzahl der Angriffe ist wirklich hoch und steigend.

Ist die NF an diesen Angriffen beteiligt?

Sie war daran beteiligt, die Parteiführung offensichtlich nicht, aber sicherlich das Fußvolk der Partei, und viele von ihnen wurden in den letzten Jahren vor Gericht gestellt. Neulich wurden einem jungen marokkanischen Typ mit Eisenstangen der Kopf eingeschlagen, er war wirklich stark verletzt und wurde auf einem Auge blind. Drei Skinheads wurden von BürgerInnen festgenommen, die dem Marokkaner zu Hilfe kamen. Diese Skinheads hatten Verbindungen zur NF und auch zur Blut- und Ehre Skinheadszene in Frankreich, die eigentlich extrem klein ist.

Gibt es Verbindungen zwischen verschiedenen Fraktionen der Rechten und der NF, Nazischlägern und den „respektablen" Politikern?

Es gibt Verbindungen, aber sie sind nicht besonders sichtbar. Die NF hat über 100.000 Mitglieder. Seit sie vor ungefähr 10 oder 11 Jahren anfingen erfolgreich zu werden, haben sie es geschafft, die ganze extreme Rechte in Frankreich praktisch zu vereinen. Sie zogen alle an: katholische Fundamentalisten und Heiden, Neonazis, die Neue Rechte, das ganze Spektrum der extremen Rechten sammelte sich in der NF, was bedeutet, daß es keine ernsthafte Konkurrenz zur NF gibt.

Es gibt noch andere Gruppen. Es gibt eine, die sich PNFE (Französische und Europäische Nationalistische Partei) nennt. Sie haben nur ein paar Hundert Mitglieder und in der Vergangenheit haben sie den Ruf als Neonazi-Terrorismus gehabt. Einige

ihrer Mitglieder gingen zur NF, so daß es ein paar Überschneidungen gibt. Der größte Teil der extremen Rechten ist in der NF, und es ist klar, daß die Leute an der Spitze nicht auf die Straße gehen und dort Zoff machen, aber die Botschaft kommt durch und die Jugendlichen, die dazu kommen, die jungen arbeitslosen Männer, sind diejenigen, die losgehen und die Araber zusammenschlagen.

Hat es Angriffe auf antifaschistische oder linke Gruppen gegeben?

Nicht, daß ich davon wüßte.

Was ist mit der Überschneidung mit der breiten Rechten und der Polizei?

Es gibt eine Polizeigewerkschaft, die sich FPIP nennt und die von Militanten der PNFE und einigen der NF kontolliert wird. Tausende von Bullen sind Mitglied der FPIP, und in fast jedem der letzten Jahre in denen rassistische Morde an Arabern von der Polizei begangen wurden, sind die Bullen, die daran beteiligt waren aus der FPIP rausgeflogen.

Welche Auswirkung wird die neue Regierung auf den Rassismus haben?

In den letzten Tagen hat es in Paris und anderen Städten riots gegeben, nachdem die Polizei einen jungen Afrikaner in einer Polizeiwache erschossen hat. Das zeigt auf, was uns bevorsteht. Der neue Innenminister ist Charles Pasquard, er war auch der Innenminister unter der letzten rechten Regierung. Er ist wirklich ein Hardliner was die Polizei und die Einwanderung angeht, er ist ein richtiger Anti-Immigrant, er ist ein echter Befürworter einer harten Linie. Er haßt auch wirklich die NF, aber er tut ihren Job für sie. Wie wir in den letzten Tagen gesehen haben, ist er wirklich fertig. Ich denke, daß ist ein Anzeichen dafür, wie die Dinge in den nächsten 2 Jahren laufen werden.

In welchem Zustand befindet sich die Opposition zu Rassismus und Faschismus in Frankreich?

Sie ist extrem klein, verglichen zur Größe der NF. Es gibt zwei große Anti-Rassistische Bewegungen, die eine ist SOS-Rassismus und die andere ist MRAP. SOS gibt es seit ungefähr 8 Jahren, sie waren ziemlich erfolgreich in der Mitte der 80iger Jahre als sie eine Kampagne führten „Rühr meinen Kumpel nicht an" in Solidarität mit den Schwarzen. Sie machten ein ähnliches Ding, was die ANL Ende der 70igern in Britannien machte. Sie mobilisierten eine Menge Leute auf die Straße, aber sie bauten eigentlich nicht auf dieser Opposition auf eine effektive Weise auf. Nach einer Weile franste es einfach aus. Sie organisieren gelegentlich noch Demonstrationen. Sie sind mit der Sozialistischen Partei verbunden, jetzt wo die Sozialistische Partei nach den Wahlen zusammengebrochen ist, weiß ich nicht, welche Auswirkungen dies auf SOS-Rassismus haben wird. Es wird ihnen wahrscheinlich die Quelle abschneiden, einen Neuanfang zu starten.

MRAP hängt mit der Französichen Kommunistischen Partei zusammen, die immer noch sehr stark ist, sie haben 26 Sitze im neuen Parlament. Sie regieren auch ziemlich viele Rathäuser. Die MRAP ist auch recht ineffektiv, sie machen nichts an der Basis. Das einzig Interessante, was sie machen, ist rassistische Angriffe aufzuzeichnen. Sie haben jeden rassistischen Angriff in Frankreich in den letzten 8 oder 10 Jahren aufgezeichnet, und machen es immer noch. Aber sie arbeiten nicht auf der Straße.

Die militante Antifaschistische Bewegung ist extrem winzig. In ganz Frankreich gibt es nur eine Hand voll Gruppen. Es gibt in Paris 2 Untersuchungsgruppen, die Zeitungen mit direkten Recherchen von innerhalb der extremen Rechten herausgeben, und es gibt eine oder zwei militante Gruppen, die wirklich an der Basis arbeiten. Eine davon ist Reflex, in der ich bin, und die andere ist SCALP, die ziemlich groß war Mitte der 80iger. Sie hatten nur den einen politischen Ansatz, und der war die NF auf der Straße zu konfrontieren. Aber sie erlitten vor einigen Jahren einen Kollaps und alle Gruppen gingen ein. Es sind nur eine Hand voll Gruppen übrig geblieben. Es gibt eine in Paris, eine in Nantes und eine weiter unten im Süden. Unsere Gruppe arbeitet immer noch mit SCALP zusammen, aber die militante Antifaschistische Bewegung ist sehr klein.

An welchen Aktivitäten sind sie beteiligt gewesen?

Auf der Straße nicht sehr viele, wir sind nicht so zahlreich. Die Politik ist die physische Konfrontation auf der Straße, aber das ist im Moment nicht möglich, weil bei der NF von 100.000 Mitgliedern 30.000 militant sind; und ich zweifel daran, daß es mehr als ein paar Hundert aktive antifaschistische Militante gibt, die etwas machen.

Unsere Gruppe gibt alle 3 Monate eine Zeitung heraus, die eine Menge von Recherchen veröffentlicht. Auf der Straße agieren wir gelegentlich, aber es ist nicht die gleiche Situation wie in Britannien, wo AFA (Anti-Fascist-Action) losgehen kann und einen Infostand der BNP (British National Party) angreifen kann. Die Stimmung gibt es dafür nicht, und es ist einfach nicht möglich.

Gab es viele Antifaschistische Aktivitäten in der Zeit vor den Wahlen?

Nicht wirklich. Ganz klar, Le Pen und die Wahlkampagne der NF zog durchs Land in mehre Städte, und sie haben Kundgebungen und so organisiert, und wie letztes Jahr gab es während den Departements-Wahlen Gegenaktionen in den Städten, wo er auftauchte. Aber eine Menge davon war sehr mau, die Leute sagten nur: hey, Le Pen spricht heute abend, laßt uns hingehen und eine Demo oder sowas machen.

Dieses Jahr war es nicht von einer solchen Gewalt gekannzeichnet, wie letztes Jahr während der Wahl. Letztes Jahr gab es einen recht brutalen Angriff gegen antifaschistische DemonstrantInnen in Chartres (ungefähr 100 km von Paris). Über 3000 Leute demonstrierten friedlich durch die Innenstadt, an dem Abend, an dem Le Pen dort auftrat. Sie wurden von 50 Mitgliedern des FN-"Sicherheitsdienst" überfallen, die mit Baseballschlägern und Brechstangen bewaffnet waren. Es war ein sehr ernster Angriff und auch eine Warnung an Leute in Paris nicht auf

den Anti-Le Pen-Protesten aufzutauchen und es funktionierte, weil auch kaum jemand kam.

Welche Perspektive hat Reflex für die nächsten Jahre? Wie seid ihr organisiert?

Unser Hauptanliegen ist es mehr Leute zu beteiligen, und mehr militante Antifaschistische Aktivitä-ten. Unsere Politik ist es, ein offenes Bewußtsein dafür zu haben, was in der Zukunft passiert ... Im Moment ist weitesgehenst eine reaktive Situation, weil wir nicht stark genug sind offensiv zu sein und die nächsten politischen Schritte zu bestimmen. Eine Menge hängt davon ab, was in den nächsten Jahren mit der neuen Regierung passiert. Was diese Regierung tut, wird bestimmen wie sich die NF in der Zukunft entwickelt. Wenn die RPR-Regierung versucht sich zu weit nach rechts zu bewegen, könnte die UDF das Wahlabkommen brechen. Wenn sie sich zu weit in die Mitte bewegt, könnte das die Unterstützung für Le Pen fördern.

Reflex ist keine nationale Organisierung. Wir haben unsere Basis in Paris. Wir haben ungefähr 20 Mitglieder und wir können ungefähr 2000 Leute in der Pariser Region für Demos mobilisieren - aber Leute für Demos zu mobilisieren ist etwas anderes als sie an militanten Aktivitäten auf der Straße zu beiteiligen. Wir haben auch regionale Kontakte, und wir würden gerne Reflex-Gruppen in anderen Städten aufbauen, aber zur Zeit passiert das nicht.

Welche Verbindungen habt ihr zu anderen Gruppen?

Wir lehnen es ab, mit Gruppen wie SOS-Rassismus und MRAP zusammenzuarbeiten, weil sie grundsätzlich so scheiße sind. Wir werden mit jeder anderen Gruppe zusammenarbeiten, die mit uns eine ähnliche Betrachtungsweise teilen, wie mit den Resten von SCALP und mit einer anderen Antifaschistischen Gruppe die „Appeal of 250" heißt. Wir arbeiten mit noch einer Gruppe zusammen, die heißt „Artikel 31", sie ist eine der Recherchegruppen in Paris und eine belgische Gruppe, „Celsius", die ein Büro in Paris haben.

Wir haben ein ziemlich großes Archiv über die extreme Rechte in Frankreich und sonstwo in Europa und in den USA. Recherchen und Nachforschungen anzustellen ist ein ganz schön großer Teil von dem, was Reflex zur Zeit macht, und wir arbeiten mit anderen Gruppen, die ähnliche Dinge machen zusammen, wir tauschen uns Informationen aus.

In England, haben Gruppen wie das „Newham Monitoring Project" einige Antifa-Gruppen dafür kritisiert, sich nur auf den Faschismus zu konzentrieren und den mainstream-Rassismus in der britischen Gesellschaft außer Acht zu lassen. Ihr Ansatz ist es Graswurzel-Organisierung in schwarzen Communities aufzubauen. Was heißt das für die Situation in Frankreich?

Gruppen wie SOS und MRAP haben keinerlei Basis in Communities von ImmigrantInnen und Schwarzen. Auch existiert die Struktur, wie die Black- Communities nicht in Frankreich auf die gleiche Art und Weise ... In der Vergangenheit hat Reflex versucht, viel in den Vororten von Paris mit den ImmigrantInnen-Communities zu arbeiten. Manche dieser Communities haben ihre eigenen Gruppen, besonders in der jungen arabischen Bevölkerung in der 2. oder 3. Generation. Sie sind ziemlich militant, sie verteidigen sich grundsätzlich selbst, sie bewaffnen sich selbst gegen die Polizei in den Gebieten, wo sie leben weil die Gewalt der Polizei gegen Araber so alltäglich ist. Wir haben einen Dialog mit diesen Gruppen, doch zur Zeit weniger als in der Vergangenheit. Ganz klar, wir haben unterschiedliche Standpunkte, unsere Gruppe ist hauptsächlich weiß und sie kommen aus den arabischen Communities ... Wir versuchen sie zu unterstützen und wir wollen von ihnen auch lernen, das ist ein zweigleisiger Prozeß. Sehr wenige der antirassistischen Gruppen machen überhaupt etwas in den Communities. Es ist eine sehr schlechte Situation und sie ist ziemlich polarisiert.

Es hat eine Menge Kritik von Antirassistischen Gruppen an Antifaschistischen Gruppen gegeben, indem sie sagen „ihr beschäftigt euch nur mit dem Faschismus und geht nicht mit dem Rassismus um". Im Reflex beschäftigen wir uns hauptsächlich mit Faschismus, aber die Rassismus-Frage ist uns auch wichtig. Wir sehen ein, das beide zur gleichen Zeit behandelt werden müssen. Unser Hauptansatz liegt bei Faschismus, aber wir arbeiten auch mit anderen Antirassistischen Gruppen, weil wir nicht den Blick für diese Seite verlieren wollen.

Hatte es sehr viel Selbstorganisierung in den Communities wegen Migrationsgesetzen etc. gegeben?

1981, als die Sozialistische Regierung dran kam, war das erste was sie taten, die Möglichkeiten für ImmigrantInnen nach Frankreich zu kommen zu erweitern. Anfang der 80iger kamen viele NordafrikanerInnen und auch WestafrikanerInnen nach Frankreich. Dies wurde in den letzten Jahren zurückgedrängt, ganz offensichtliche im Zusammenhang mit dem Maastricher Vertrag und der Festung Europa. Mit der neuen rechten Regierung wird sich dies noch mehr verschärfen, sie sind ganz klar hart drauf.

Auch eine große Anzahl der ImmigrantInnen der ersten Generation sind abgeschoben worden. Es gibt eine Gruppe mit der wir uns ein Gebäude teilen, die sich „Komitee gegen die doppelte Strafe" nennt. Die doppelte Strafe ist etwas, was die ImmigrantInnen der ersten Generation erleben. Sie werden wegen unbedeutenden Verstößen gegen das Gesetz aufgegriffen, vielleicht sind ihre Ausweise abgelaufen oder so was. Zuerst werden sie dafür vor Gericht gestellt und bekommen eine Gefängnisstrafe, das ist die erste Bestrafung, dann die zweite Bestrafung, wenn sie aus dem Knast kommen werden sie abgeschoben. Sie werden ins Flugzeug gesetzt und dahin zurückgeschickt, wo immer sie auch hergekommen sind. Das Komitee wird hauptsächlich von Arabern der 2. und 3. Generation geführt und wir arbeiten ziemlich eng mit dieser Gruppe zusammen. Sie haben eine solche Menge Arbeit am Hals, viel mehr als sie überhaupt schaffen können.

REFLEX: 14 Rue de Nanteuil, 75015 Paris, Frankreich

Quelle: contra FLOW, ECN-London, Juni 1993

rassismus in der brd

das beispiel rostock

anhand des beispiels des angriffs von skinheads auf die asylbewerberInnenunterkunft in rostock- lichtenhagen im august 1992 wollen wir euch kurz erklären, wie der rassismus in der brd funktioniert:

lichtenhagen ist ein unbehaglicher, kleinbürgerlicher stadtteil, in dessen hochhäusern viele menschen auf engem raum leben. die mehrheit der einstmalig beschäftigten verlor ihre arbeit nach dem fall der mauer.
in einem der hochhäuser war eine asylbewerberInnenunterkunft untergebracht, in der es platz für maximal 300 personen gab. die landesregierung befahl allerdings 500 personen, in der unterkunft zu wohnen; weiteren 500 befahl sie, vor der unterkunft zu leben: ohne dach über dem kopf, ohne toiletten und ohne geld - ein recht auf freie wohnungs- und aufenthaltsortswahl existiert für asylbewerberInnen in der brd nicht.
diese möglichkeit war eine politische option, um die ressentiments und den hass der deutschen, die in lichtenhagen leben, und deren massive proteste gegen die flüchtlinge zu provozieren.
die politiker zeigten keinerlei reaktion auf diesen unmut, nur die faschisten versprachen, den leuten zu „helfen": sie mobilisierten öffentlich dazu, die unterkunft anzugreifen, was sie dann auch taten.



die reaktion der polizei:
1. die polizei unternahm wenig gegen die faschisten und nichts gegen ihre führer, die über funk die befehle gaben.
es gab einen pakt, einen waffenstillstand zwischen den faschisten und der polizei, wodurch es den faschisten ermöglicht wurde, die unterkunft anzustecken.
2. linke, die zusammengekommen waren, um den flüchtlingen zu helfen, wurden von der polizzei umzingelt und festgenommen. eine linke demonstration einige tage nach den ereignissen wurde von einem der größten polizeiaufgebote in der geschichte ostdeutschlands behindert.

die reaktion der politiker:
1. die übergriffe seien eine schande für das „deutsche ansehen in der welt".
2. die asylbewerberInnen hätten schuld, denn sie seien nunmal zu viele.
3. es sei die stimme des volkes, die gegen die „asylanten", wie sie die asylbewerberInnen nennen, schreit. (dabei ignorieren sie, daß sich die schreie mehr gegen die politik richten)
4. sie baten die asylbewerberInnen nicht um verzeihung.
5. sie veränderten das asylrecht und unterschrieben verträge mit osteuropäischen staaten um das asylrecht faktisch abzuschaffen (die führung der sozialdemokratie beschloß die grundgesetzänderung am selben tag, während in rostock die skinheads die asylbewerberInnenunterkunft angriffen)

die reaktion der presse:
1. sie schreiben viel über die faschistischen angriffe aber wenig über antifaschistischen oder auch sozialen widerstand. z.b. wurde während des angriffs in hoyerswerda 1991 ein autobahnkreuz von arbeiterInnen besetzt - ohne große öffentliche aufmerksamkeit.
2. sie reduzieren den antifaschistischen kampf auf den kampf zweier banden und bestreiten jeglichen politischen gehalt.
sie reden nur über extremismus und behaupten, daß es zwischen dem extremismus der linken und der rechten keinerlei unterschied gäbe.

schlußfolgerungen:
1. die deutsche bevölkerung ist mit den traditionellen parteien und der wirtschaftliche situation sehr unzufrieden.
2. doch eine linke alternative ist für die mehrheit in deutschland nach wie vor unakzeptabel.
3. die deutsche bevölkerung ist rassistisch.
4. die politische führung benutzt die faschisten, um diesen rassismus zu erwecken und somit regierungsfeindlichen unruhen vorzubeugen.
5. die faschisten sind wenige und in der mehrzahl sehr jung, werden allerdings von altnazis und politikern (politisch), kapitalisten (hauptsächlich kleine kapitalisten) und dem rassimus der mehrheit der deutschen bevölkerung unterstützt.
6. obwohl die faschistischen gruppen sehr klein sind, sind sie sehrgut organisiert, erhalten sie finanzielle unterstützung, haben sie ausbildungslager und waffen. im gegensatz zu uns haben sie keine skrupel ihre waffen einzusetzen und wahllos zu töten.
7. der faschismus ist ein manifester ausdruck des patriarchat.
8. es ist notwendig einen antifaschistischen widerstand zu entwickeln, der auch anti-sexistisch und antikapitalistisch ist.

redebeitrag von deutschen internationalistInnen, erstmals gehalten am 23.3.1993 in montevideo, uruguay

Antifaschistische Praxis in Rhein-Main am Beispiel des Frankfurter Antirassistischen / Antifaschistischen Notruf- und Infotelefons

Der folgende Artikel beschreibt einen praktischen Ansatz der antifaschistischen Organisierung. In der BRD gibt es mittlerweile mehrere antirassistische und antifaschistische Notruf- und Infotelefone, die sich durch ihre verschiedenen Charaktere und Arbeitsweisen unterscheiden.

Das Frankfurter Infotelefon ist eines von vielen in der antifaschistischen Praxis. Dieser Ansatz hat nicht alle unsere Probleme gelöst, doch hat es uns in unseren Erfahrungen und in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen weitergebracht. Diese Erfahrungen wollen wir in diesem Artikel vermitteln und zur Diskussion stellen.

Auch wir müssen immer wieder und immer wieder neu überlegen, wie wir unsere Mittel der politischen Situation entsprechend weiterentwickeln. Von daher ist dies nicht die "Lösung" für weitreichende Veränderungen, und auch für uns steht immer wieder zur Diskussion, wie wir, insbesondere was unsere Praxis anbelangt, weiterkommen.

Dieser Artikel ist nicht von allen am Infotelefon beteiligten Gruppen verfaßt und diskutiert worden. Von daher ist der Artikel auch nicht Diskussionsstand aller am Infotelefon beteiligter Menschen/Gruppen, der Veröffentlichung wurde jedoch von verschiedenen Gruppen zugestimmt.

(Die lokale Unterstützungsgruppe der Clash AG,Frankfurt/Main)

3.Oktober 1991 -ein Jahr "wieder"-vereinigtes Deutschland. Nationaler Jahrestag. Feiern auf Verordnung: die Einen als Komparsen im allgemeinen "wir-sind-wieder-wer"-Taumel, die Anderen als Schlägertrupps, mordend für ein deutsches Deutschland.

Um zumindest den Stiefelfaschisten entgegenzutreten, deren Mobilisierung zu stören, vor allem um deren Angriffe auf Migrantinnen und Migranten bzw. deren Wohnheime zu verhindern, versammelten sich an diesem Abend rund fünfzig Menschen aus dem linksradikalen Spektrum in einem der Frankfurter Szeneräume zur Nachtwache. Selbstauferlegtes absolutes Alkoholverbot, bestmögliche Aufgabenverteilung und Diskussionen über subjektive Handlungsvorstellungen sollten es möglich machen: Keinen Fußbreit den Faschisten - wenigstens an diesem, potentiell "ihrem" Abend.

Während sich ein Teil der Antifaschistinnen und Antifaschisten auf Fahrwachen befand, sich andere um die Aufrechterhaltung der (Funk-) Kommunikation kümmerten, machte sich bei den Restlichen die brutale Erfahrung der letzten Wochen und Monate bemerkbar. Die täglichen Angriffe auf Migrantinnen, Migranten und deren Heime, vor einigen Tagen als vermeintlicher Höhepunkt das erste offiziell geduldete und für die Faschisten "erfolgreiche" Pogrom in Hoyerswerda, hinterliessen bei vielen das Gefühl der Ratlosigkeit. Häufig war in dieser Nacht die Rede von "objektiven Notwendigkeiten", vom Zwang, reagieren zu müssen (und vorerst nur noch reagieren zu können), viel von "es müsste", "sollte", von "jetzt" und "sofort". Es zeichnete sich ab -und je länger der Abend wurde, desto deutlicher wurde es, daß eine einmalige Nachtwache vollkommen unzulänglich, eine andauernde Alarmbereitschaft aber nicht zu leisten sein wird. An diesem Abend kam die konstruktive Idee der Perfektionierung der bestehenden Strukturen (Telefonketten, Vernetzung der Gruppen, schnellere Mobilisierungsmöglichkeiten) auf, und es entstand schließlich ein erstes Konzept des "antirassistischen und antifaschistischen Notruf- und Infotelefons" : *als Ausdruck der praktischen Solidarität mit Migrantinnen und Migranten, und als eine Art des Widerstandes gegen den Terror der Rassisten auf den Straßen.*

Ziel war und ist, künftig nicht mehr zuzulassen, daß sich Faschisten und Rassisten ungestört sammeln, sich organisieren und Aktionen vorbereiten können. Zudem war die Idee einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den, hier oft nebeneinander agierenden, Gruppen und Zusammenhänge Teil der Grundüberlegung. Hinzu kam die Vorstellung, als Informationsträger, z.B. mit Presseerklärungen und selbstbestimmten Aktionen, Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Auf einer einberufenen Vollversammlung der aktiven Frankfurter Szene wurde deutlich, daß die Idee des "infotelefons" auf ein Bedürfnis aller traf, so daß es möglich war, die Vorstellungen auf breiter Basis und in kurzer Zeit umzusetzen. Innerhalb der folgenden Woche wurden diese Ideen in Angriff genommen und zum Großteil in die Tat umgesetzt: Ein Raum mit Telefonanschluß und der zur Arbeit notwendigen technischen Infrastruktur (Anrufbeantworter, Schreibmaschine,..) wurde organisiert, systematische Alarmketten zusammengestellt, Flugblätter und Plakate entworfen, in zig Sprachen übersetzt und in der ganzen Stadt verteilt und geklebt. Dabei war es wichtig, daß insbesondere in den Unterkünften der Migrantinnen und Migranten, also in Wohnheimen, Kasernen und Lagern intensiv auf die Existenz des "infotelefons" aufmerksam gemacht wurde, Gespräche geführt und Kontakte hergestellt wurden.

Schon in den Monaten vor der Organisierung und Installierung des "infotelefons" stellten wir in unseren Diskussionen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der jeden Tag immer mehr eskalierenden Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten einerseits, und der vom Staat inszenierten Diskussion um die Veränderung, sprich Verschärfung, des Asylrechtes andererseits, fest. Das Pogrom von Hoyerswerda machte deutlich, daß ein grosser Teil der deutschen Bevölkerung hinter den faschistischen und rassistischen Angriffen und Morden steht, und somit Teil des, auch von den Medien propagierten, rassistischen Gesellschaftskonsens ist. Anhand dieser Tatsache und den daran geführten Diskussionen, entwickelte sich der Aktionsrahmen des "infotelefons" weiter: *"Kampf dem Faschismus und Rassismus - Auf den Straßen, in den Behörden, in den Köpfen. Offene Grenzen und Bleiberecht für Alle"* ist seitdem die Handlungsmaxime der am Telefon beteiligten Menschen und Gruppen.

Die Einrichtung des "infotelefons" gab uns ein geeignetes Mittel in die Hand, um in der aktuellen politischen Situation der bundesdeutschen Realität handlungsfähig zu sein. Unsere hauptsächliche Praxis bestand während der ersten Wochen und Monate überwiegend darin, Demonstrationen zu organisieren, die unsere Wut und Solidarität ausdrückten, wenn erneut Menschen von Faschisten ange-

griffen, verletzt oder ermordet worden waren. Zu solchen Demos musste das "infotelefon" leider viel zu oft aufrufen, da die faschistische Brutalität immer neue Menschenleben forderte.
Ein anderer, wichtiger Bestandteil der Praxis war die Mobilisierung zu Versammlungen der organisierten Faschisten (NPD, DVU, Die REPUBLIKANER) mit dem Ziel, diese zu verhindern. Aufgrund der die Faschisten schützenden Polizeieinsätze, gelang dies jedoch nicht immer. So wurde am 22.11.91 eine Wahlveranstaltung der faschistischen "Nationaldemokratischen Partei NPD" in Frankfurt von rund 80 Antifaschistinnen und Antifaschisten angegriffen. Die Faschisten, die für ihre Versammlung ein städtisches Gebäude zur Verfügung gestellt bekamen, mußten ihr Treffen für längere Zeit unterbrechen. Aufgrund des massiven Polizeieinsatzes (u.a. Bedrohung mit Schußwaffen) und der anschließenden Massenfestnahmen, konnte das Treffen jedoch nicht vollständig verhindert werden. Eine Wahlveranstaltung der "Deutschen Volksunion DVU" dagegen, kam aufgrund des massiv befolgten Aufrufes durch das "infotelefon" nicht zustande.
Als erste große und arbeitsintensive Öffentlichkeitsaktion entwickelte sich die Mobilisierung und Recherche nach einem Brandanschlag im hessischen Lampertheim, bei dem drei Tamilen aus Sri Lanka ums Leben kamen. Presseerklärungen, Gespräche mit Journalisten und eine Demonstration mit über 1000 Menschen führten dazu, daß die von staatlicher Seite aufgestellte Behauptung, das Feuer in dem Haus sei nicht vorsätzlich gelegt worden, ein Jahr später vom LKA (Landeskriminalamt) zurückgenommen werden mußte.
In dieser Zeit (Winter 1991 bis Sommer 92) wurden zudem häufig auch nachts die Alarmketten ausgelöst, nachdem Menschen (z.B. Taxifahrer, Migrantinnen und Migranten, Passanten) dem "infotelefon" Ansammlungen von Fachisten und Skinheads gemeldet hatten. Ein Ergebnis dieser aktiven Beteiligung aus Teilen der Bevölkerung war beispielsweise das militante Auflösen einer Gruppe von ca. 20 Skins, die im Klang faschistischer Lieder in einem Frankfurter Waldstück feierten. Die Mobilisierung wurde auch ausgelöst aufgrund der akuten Bedrohungssituation eines in unmittelbarer Nähe gelegenen Bauwagendorfes.
Die subjektiven Differenzen, die sich an der Frage der Militanz festmachten, führten nie zur Distanzierung. Das Konzept des "infotelefons", eben keine Trennung zwischen militanten Aktionen gegen Faschisten, Rassisten und deren Organisationen einerseits, Schutz der Migrantinnen und Migranten bzw. Öffentlichkeitsarbeit andererseits vorzunehmen, wurde und wird stets von allen Beteiligten getragen.
Im Sommer 1992 konzentrierte sich die Arbeit des "infotelefons" für längere Zeit auf die Ereignisse in Mannheim - Schönau (s. Clash Nr.7). Das dortige, über eine Woche anhaltende Pogrom gegen ein Flüchtlingslager, erhielt durch die aktive Teilnahme der Mannheimer Bevölkerung eine neue, verschärfte Qualität: Hier waren es erstmals unorganisierte Bewohner eines Stadtteils, die die Stimmung von Lynchjustiz verbreiteten und gewalttätig gegen die Migranten vorgingen. Das war eine neue Erfahrung, da die Angriffe in Hoyerswerda beispielsweise, in erster Linie von organisierten Faschisten ausgingen. Zugleich war es für uns die Bestätigung des sich ausweitenden rassistischen Gesellschaftskonsens, den es für uns zu durchbrechen gilt.
Da den städtischen und Landesbehörden bis dahin eine Mediengleichschaltung in Form einer Nachrichtensperre gelang, war das "infotelefon" ausschließlich auf die eigene Informationsarbeit angewiesen. Nach den ersten Infos über die Angriffe in Mannheim, wurden über das "infotelefon" Gruppen organisiert, die über eine Woche allabendlich nach Mannheim fuhren. Ziel war, den Schutz der Migranten zu gewährleisten, die deutschen Bürger von weiteren Angriffen abzuhalten und einen Kontakt zu den Migranten aufzubauen. Uns erschien die Mobilisierung von Frankfurt aus für notwendig, da in Mannheim selbst kaum politische Gegenwehr organisiert wurde. Auf der anderen Seite wurde jedoch der Vorwurf an uns gerichtet, wir würden in eine Situation eingreifen, in der wir uns aufgrund der Entfernung gar nicht befinden. Einige Mannheimer GenossInnen fühlten sich von uns "überfahren" und übergangen. Daraufhin fanden verschiedene Diskussionen und Auseinandersetzungen über die an uns gerichtete Kritik des "Metropolenchauvinismus" statt.
Vom "infotelefon" wurde in diesem Zusammenhang zum ersten Mal zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen, wobei das Telefon als Koordinationsstelle für den gesamten norddeutschen Raum fungierte.
Neu waren also für das "infotelefon": die längerfristige Schutzübernahme eines Wohnheimes; dies in einer, von Frankfurt rund 100 km, entfernten Stadt; der Aufbau einer Kommunikation mit den betroffenen Migranten; eine doppelte Konfrontation (rassistische "Bürgerwehr" und eine nicht minder rassistische Polizei); die bundesweite Mobilisierungen.
Differenzen zwischen den überregional in Mannheim-Schönau wirkenden Gruppen, gab es vor allem bei der Klärung der, im Verlauf der Diskussionen sogenannten, "Opferfrage": Die Mobilisierung des "infotelefons" zielte auf das Erzeugen einer Konfrontation und auf die eindeutige Solidarisierung mit den Migranten ab. Wir stellten die rassistischen Angriffe der Bürger Mannheim-Schönaus auf die gleiche Stufe mit der Offensive für ein "ausländerfreies Deutschland" der organisierten Faschisten. Andere linke Initiativen stellten währenddessen die Frage nach der Erklärung und Nachvollziehbarkeit dieses aggressiven Rassismus' - kurz, platt und provokativ formuliert war die Aussage dieser Gruppen: 'Auch die Bewohnerinnen und Bewohner des sozialen Brennpunktes Mannheim-Schönau sind Opfer der herrschenden Verhältnisse, also hohe Arbeitslosigkeit, hoher Drogenkonsum, Vereinzelung, ... Von daher muß mit den Anwohnerinnen und Anwohnern des Flüchtlingsheimes diskutiert werden. Das Erzeugen einer Konfrontation ist die falsche Politik'. Ausdruck dieser Rangehensweise war die Parole: "Flüchtlinge sind die falsche Adresse - Haut den Politikern auf die Fresse!".
An diesem Punkt gab es sehr kontroverse Diskussionen: In der konkreten Angriffs- oder Bedrohungssituation gibt es für uns keinen Raum für die Auseinandersetzung mit den RassistInnen und darf es auch nicht geben. Das schließt aber nicht aus, nach den Ursachen und dem Kalkül der Herrschenden zu fragen - alleine schon um etwas verändern zu können. Schließlich ist Rassismus kein Naturereignis - Menschen und Gesellschaften können sich ändern. Die an diesem Punkt offenen Widersprüche konnten jedoch nicht immer gelöst werden, so daß es auch zu Trennungen zwischen den dort stattfindenden Aktionen kam.
Bedingt durch die herrschende und sich verschärfende rassistische Grundstimmung in der BRD und durch das Frankfurter "infotelefon", das einen Weg der

praxisorientierten antirassistischen Arbeit aufzeigte, gründeten sich gerade nach Mannheim bundesweit weitere Infotelefone. Zudem konnte der Radius der Mobilisierungsfähigkeit des "infotelefons" ausgedehnt werden, da sich im gesamten Rhein-Main-Gebiet Gruppen in Alarmketten organisierten und somit Teil der Struktur wurden. Die erfolgreichen Bemühungen der Frankfurter Antifa-Gruppen um Kontakt und Aufbauarbeit weiterer lokaler Antifa-Initiativen im Frankfurter Umland, sehen wir u.a. auch in diesem Zusammenhang.
Nicht zuletzt der direkte Kontakt und Austausch mit einigen Migranten in Mannheim-Schönau, lieferte für einige am "infotelefon" beteiligte Menschen die Motivation zur Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten in Frankfurt und Umgebung. Zudem sollten deren Ansätze der Selbstorganisierung unterstützt werden. Eine drohende Eskalation in einem Ort in der Nähe Frankfurts (Maintal-Bischofsheim), ausgelöst durch das gemeinsame Auftreten organisierter Faschisten und unorganisierter Rassistinnen und Rassisten gegen das dortige, sich damals im Aufbau befindende, Flüchtlingslager, veranlasste das "infotelefon" zu verstärktem prophylaktischem Engagement. Demonstrationen, Plakat und Sprühaktionen, öffentliche Bekanntmachung der in Maintal lebenden Faschisten und der Kontakt mit dem gegründeten "Flüchtlingsrat", konnten dort bisher das Ausbrechen offen rassistischer Gewalt verhindern. Das Vorhaben, eine andauernde Zusammenarbeit mit den Migrantinnen und Migranten zu gewährleisten, scheiterte am teilweise nachlassenden Interesse der InitiatorInnen - kontinuierliche Arbeit wäre dafür nötig gewesen. Diese ist aber arbeitsintensiver als eine kurzzeitige Mobilisierung und erfordert zudem eine Entscheidung für die direkte Zusammenarbeit mit MigrantInnen. Die wurde aber von uns nicht getroffen.

Trotz der sich bundesweit ausdehnenden Antifa-Zusammenhänge, trotz verschiedenster Organisierungsansätze, trotz der immer besser funktionierenden Vernetzung auch der Notruf- und Infotelefone, konnte dem sich verschärfenden Rassismus in Deutschland bislang nicht Einhalt geboten werden. Im Gegenteil eskalierte die rassistisch - faschistische Gewalt im Spätsommer / Herbst 92 noch einmal.
Am 22.August begann schließlich das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen. Bisheriger Höhepunkt des mörderischen und menschenverachtenden Rassismus im Nachkriegsdeutschland. Auf offizielle Anweisung zog sich die Polizei von der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) zurück, wohlwissend, daß sich in dem nun zum Angriff freigegebenen Haus, noch über hundert Menschen befanden. Über tausend organisierte und unorganisierte FaschistInnen und RassistInnen tobten nächtelang ihren Haß auf alles Fremde aus. Die Polizei sah den FaschistInnen zu und nahm Antifaschistinnen und Antifaschisten fest, die Bundes- und Landesregierung nahmen den Tod der Migrantinnen und Migranten billigend in Kauf. Es war schliesßlich nicht nur der internationalen Öffentlichkeit zu verdanken, daß während des Pogroms keine Menschenleben zu beklagen waren. Auch die sofort nach Bekanntwerden der Ereignisse einsetzende bundesweite Mobilisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten über verschiedene Notruf- und Infotelefone, sorgte für den notwendigen Druck. Zu der bundesweiten Demonstration kamen mehrere tausend Menschen, um sich der Neuauflage der menschenverachtenden Tradition im neuen Deutschland entgegenzustellen. Das "infotelefon" übernahm auch hier in Zusammenarbeit mit anderen Infotelefonen erneut die Funktionen der Mobilisierung, Koordinierung und Informationsverteilung. Zudem wurde fast täglich zu Demonstrationen in Frankfurt aufgerufen, wurden Presseerklärungen und Solidaritätsbekundungen gefaxt.
Das Pogrom von Rostock bildete den Auftakt einer qualitativ und quantitativ aggresiveren Welle der faschistischen Gewalt in Deutschland: Hunderte von Angriffen auf Migrantinnen, Migranten und deren Unterkünfte, gegen Linke, Behinderte, Schwule, Lesben und Obdachlose folgten.
Parallel zum Pogrom in Rostock, intensiviert nach dem Brandanschlag in Mölln, begann die Bundesregierung im Einvernehmen mit der Opposition (SPD, die GRÜNEN) die Debatte um die Verschärfung des Grundgesetzartikels 16, der das Recht auf Asyl beinhaltet. Die Opfer der Morde und Angriffe wurden im offiziellen Sprachgebrauch der Herrschenden und der Medien zu den eigentlichen Tätern: Erst der Gebrauch des Art.16 GG durch Menschen, die ihre Heimat verlassen mußten, sowie die Existenz von Migrantinnen und Migranten in Deutschland ließ nach offizieller Lesart den Rassismus in Deutschland entstehen. Eine beispiellose Hetzkampagne wurde inszeniert, um die Opfer rassistischer Gewalt als die wahren Schuldigen auszumachen (BILD:"Der faulste Asylant") und die Menschen, die sich mit den Verfolgten solidarisieren, zu diffamieren (Kohl's Rede vom "Beileidstourismus", Medienhetze über die linken "Straßenterroristen"). Zeitgleich, aus Angst vor der internationalen Öffentlichkeit und den Auswirkungen auf die Exportbilanz der BRD, versuchten sich die Bonner Parteien zu den "wahren" Antirassisten aufzuspielen. Die Verschlechterung des Klimas der Weltöffentlichkeit war den Herrschenden in die Knochen gefahren, schließlich braucht man dringend Investoren und ausländisches Kapital für den "Aufbau Ost". Die von Bonn verordnete Demonstration in Berlin am 14.11.92 und die Lichterkettenkampagne sollten das Ausland wieder beruhigen und Deutschland als einen Staat, der "seine Ausländer" liebt, darstellen.
Seit dieser Staatskampagne und der sich abzeichnenden Abschaffung des Rechts auf Asyl wurde vom "infotelefon" überwiegend Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Veranstaltungen zum Thema Asyl und Fluchtgründe wurden organisiert und mitgetragen, antirassistische Aktionswochen unterstützt - Dies insbesondere während des hessischen Kommunalwahlkampfes, nach dessen Ausgang verschiedene faschistische Parteien in diverse Stadtparlamente eingezogen sind. Mit Presseerklärungen wurde versucht, die Zensur der Medien zu durchbrechen, da seit Mölln kaum noch von rassistischen / faschistischen Angriffen berichtet wird, obwohl diese unvermindert anhalten.
Parallel dazu laufen weiterhin Aktionen zur Verhinderung faschistischer Treffen und Veranstaltungen, sowohl in Frankfurt, als auch im Umland.
Das "infotelefon" hat sich zudem seit einiger Zeit zu einem Informationspool der hiesigen linksradikalen Szene entwickelt und verbreitet nunmehr auch Nachrichten zu anderen Bereichen (z.B. Häuserbesetzungen bzw. -räumungen in der näheren Umgebung, Repression der Staatsorgane, z.B. der Münchener Kessel während des WWG), zu denen dann auch mobilisiert wird.
Das letzte größere Projekt an dem sich das "infotelefon" aktiv und mobilisierend beteiligte, war die Kampagne zur Bundestags-

blockade am Tag der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl durch die Parteien.

(Da in der BRD die Situation ständig weiter eskaliert, könnten wir diesen Text fast jeden Tag aktualisieren - Angriffe, Morde, rassistische Willkür des Staates und dessen Schergen sind inzwischen alltag. Deshalb hier nur die einschneidensten Ereignisse der letzten Wochen, zu denen das "infotelefon" (mit-) mobilisierte: die Morde von Solingen, die Brandanschläge in Frankfurt/Main, die Errichtung eines Flüchtlingslagers auf dem exterriotorialen Gelände des Frankfurter Flughafens, die Exekution unseres Genossen Wolfgang Grams, der in der RAF organisiert war, durch die "Anti-Terror-Einheit" GSG 9 und die Festnahme Birgit Hogefelds *).*

Organisatorischer Aufbau des infotelefons

<u>*1. Besetzung, Schichten, Versammlungen*</u>

Voraussetzung für ein arbeitsfähiges und ernstzunehmendes Notruf- und Infotelefon ist eine nahezu vollständige zeitliche Besetzung. Das "infotelefon" in Frankfurt ist werktags von 17:00 bis 07:00 besetzt, an Wochenenden 24 Stunden durchgehend. Bei aktuellen Anlässen können über Sonderschichten auch die Vormittage unter der Woche abgedeckt werden.

Eine tägliche Besetzung des "infotelefons" setzt Verbindlichkeit und Initiative voraus. Von daher bestand die Vorfeldarbeit, die zur Gründung des "infotelefons" führte, im Ansprechen und Gewinnen verschiedener Gruppen und Initiativen, die die einzelnen Schichten übernehmen sollten.

Voraussetzung für Mitarbeit der Gruppen, die nicht ausschließlich aus dem "typischen" Szenekreis stammen, sondern eben auch aus dem Gewerkschaftsspektrum und der "Dritten Welt"-Bewegung, ist die eindeutige Akzeptanz des Einsatzes militanter Mittel zur Vertreibung von FaschistInnen/RassistInnen bzw. zur Verhinderung deren Treffen. Dies gilt auch dann, wenn Militanz subjektiv von den Einzelnen nicht unbedingt angewandt werden kann /angewandt wird. Offensives Vorgehen gegen FaschistInnen und RassistInnen ist eben ein politisches Mitel der am "infotelefon" beteiligten Menschen und Gruppen und darf daher nicht zur unsolidarischen Distanzierung oder gar Spaltung führen.

Um solche politischen, inhaltliche und organisatorische Positionen und Probleme zu diskutieren und konsensfähig zu machen, finden wöchentlich Plenas statt, zu denen Delegierte der einzelnen Schichten erscheinen. Zudem werden Vollversammlungen (VV) einberufen, zu denen alle am Telefon organisatorisch beteiligten Menschen kommen sollen. Außerdem finden nach Bedarf Alarmketten - VVs statt.

<u>*2. Alarmketten, Alarmfälle, Mobilisierungen*</u>

Nach einem von "infotelefon" ausgelösten Alarm werden über bestimmte Verteiler Telefonketten mobilisiert. Diese Mobilisierung über Verteiler, also über Menschen, die in der Regel erreichbar sind, hat sich als zweckmäßig erwiesen, da ansonsten die Schicht, die den Alarm auslöst, mehrere Dutzend Anrufe führen müßte, und dadurch das Telefon blockiert wäre. So ist nach dem "Schneeballprinzip" in relativ kurzer Zeit nach Eingang des Notrufs die Mobilisierung Vieler gewährleistet.

Alarme werden grundsätzlich ausgelöst, wenn

- FaschistInnen /RassistInnen in größerer Anzahl gesehen werden ;
- ein Angriff auf Menschen bzw. deren Räume bevorsteht oder gerade stattfindet ;
- ein Angriff schon stattgefunden hat ;
- Veranstaltungen oder Treffen von organisierten FaschistInnen bekannt werden ;
- staatlich bezahlte RassistInnen in Aktion sind (z.B. diskriminierende, rassistische Kontrollen der Polizei, Razzien, Abschiebeaktionen der Ausländerpolizei oder des Ordnungsamtes ;
- es richtig /wichtig erscheint, spontan für bzw. gegen aktuelle Ereignisse auf die Straße zu gehen ;

- Bevor solche Alarme ausgelöst und an die Alarmketten weitergegeben werden, wird der Anruf überprüft. Das ist umso wichtiger, wenn Ereignisse in der Umgebung Frankfurts stattfinden, da unkontrollierte und ineffektive Mobilisierungen erfahrungsgemäß zu Ermüdungen und nach Wiederholungen zu geringeren Beteiligungen führen. Genauer wollen wir unsere Strukturen hier nicht offenlegen. Mit Gruppen, die tiefergehendes Interesse an der Arbeit des "infotelefons" haben, setzen wir uns gerne auseinander.

Notrufe sollten nach bestimmten Kriterien hinterfragt werden, damit mensch sich auf die näheren Umstände einstellen kann:

- *Wer* (macht gerade etwas, hat gerade etwas gemacht) ?
- *Was* (ist passiert) ?
- *Wo* (ist etwas passiert) ?
- *Wieviele* (machen etwas) ?
- *Wann* (ist etwas passiert) ?
- *Ist Polizei, evt. Feuerwehr schon vor Ort ?*
- *Gibt es Verletzte, Festnahmen ?*

<u>*3.Sonstige Funktionen des "infotelefons"*</u>

Neben der mobilisierenden Funktion des "infotelefons" arbeitet das Telefon inzwischen auch als Beratungs- und Informationsstelle. Zum Beispiel wenn ...

- antirassistisch eingestellte Menschen, insbesondere aus dem bürger-lichen Spektrum "irgendwas gegen den Rassismus hier" machen wollen. Das "infotelefon" verweist dann auf lokale Gruppen, beispielsweise an die Frankfurter "antirassistischen/antifaschistische n Stadtteilgruppen" oder an Menschenrechtsorganisationen.
- rat- und hilfesuchende Menschen anrufen. Das "infotelefon" gibt dann z.B. die Adressen und Telefonnummern von Flüchtlingsgruppen, Ämtern, RechtsanwältInnen und Initiativen weiter, die sich um diese Menschen kümmern können.
- Menschen aus der "Szene" Informationen haben wollen zu Demos, Aktionen, Veranstaltungen, etc.
- VertreterInnen der Medien zu bestimmten Ereignissen Hintergrundinformationen und Stellungnahmen haben wollen.

Zudem trägt bzw. unterstützt das "infotelefon" selbst Veranstaltungen, z.B. zum Thema Asyl oder Repression gegen AntifaschistInnen.

Außerdem fungiert das "infotelefon" gelegentlich als Ermittlungsausschuß (EA) oder unterstützt EAs in anderen Städten, beispielsweise bei überregionalen Aktionen oder Demos.

Seit einigen Monaten hat sich aus dem Organisationsrahmen des "infotelefons" eine Redaktionsgruppe zusammengetan, mit dem Ziel in Form eines monatlich erscheinenden "infobulletins des antirassistischen und antifaschistischen notruf- und infotelefons" Informationen und verschwiegene (zensierte) Nachrichten auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das "info-bulletin" wird, abgesehen von den lokalen Szenetreffpunkten, auch in Kneipen und Räumen anderer, potentiell progressiver, Gruppen und Menschen ausgelegt.

Ebenso wie das "infobulletin" wird das "infotelefon" durch Spenden und durch Einnahmen verschiedener selbstorganisierter Veranstaltungen (Disco, Filmvorführungen, Kneipenabende) finanziert.



4. Politische Grundüberlegungen

Die offensive rassistische Entwicklung in Politik und Gesellschaft der BRD wurde von vielen radikalen Gruppen in der Stadt sehr ernst genommen. Spätestens seit Wunsiedel 1991 bzw. der alljährlich dort stattfindenden faschistischen Großdemonstration zum "Gedenken von Rudolf Hess", wurde deutlich, daß die faschistische Bewegung in der BRD und in Europa noch längst nicht ihr absolutes Potential erreicht hatte. Insofern bestand und besteht eine akute Bedrohung, da die FaschistInnen und RassistInnen momentan Anziehungspunkt für viele Menschen sind.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die sich der daran anschließenden ökonomischen und sozialen Krise, liessen schon damals die innenpolitische Zusammenarbeit der "demokratischen" Regierungskräfte mit den FaschistInnen vorhersehen. Es bestätigte sich die historische Analyse, daß in Zeiten der wirtschaftlichen und sozialen Rezession, das reaktionäre und faschistische Potential als Stabilisator der herrschenden kapitalistischen Klasse benutzt wird. In Verbindung mit der europäischen Einigung, insbesondere in den Bereichen der Asylrechts- und Einwanderungspolitik und der westeuropäischen Interventionspolitik gegen den Trikont und die Staaten Südosteuropas, wurde die existentielle und politische Notwendigkeit deutlich, dieser Entwicklung auf außerparlamentarischem Boden entgegentzureten. Die Praxis der am "infotelefon" beteiligten Gruppen, setzte beim Bekämpfen des Rassismus, sowohl in den staatlichen Organen (Exekutive, Legislative und Jurisdiktion), als auch auf der Straße und in den Köpfen, an.

Unseren politischen Standpunkt bestimmten wir aus dieser Einschätzung und formulierten die von uns gesehenen Zusammenhänge immer wieder in öffentlichen Beiträgen (Plakate, Flugblätter, Erklärungen, Redebeiträgen). Wir machten und machen die Akzeptanz unseres politischen Standpunktes auch zur Bedingung bezüglich der organisatorischen Zusammenarbeit.

In der ganzen Zeit seit der Gründung des "infotelefons" sind wir jedoch nicht über das Manifestieren des politischen Grundkonsens' der verschiedenen, am Telefon arbeitenden Gruppen, hinausgekommen. Die gelegentlich geäußerte Hoffnung, mit dem Organisierungsansatz des "infotelefons" die Entwicklung einer revolutionären Perspektive zu fördern, konnte jedoch nicht realisiert werden. Uns ist bewußt, daß diese Form der Organisierung die Entwicklung einer revolutionären Organisierung nicht ermöglichen kann, da das "infotelefon" auf objektiver Notwendigkeit und subjektivem Handlungsbedarf basiert und eine gemeinsame Praxis ermöglicht - aber eben nicht unbedingt die gemeinsame Diskussion. Das allein bewirkt jedoch keine gesellschaftlichen Prozesse. Diese Organisierung fördert lediglich die Handlungsfähigkeit in der Konfrontation mit dem rassistischen und faschistischen Terror des Staates, der Gesellschaft und der FaschistInnen. Zudem ermöglicht sie die Beteiligung vieler verschiedener Menschen, auch derer, die sich nicht als Teil der "Szene" begreifen, an einer linksradikalen Praxis in staatlicher Opposition. Gerade in diesem Punkt sind wir hier in der Stadt mit unseren Erfahrungen ein sehr gutes Stück weitergekommen.

Es ist für uns aber weiterhin sehr schwierig, einzelne Menschen anzusprechen und in unsere Strukturen zu integrieren.

Inhaltliche Diskussionen und Kritikansätze

1. Gleichwertigkeit der verschiedenen Ansätze : Offensives Vorgehen - Schutz - Öffentlichkeitsarbeit

Diskutiert wurde, daß es zwischen Schutz, Angriff und Öffentlichkeitsarbeit in den konkreten Mobilisierungen keine Wertung und Trennung geben soll. An Ort und Stelle gab es jedoch an diesem Punkt verschiedene Konflikte. So wurden unterschiedliche Praxisvorstellungen unter Zeitdruck oft gegeneinander gestellt und geredet. Nicht immer wurde nach einer gemeinsamen Lösung gesucht. Darauf folgte unter anderem die Kritik an patriarchalen Strukturen, sprich "typischem Mackergehabe" in der Militanzfrage. Die Auseinandersetzungen daran fanden sowohl in den, an der Mobilisierung beteiligten Gruppen, als auch in den Alarmketten-VVs statt. Ziel war die Suche nach Verbesserungen und gemeinsamen Lösungen in der Praxis der Mobilisierungen.

2. Patriarchale Strukturen

Hierzu gibt es ein anschauliches Beispiel aus vergangener Praxis:

Im Frühjahr 1992 fanden massive Razzien in fast allen Bordellen Frankfurts statt, in deren Verlauf sehr viele Frauen, vor allem aus Lateinamerika, abgeschoben wurden. Die Mobilisierungen des "infotelefons" stiessen letztendlich an verschiedene Grenzen. Zum Einen gab es keine gemeinsam diskutierte Vorstellung, wie mit der Forderung von Frauen, dort ohne Männer agieren zu wollen, in der Praxis umgegangen werden kann. Das heißt, auf der einen Seite gab es keine von Männern entwickelte Praxisvorstellung, außer der, gegen die rassistische Behandlung und die rassistischen Verhältnisse demonstrieren zu wollen. Auf der anderen Seite wollte ein Teil der vom "infotelefon" mobilisierten Frauen vor Ort eben nur mit den betroffenen Frauen agieren. Die positiven Ansätze einer gemeinsamen Diskussion zur Klärung und eventuellen Auflösung dieses Widerspruchs, blieben jedoch im Keim stecken und gingen wieder unter.

Grundsätzlich sind inhaltliche Diskussionen und konkrete praktische Ansätze im Kampf gegen das Patriarchat kein gemeinsames intensives Thema im Kreis der am "infotelefon" wirkenden Menschen.

Es wird zwar die Forderung nach "Anerkennung der spezifischen Fluchtgründe von Frauen" gestellt und auf verschiedenen Flugblättern und Plakaten stehen Parolen wie "Kampf dem Rassismus *und Sexismus*", jedoch ist nichts davon durch eine gemeinsame Theorie und Praxis gefüllt. Das Manko ist zurückzuführen auf das mangelnde Bewußtsein aller am "infotelefon" beteiligten Männer und Frauen bezüglich patriarchaler Strukturen. Das liegt sicher auch am Fehlen einer starken Frauen-, Lesben- und Schwulenorganisierung, die zwar nicht verantwortlich wäre, diese Diskussionen zu führen, sie aber anstossen könnte.

3. "Szenepolizei" ?

Ein weiter Kritikpunkt war und ist der Vorwurf, durch das "infotelefon" Strukturen geschaffen zu haben, die mit der Umschreibung "Szenepolizei" auf den Punkt gebracht wurden.

Die abstrakte Aufteilung in "Opfer" und "Helfer", also gerade die Trennung zwischen denen, die einer akuten rassistischen Bedrohung ausgesetzt sind, und denen, die dieser Bedrohung Abwohl einerseits das Nichtwahrnehmenkönnen/-wollen der Lebensrealität der MigrantInnen hier (s.o.). Mit ausschlaggebend ist jedoch auch das Aufeinanderstoßen verschiedener Erfahrungen und Organisierungs- bzw. Organisationsvorstellungen der in der BRD/in Frankfurt politisch handelnden MigrantInnen einerseits und der deutschen "Szene" andererseits.

Teilweise liegt es auch daran, daß MigrantInnen und Flüchtlinge eben keine homogene Gruppe sind. Deren unterschiedliches Bewußtsein, auch bezüglich einer progressiven/revolutionären Politik, wird von uns/der Linken zu oft negiert. Die hier lebenden MigrantInnen und Flüchtlinge bilden einen Querschnitt aller gesellschaftlicher Klassen und Gruppen ihrer Heimatländer. Von daher sind die Ansätze, die Flüchtlinge zu "revolutionären Subjekten" machen oder eben zu "unselbstständigen Opfern", zu kurz gegriffen und degradieren Menschen schließlich zu Objekten.

Außerdem wird an diesem Punkt deutlich, daß es in der Linken keine revolutionäre Organisation gibt, die einen internationalistisch hilfe zu verschaffen suchen, wurde und wird thematisiert. Der Vorwurf der KritikerInnen, durch eine "mobile antifaschistische Rettungseinheit" die Eigenverantwortlichkeit der MigrantInnen zu negieren und dadurch deren potentiell mögliche - und tatsächlich nötige - Übernahme des Selbstschutzes zu verhindern, ist teilweise berechtigt.

Andererseits muß dabei die Situation gerade der in Lagern eingesperrten MigrantInnen berücksichtigt werden - ständige Kontrolle und Repression durch die deutschen Behörden, Zusammenprallen verschiedener religiöser und ethnischer Gruppen, Sprachbarrieren etc., erschweren die prinzipiell zu unterstützende Selbstorganisierung der MigrantInnen.

Jedoch muß eingestanden werden, daß gerade in der Anfangszeit des "infotelefons", bedingt durch die subjektive und emotionale Betroffenheit nach dem Pogrom von Hoyerswerda und der ersten faschistischen Offensive, den MigrantInnen unbeabsichtigt eben diese passive Opferrolle zugewiesen wurde.

Eine mittelbar mit diesem Komplex zusammenhängende Kritik, ist die an der überwiegend deutschen Zusammensetzung des antirassistischen/antifaschistischen Widerstandes in der BRD, also auch am "infotelefon". Ursache hierfür ist geführten Kampf, zusammen mit Genossinnen und Genossen, die hier im Exil leben, erst ermöglichen würde.

Diskussionen um die Organisierung des "infotelefons"

Vor ungefähr einem dreiviertel Jahr stellten wir in unserem organisatorischen Rahmen fest, daß wir mit der Organisierungsform des "infotelefons" und dessen wichtiger Rolle in vielerlei Aspekten vor der Frage standen, wie die von uns geschaffenen objektiven Voraussetzungen besser zu nutzen sind. Ziel war, die Organisierungsform effektiver zu gestalten und die vielseitigen Möglichkeiten besser wahrzunehmen.

Durch unsere Praxis waren wir in der links-liberalen Öffentlichkeit und bei der lokalen Presse bekannt und wahrgenommen worden. Es gab Anfragen der Medien und wir konnten - wenn auch sensationsorientiertes - aufmerksames Interesse am "infotelefon" feststellen. Gleichzeitig waren wir unzufrieden mit mangelnder Verbindlichkeit und unterschiedlichen Auffassungen von Verantwortung. Das Prinzip der Arbeitsaufteilung und der Teilung der politischen Verantwortlichkeiten lag bis dahin in der Zuständigkeit der einzelnen Gruppen, bzw. der jeweiligen Tagesschichten. Eine gemeinsame übergeordnete Diskussion über Grundinhalte, hat es bis dahin in organisierter und kontinuierlicher Weise nur sehr selten gegeben. Aber es zeigte sich für alle immer deutlicher, daß diese Diskussionen notwendig sind.

Während einer Vollversammlung stellte sich heraus, daß das "infotelefon" keine einheitliche Organisation darstellen kann, daß aber Formen der inneren Organisierung und Strukturen bestimmt werden müssen, die den Zusammenschluß verschiedener Gruppen nach außen geschlossen vermitteln und vertreten können.

Strukturell sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir einen Prozeß der Organisierung entscheiden müssen, schon um die Erfahrungen der letzten beiden Jahre weiterzubringen und konstruktiv umzusetzen.

***

Über Einladungen zu Veranstaltungen oder ähnlichem, wo wir dann auch genauer über das "infotelefon" berichten können, freuen wir uns immer.
Übrigens die Telefonnummer ist:
069 / 703337 !!!



RARA greift Menschenjäger an

ERKLÄRUNG

In der Nacht vom 30.6. auf 1.7.1993 haben wir, nach frühzeitiger und wiederholter Warnung im 3. Stock im Sozial- und Arbeitsministerium in Den Haag einen Sprengsatz gezündet. Ziel dieser Aktion war die (Dienst Inspectie Arbeidsverhoudingen, DIA) Dienstinspektion Arbeitsverhältnisse die dort ihre Büros hat. Die DIA hat eine Drahtzieherfunktion in der Jagd auf Illegale.

Dieser Dienst organisiert in Zusammenarbeit mit örtlicher Polizei ca. 2 x täglich Durchsuchungen in Firmen, in denen die Anwesenheit von Illegalen vermutet wird. Dieser Dienst wird in den kommenden Jahren verdoppelt werden. Das bedeutet mehr Razzien, mehr Opfer, mehr Angst. Mit dieser Aktion haben wir eine Grenzen ziehen wollen und diese Menschenjäger für einen Moment spüren lassen, wie es ist, gejagt zu werden. Sie merken lassen, wie es ist, Ziel zu sein, gebrandmarkt zu werden. Wir haben zunächst eine kurze Pressemitteilung herausgegeben. In dieser Erklärung nehmen wir uns mehr Platz, auf verschiedene Dinge näher einzugehen.

Karg aber human

Die Illegalendebatte ist genauso schnell verschwunden, wie sie aufkam. Ein Optimist würde sagen, die heftigen Reaktionen auf den beschämenden Versuch von Rottenberg (Sekretär der sozial-demokratische Partei PVDA, d. übers.) und Kosto (Sozialdemokrat, Staatssekretär für Justiz, verantwortlich für Flüchtlings- und Asylpolitik, d. übers.), Bolkenstein (Vorsitzende der rechtsliberalen VVD, d. übers.) rechts zu überholen, sind der Grund dafür. Die Reaktionen waren tatsächlich heftig, du könntest sagen, fast ermutigend. Die öffentliche Reue der PvdA-Spitze (Partei von der Arbeit; sozialdemokratische Partei, d. übers.), das heißt, ihre Entschuldigung, daß das ihnen alles etwas unglücklich aus dem Maul gerutscht sei, erweckt den Anschein, daß sie wieder in ihren Zwinger zurückgedrängt worden sind. Leider ist dem nicht so. Die politischen Pläne liegen längst in der Schublade. Die Clique der Beamten und deren Minister, die an den regelmäßigen europäischen Treffen teilnehmen, haben sie entworfen. Politische Pläne, die sich den jahrzehntelangen Regeln der »abgestimmten Demokratie« entziehen. Die Fackelzüge, Kundgebungen und Demonstrationen gegen Rassismus zeigen, daß viele Menschen nicht bereit sind, hinzunehmen, was dort passiert. Die Politik hat ihren eigenen Kurs bestimmt, und setzt darauf, daß die Proteste hiergegen zwar massenhaft sein werden, aber nicht die niederländischen Grenzen dessen, was als annehmbar angesehen wird, überschreiten werden. So daß sie letztendlich relativ ungestört, das durchziehen können, was sie wollen. Die Hetze gegen Illegale findet schon längst statt und hat auch konkrete Maßnahmen nach sich gezogen. Maßnahmen die bezwecken, daß Illegale als vogelfrei erklärt werden und den schrecklichsten und unmenschlichsten stattlichen Regeln unterworfen werden. »Karg aber human« hat Kosto von verschiedenen Kommissionen, eine Politik der Aushungerung der Illegalen entwerfen lassen. Das Ziel ist, daß Leben von Illegalen hier unmöglich zu machen. Illegale sind ein Problem, ist die Botschaft, die in verschiedenen aber hartnäckigen Versionen durch die PolitikerInnen von rechts bis links verbreitet wird. Eine Kakophonie aus Beschuldigungen und Beleidigungen wird über eine Gruppe Menschen ausgeschüttet, die einfach greifbar ist. Aber nicht nur über die. Alles was nach Ausländer riecht, steht unter dem schweren Verdacht, hier mutwillig zu schmarotzen. Menschen lassen sich nun einmal, über die Angst, daß ihr Portemonnaie geklaut wird, einfach mobilisieren. Rotterdams Bürgermeister Peper meldete, daß seine Polizei entdeckte, daß über 1.100 Türken bei einer Adresse gemeldet waren: »Ganze Busse voller Leute kommen ihre Sozialhilfe abkassieren und fahren dann direkt zurück in die Türkei.« Wahrscheinlich wollte er hinter seinem Amsterdamer Kollegen nicht zurückstehen, der vorher 15.000 illegale drogenhandelnde Ghanaer aus dem Hut gezaubert hatte, um die Erweiterung seiner Polizei durchzudrücken. Es macht keine Unterschied, daß es nichts gibt, was ihre Beschuldigungen rechtfertigt. Die Berichte werden durch ihnen willfährige Medien verbreitet, und wirkt so, wie es soll. Nachrichten sind Nachrichten. Der Dreizeiler auf Seite 17 einige Wochen später, der all das widerruft, ist ohne Wirkung. Das Klima ist geschaffen.

Wer gedacht hat, daß die Illegalen nun erstmal in Ruhe gelassen würden, hat sich getäuscht. Eher ist das die bekannte Ruhe vor dem Sturm. Nawijn (spitzenbeamte von Kosto's Abteilung, d. übers.) und Kosto haben in letzter Zeit auf den Haufen Mist, der über den Illegalen geschüttet worden ist, eine Schippe draufgelegt. Diesmal war die Story, daß erst die Illegalen verschwinden müssen, bevor »richtige« Flüchtlinge untergebracht werden können. Der soundsovielste Spruch von Menschen, die die Macht haben, um Maßnahmen zu entwerfen und durchzuziehen. Die Richtung ist bestimmt, die Jagd geht weiter.

Wer versucht, hinter die Kulissen des politischen Schauspiels zu gucken, muß die Frage stellen: woher kommen alle diese idiotischen Sprüche, die so erniedrigend und bedrohlich sind für so viele Menschen?

Von 'Gastarbeitern' zur 'Wirtschaftsflüchtlinge'

Illegalität ist im Wesen eine Frage der politischen Definition, nicht mehr und nicht weniger. In den 60er und 70er Jahren



wurden aus der Mittelmeerregion Arbeiter und Arbeiterinnen mit falschen Versprechungen hierher gelockt. Auch die 10.000ende »spontanen Immigranten«, wie sie damals genannt wurden, durften hier arbeiten. Gerne sogar, denn für dreckige und schwere Arbeit, gab es zu wenig Leute. Die einzige Gemeinsamkeit zwischen Minen in Limburg, Öltankern in Rotterdam und Klosetts war: sie wurden von billigen Händen bearbeitet, sofern diese an »Gastarbeitern« befestigt waren. Diese merkwürdige Art, »Gäste« zu behandeln, drückt eher die Flexibilität der politischen Sprache aus, als daß sie eine reale Situation wiederspiegelt. Diese war nämlich ziemlich einfach: nur mit dem Ziel gesteigerter ökonomischer Gewinne wurde diese Menschen hierhergeholt. Der Import von »Gastarbeitern« war unentbehrlich geworden, um dem ökonomischen Wachstum dieser Zeit standzuhalten. Die sich gut entwickelnde Industrie hatte mit Arbeitskräftemangel zu kämpfen, wodurch Teile der Produktionskapazität ungenützt blieben. Mit »Toleranz« oder »Gastfreundschaft« hatte dies nichts zu tun. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß diese Situation nicht lange stabil blieb. Seit den 70er Jahren, in einer Zeit ökonomischen Rückgangs und zunehmender Arbeitslosigkeit wurde die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte gestoppt. Die Politik führte ein neues Motto ein: »Die Niederlande sind kein Immigrationsland.« Durch einen einzigen politisch-juristischen Federstrich änderte sich »spontane« Immigration in »illegale« Immigration und kreierte der Staat sein »Illegalenproblem«. Für MigrantInnen machte das nicht viel aus. Ihr Kommen wird nicht durch hierzulande wechselnde juristische Kategorien bestimmt, sondern ist Folge der tiefen Kluft zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden. Illegale sind ja in erster Linie Menschen. Auf der Suche nach einer Zukunft und ein bißchen Glück. Es sind Menschen, die Haus und Hof hinter sich gelassen haben, in der Türkei, Marokko, Ghana beschlossen haben, der Aussichtslosigkeit zu entfliehen und sich erhoffen, hier im reichen Westen ein besseres Leben aufbauen zu können. Sie haben Pech gehabt, sie sind hier nicht erwünscht und werden als »ökonomischer Flüchtling« stigmatisiert. Ihre Motive um in den reichen Westen auszuweichen, werden nicht akzeptiert. Aussichtslosigkeit ist kein Motiv, kein Fluchtgrund. Was zählt ist die, Verwertbarkeit und nicht, ihre ökonomische und soziale Not. Aber für Illegale gibt es keinen Weg zurück, sie bevorzugen die Unsicherheit der Illegalität, der Sicherheit der Aussichtslosigkeit und hiervon wird allerorts profitiert. Die rassistische Zweiteilung in Arbeitsmarkt und Gesellschaft, die ab den 60er Jahren praktiziert wurde, hat sich seitdem nicht geändert. Einfach weil »Gastarbeit« (sprich: unterbezahlte dreckige und harte Arbeit) kein vorübergehendes sondern strukturelle Tatsache ist. Es ist ein Märchen, daß mit dem ökonomischen Wachstum Arbeit angenehmer geworden ist, geschweige denn, daß alle an diesem Wohlstand teilnehmen können. Die »Gastarbeiter« stellen den lebendigen Beweis dar, obwohl anfangs versucht wurde, sie in billigen und brandgefährdeten Pensionen und Wohnblocks unsichtbar zu machen. Gilt schon für die meisten MigrantInnen, daß sie an den Rand der Gesellschaft gedrückt werden, so gilt dies für Illegale doppelt. (Anfang bemerkung der Konfrontatie, siehe unten) Sie werden schamlos ausgebeutet. Nur durch ihre illegale Arbeit können bestimmte Teile der niederländischen Wirtschaft weiterbestehen. Illegale ArbeiterInnen sind billig, weil sie illegal sind. Alle wissen verdammt gut, daß die Abschiebung dieser Illegalen die Pleite von Hunderten Betrieben in der Textilindustrie, der Gastronomie, der Landwirtschaft und der Gebäudereinigung bedeuten würde. Eben deswegen wurde dieser Zustand auch jahrelang toleriert. Unterdrückung, Ausbeutung und Erniedrigung sind die Basis der stillschweigenden Übereinkunft zwischen der staatlichen Exekutive, der Politik und der Wirtschaft, die seit Jahren in der Grauzone der Illegalität besteht. Diese Menschen, ihre Zahl variiert aber es werden wohl nicht mehr sein, als in einem ausverkauften Fußballstadion, sollen jetzt hochstilisiert werden zur Verkörperung des drohenden Untergangs des Abendlandes.

".. damit die Probleme hier beherrschbar bleiben..."

Das Problem der Illegalen ist nur ein Problem der Verwaltung und der Executive, die immer mehr den Zugriff auf die Gesellschaft zu verlieren droht. Das alles passiert gerade in dem Moment, in dem mit Eile an der Verwirklichung der europäischen Einheit gearbeitet wird. Genau da muß die Erklärung für den Non-Stop-Horror-Film gesucht werden, der im Parlament abläuft, die Erklärung für die Wahnideen und Xenophobie, die die Politik zu beherrschen scheinen.

Die politische Umsetzung der im Wesen ökonomischen und sozialen Umstrukturierung Europas geht nicht so glatt wie gewünscht. Die Euphorie über das Europa der Bürger flaut ab, wo die Umrisse des Europas des Kapitals sichtbar werden. Zu Beginn erschien es ausreichend, das vereinigte Europa als einen überreifen Apfelbaum darzustellen, der nur noch kurz geschüttelt werden mußte, um alle mit kapitalistischen Früchten bedecken zu können. Jetzt werden aber mehr und mehr Angst und Unzufriedenheit benutzt um die politischen und gesellschaftlichen Umstrukturierungen durchzusetzen. Ein Kampf der hauptsächlich in ideologischer Terminologie geführt wird und der sich in immer breitere gesellschaftliche Gebiete ausweitet. Alles dies sind Äußerungen der Legitimationskrise in der sich das politische und ökonomische System befindet. Rassismus wird eingesetzt um einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu relasieren, auf dem Rücken von »Anderen«, »Illegalen« und »Fremden«. Ein Brecheisen um die gesellschaftlichen Widersprüche zu beherrschen. Kosto hat wörtlich gesagt: »... sie wegschaffen, damit die Probleme hier beherrschbar bleiben...«. Der Rassismus fällt auf fruchtbaren Boden, in einem Land, wo seit ewig der westliche Mensch zum Maßstab aller Dinge gemacht wurde; ein Land das die eigene Kolonialgeschichte nie aufgearbeitet hat.

Ein Brot mit Zufriedenheit

Weil die Probleme, vor die die PolitikerInnen sich gestellt sehen so groß sind, haben sie ihren Horizont erweitert. Nicht nur MigrantInnen aber auch andere Bevölkerungsgruppen dürfen sich jetzt über großes Interesse der Politik über ihre Leben freuen.

Es ist auffällig, daß eine konsequente Verbindung zwischen dem sog. Illegalenproblem und einem anderen großen gesellschaftlichen Problem gezogen wird: der Arbeitslosigkeit. Wenn wir den PolitikerInnen glauben müßten, wäre das Problem nicht, daß es zuwenig Arbeitsplätze gibt oder die staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik seit Jahren am Boden liegt. Es stellt sich heraus, daß Arbeitslosigkeit eine durch die Arbeitslosen selbst verursachte nationale Katastrophe ist. Durch die Medien geistern verschiedene Berichte über die Erschleichung staatlicher Leistungen: 40 % betrügen, 75 % betrügen...

Jetzt wird mit Besorgnis auf den ersten Berich gewartet, der feststellt, daß in gewissen Stadtteilen 132 % der Sozialhilfeempfängerinnen Leistungen erschleicht. Daraufhin können die PolitikerInnen die originelle Schlußfolgerung ziehen, daß in diesen Stadtteilen die Sozialhilfe gekürzt werden muß und die EmpfängerInnen unter staatliche Obhut kommen müssen. (ende bemerkung der Konfrontatie) Zuerst waren es die FrührentnerInnen, die durch den Dreck gezogen wurden. In der industriellen Umstrukturierung von vor 10 Jahren wurden ganze Schichten der Arbeiterklasse als FrührentnerInnen

wegrationalisiert. 10 Jahre später werden sie als Profiteure und SimulantInnen wieder nach oben gezerrt um die Sozialausgaben kürzen zu können.
Der neue Arbeitsethos der jetzt, oft in Zusammenhang mit Illegalen und Gejammer über eine verwöhnte und entgleiste Gesellschaft worin Betrug zum Volkssport geworden ist, gepredigt wird, hat nur den Zweck einer ordinären Kosteneinsparung. Das Sozialsystem muß abgebaut werden und hat sich als eine kurze Illusion herausgestellt. Die Bedingungen unter denen Wohlstandskompromiß, Versorgungsstaat und soziale Sicherheit zustande gekommen sind, sind gebunden an kapitalistische Expansion. Das heißt nur innerhalb einer ausreichenden Gewinnspanne. Die ökonomische Umstrukturierung, die jetzt stattfindet, hat als Ziel Gewinne sicherzustellen und neue Bedingungen für Wachstum zu realisieren und ist mit einem tiefen Eingriff in die Produktions- und Arbeitsverhältnisse und mit verstärkter Konkurrenz verbunden. Massenentlassungen und große Probleme bei bestimmenden Betrieben wie Stahl, Flugzeugbau, Philips, DAF sind die Folgen. Die Arbeitslosigkeit steigt Monat für Monat sprunghaft. Das Sozialsystem, das in einer Periode unlimitierten Wachstums aufgebaut, nur die wenigen schützen mußte, die nicht mitkamen, scheint nicht mehr in die Zeit zu passen. Kürzungen und eine größere Entfernung von Sozialsystem zu den Bedürftigen, erzwungene Umschulungen, Abschaffung des Begriffs der passenden Arbeit sind jetzt an der Tagesordnung. Es hat nichts zu tun mit einer Politik die auf komplette Arbeitsbeteiligung zielt, etwas was unmöglich ist innerhalb der jetzigen kapitalistischen Verhältnisse. Darum ist es auch so sinnlos, nach "mehr Arbeitsplätzen" zu rufen. Was denn für Arbeitsplätze? Noch mehr umweltverschmutzende Produktion? Noch mehr unsinnige Produkte und Dienste? Anstatt fundamentale Diskussionen über eine menschliche Füllung des Begriffes Arbeit und Produktion, eine Diskussion über den gesellschaftlichen Nutzen von Arbeit, eine Diskussion über die Grundlagen eines ökonomischen und politischen Systems, bleibt die Nadel hängen in der verschlissenen Platte der herrschenden Interessen. Es wird ein Klima geschaffen worin Arbeit, egal zu welchem Preis, akzeptabel wird, und somit das System von sozialer Sicherheit weniger zugänglich und minimal wird. Ein neues Arbeitsethos bietet einen Freibrief für drakonische Maßnahmen in diesem System. Der Sozialstaat hat die Unterklasse über Jahrzehnte künstlich in die Reihen der Zufriedenen eingereiht. Die Zeit ist vorbei. Im Sozialstaat der Zukunft kannst du wählen zwischen dem Mieten deiner eigenen Zelle oder einem wasserfesten Pappkarton. Oder du endest in einem Erziehungslager, auf einem Brot mit Zufriedenheit kauend und bewacht von abgedankten Soldaten, die versuchen Elco Brinkman (Vorsitzende der christendemokratische CDA, d. übers.) zu imitieren. Keine Aussage geht den PolitikerInnen zu weit, um ein Klima zu erzeugen, worin sie ihre Maßnahmen durchführen können.
Eine sehr direkte und zynische Art ist der Gebrauch von Scham. Wo es sowieso schon schwierig war, dich auf einer Geburtstagsfete als Sozi-empfänger zu präsentieren, sollst du dir jetzt richtig die Ohren vom Kopf schämen, weil du zu der Legion gehörst, die als Verursacher aller gesellschaftlicher Probleme angewiesen worden ist. Ausschließung, Zwang und Einschränkung von Rechten werden zu normale Instrumenten, um dieses "Gottverlassene Land", um noch mal Lubbers zu zitieren, wieder gesund zu machen. Die Gesellschaft wird mit harter Hand durchgeschüttelt und vor allem an der unteren Seite neu gestaltet. Neue soziale Trennungen werden geschaffen. Sozi-empfängerInnen, MigrantInnen, sogenannte Inaktive, das sind verschiedene Teile der Bevölkerung, die für immer von einer Zukunft abgeschnitten werden. Eine Zukunft, in der sozusagen niemand abseits zu stehen braucht, wenn du nur arbeitest. Aber Arbeit und Arbeit sind nicht das gleiche. "Es gibt kein größeres, modernes Wahndenkbild, wenn nicht Betrug, als der Gebrauch des einen Wortes 'Arbeit' für etwas, was für den einen sehr kaputtmachend, schmerzhaft und sozial minderwertig ist, während es für den anderen angenehm, Statuserhöhend und ökonomisch lohnend ist" (J.K. Galbraith). Dieses Zitat gibt die Logik des Kapitalismus genau wieder. Ein System das weltweit Reichtümer generiert, genau weil es Armut und Elend produziert, und daß in zunehmendem Maße.

Eine reaktionäre Neurose

Der große Sprung vorwärts nach dem vereinigten Europa, den wir beobachten, wird begleitet durch Großsprachigkeit und krasse Sprüche. Die aufgeblasene Kehlen am Binnenhof (Sitz des niederländischen Parlaments, d. übers.) quaken sich gegenseitig an, versuchen einander Fliegen abzufangen in der Kategorie abstoßende und idiotische Sprüche. Auf der Suche nach einem ideologischen Gleitmittel für die Legitimation einer Politik auf die niemand wartet, außer die politische und ökonomische Elite selbst. Innerhalb des komplizierten Verhältnisses zwischen dem Realisieren europäischer Zielsetzungen einerseits und andererseits der Konstruktion konkreter politischer Veränderungen, liegt die Erklärung für sämtliche spezifische Mechanismen, die heutzutage politisch Hochkonjunktur haben. Um abzulenken von den tieferliegenden politischen und ökonomischen Zielen, versucht die politische Elite fortwährend Aufmerksamkeit auf die innere Notwendigkeiten der zu realisierenden Beschlüsse zu lenken. "Betrug treibt die Gesellschaft in den Abgrund", sagte ein verärgerter Wim Kok (Sozialdemokrat, Finanzminister und vize-Premier, d. übers.), der sonst nur emotional wird, wenn jemand seine Buchhalterkapazitäten anzweifelt. Und legitimiert damit wieder eine Anzahl von Kürzungen, die hauptsächlich dazu dienen, den niederländischen Staatshaushalt abzustimmen auf die Nachbarstaaten. Das gleiche ist zu sehen im Kampf gegen den moralischen Niedergang, unter dem die



actievoerder neemt het woord, Kosto (midden) wacht op zijn beurt

Niederlande zu leiden scheint, und der politisch 'Soziale Erneuerung' genannt wird. Soziale Erneuerung ist die quasi-positive Hülle worin sämtliche Maßnahmen verpackt werden, die das ideologische Klima reif machen sollen für mehr Kontrolle. PolitikerInnen präsentieren die 'Soziale Erneuerung' bevorzugt als einen Kampf gegen die Hundescheiße im Spielpark um die Ecke, aber ziehen unter dem gleichen Motto Sachen wie Strafrechtsreformen durch, worin die Befugnisse des Staates erweitert werden auf Kosten der Rechte von Verdächtigen. Jeder Gefangenenausbruch und jeder Ladendiebstahl wird dankbar aufgegriffen, um für Straflager, Körperstrafen, mehr Polizei und eine Politik der harten Hand zu plädieren.

Genau derselbe Mechanismus ist auch zu sehen in der paranoiden Umgangsweise mit AsylantInnen und MigrantInnen. Sie werden definiert mittels Begriffen wie der 'innere Feind', 'fünfte Kolonne', der 'Todesstich' auf Dauer für die niederländische Kultur. Das alles, um die auf europäischer Ebene getroffene Entscheidung, MigrantInnen draussen zu halten, zu rechtfertigen. Das eiserne Gesetz der Werbung hat die Politik ergriffen: wenn du's nur oft genug wiederholst, wird selbst das scheußlichste Produkt von den Leuten gefressen. Kosto's Maßnahmen als das Mikrowellen-Fertiggericht der niederländischen Politik.

Im Europa der neunziger Jahre hat die Reaktion das Wort. Auf der Bruchfläche zwischen Stammtisch und Ideologie wird versucht das rückgängig zu machen, was seit den sechziger Jahren durch Links an Raum erkämpft worden ist. Die wachsenden extrem-rechte Organisationen sagen es unmißverständlich, die etablierte Parteien verhüllen es in neutrale Begriffe wie die Minderheitendebatte, die Wiederherstellung von Normen und Werten, das in-Einklang-bringen von Rechten und Pflichten. Nach einer jahrelangen Kombination aus sozialer und ökonomischer Verelendung und dem Ernennen von Sündenböcken, hat die neo-liberale Politik ihre kleine Monster geboren in Form brauner Organisationen. Die werden von den etablierten Parteien daraufhin wieder dankbar aufgegriffen, damit sie sich ein respektables Image verschaffen und inzwischen noch ein Schritt weiter nach rechts machen können. Zusammen wühlen sie den politischen Boden um, öffnen Abwasserbehälter und erklären dabei voller Zufriedenheit, daß sie ein Tabu durchbrochen haben. Es ist dieser Ruck nach Rechts, der die politischen Verhältnisse bestimmt. Das Genörgel über Illegale ist der Freibrief, rassistische Sprüche abzugeben. Das Genörgel über Betrug ist der Freibrief, Kontrolle und Repression zu steigern und alle möglichen denkbaren Datensammlungen zu verknüpfen. Das Genörgel über Rechte und Pflichten ist der Freibrief, die soziale Sicherheit auszuhöhlen und Menschen in flexible, unsichere, schlechtbezahlte Jobs zu pressen. Eine reaktionäre Neurose hat Besitz ergriffen von der Politik. Die Nuancen sind nur noch zu finden für Leute mit einem absoluten Gehör.

Die Welt von Peter Stuyvesant

In den Niederlanden überwiegt auch der dörfische Blick. Diskussionen über Ursachen und Folgen der wesentlichen Entwicklungen finden kaum statt, geschweige daß die internationalen Verhältnisse darin einbezogen werden. Es wird eine Art universalistische Lüge gebildet, aufgrund der der Westen seine priviligierte Position mit allen Mitteln verteidigt. Der ökonomische Krieg gegen die südlichen Länder kennt keine Veränderung im Übergang von der alten zur neuen Weltordnung. Bestenfalls ist es für die westlichen Staaten und Unternehmen viel einfacher zu manövrieren. Immer schneller zieht das Kapital über die Welt, immer größer wird der Einfluß anonymer Organisationen wie Weltbank und IWF. Es entzieht sich jeder Diskussion, jeder Kontrolle, jeder Entscheidung. Länder und Völker werden vorübergehend aufgenommen in die 'Völkerfamilie', ausgepresst und nach gelieferten Diensten weggeworfen wie ein paar alte Socken. Die internationale Arbeitsteilung hat die Dritte Welt ruiniert. Die Verkapitalisierung der Landwirtschaft hat Millionen vom Land in die Slums der Großstädte getrieben. Der Raubbau an der Natur und die erzwungene Einführung der Monokulturen haben zu einer unübersehbaren ökologischen Katastrophe geführt. Der Hunger in Ethiopien, Somalia und die Sahelländer ist hiervon eine direkte Konsequenz. Über manche Länder wird zynisch festgestellt, daß sie nur noch Flüchtlinge produzieren. Und an diesem Exportprodukt ist im Westen erst recht kein Bedarf. Die Verschuldung der Dritten Welt beträgt 1350 Milliarden Dollar. 55 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe stehen 154 Milliarden Dollar an Zinsen und Rückzahlung gegenüber. Weltweit sind 80 Millionen Menschen auf der Flucht vor Hunger, Elend, Armut, Aussichtslosigkeit, Verfolgung und (sexueller) Gewalt. Das sind kalte, abstrakte Zahlen, hinter denen sich eine unermessliche Menge an menschlichem Leid verstecken. Solange dieses Leid schön an seinem Platz bleibt, bleibt der Himmel klar. Solange dieses Leid innerhalb der Dritten Welt rumkreist, ist auch noch alles in Ordnung. Aber wenn dieses Leid zu sehr in die Nähe Europas kommt, ist die Hölle los. Anstatt eine Diskussion über Ursachen und Folgen, über die Verantwortung des Westens für den desolaten Zustand im Süden, kommen dann eine Minderheitendebatte und zahlreiche Maßnahmen, um diese 'Schmarotzer' rauszuhalten. Und es wird immer öffentlicher gesagt, daß es doch eigentlich alles ihre eigene Schuld ist. Wir schicken doch Entwicklungshilfe und Blauhelme, und was machen sie damit? Nichts, oder? .....

Das Bewußtsein über den Zusammenhang zwischen der (neo-)kolonialen Geschichte des Westens und den heutigen Fluchtbewegungen ist aufgerieben worden zwischen dem "Sieg des Kapitalismus" und linken Diskussionen. Wenn die Begriffe Migration, Integration oder Flüchtlinge über den Tisch gehen, gibt es einen akuten historischen Gedächtnisverlust. Rassistische und auf weiße Superiorität beruhende Ideologien bilden noch immer einen wesentlichen Bestandteil der westlichen Kultur. Der eurozentrische Blick auf die Welt geht durch Links und Rechts. Das Ende der Ideologien, das Ende der Geschichte, Post-Modernismus, Post-wie-auch-immer, es sind alles Philosophien, Gehirnschöpfungen, die sich nur auf einen beschränkten Teil der Welt und der Wirklichkeit beziehen. Aus der Situation des Überflusses, des Massenkonsums und der Arroganz, kurz aus der Sicht der Welt von Peter Stuyvesant wird sich ein Urteil angemaßt, wie sich Menschen aus anderen Ländern zu verhalten haben. Die wenigen Flüchtlinge, die den Westen erreichen, werden voller Argwohn betrachtet. Wenn sie überhaupt zugelassen werden, müssen sie danach brav aufsitzen und Pfötchen geben an Bolkestein. Der macht seine liberale Entflohung, auf der Suche nach kulturfremden Elementen. Der Rassismus quillt aus der ganzen Flüchtlingspolitik, nur darf es so nicht genannt werden. Dadurch würde dieses Problem nämlich zuviel politisiert. Interessen und Widersprüche würden dann offengelegt werden, während jetzt alle eifrig versuchen diese Politik als, zugegeben, schon sehr Schade und nicht nett und so, zu schildern, aber wirklich ohne böse Absichten.

Niemandsland

Die politische - und Verwaltungskrise des Systems, so wie wir sie analysieren, heißt nicht, daß es für die militante Linke viele Möglichkeiten gibt, einzugreifen. Es gibt wohl viele kleine Risse im gesellschaftlichen Konsens. Aber es ist im Moment zu wenig an wachsendem kulturellem und politischem Gegenstrom da, als daß dieser die Legitimierungmängel gegen die Ayatollah's der liberalen Demokratie

richten könnte. Die politische Kaste operiert in gewisser Weise in einem Niemandsland. Nachdem sie sich in der Dynamik der europäischen Einigung verstrickt haben, wird von ihnen eher Krisenmanagement betrieben, als daß es ein Happy End gibt nachdem der Ballast des Kalten Krieges endlich über Bord geworfen werden konnte. Und alle sich endlich einig sind, daß die Gesellschaft worin wir leben die best Denkbare ist. Sie schlagen wild um sich herum, verängstigt, daß sie ihre historische und notwendige Aufgabe, die sie sich mit dem Projekt Europa gestellt haben, nicht erfüllen können. Ob dieses Europa genau so aussehen wird wie in ihren Träume, ist eigentlich nicht so wichtig. Wichtig ist, daß sie die Maßnahmen durchführen wollen, die sie für notwendig halten, um die nächste Phase von Konkurrenz, Plünderung, Verschmutzung und Vernichtung mit Glanz zu überstehen. Die gesellschaftliche Schichten, die in dem Paradies der kapitalistischen 'Richtigkeit' überflüssig geworden sind, müssen in Schach gehalten werden, aber bloß nicht zuviel den Haushalt belasten. Die Menschen, die sich schon lange von Gesellschaft und Politik abgewandt haben, werden gefüttert mit billigen Feindbildern; alles ist recht, solange sich die Unzufriedenheit nicht gegen die Kaste selbst richtet.

Die Linke operiert in dem selben Niemandsland, aber ist kaum noch im Stande etwas Vernünftiges über die Lippen zu bringen. Der Wille wird bei vielen schon da sein, aber lahmgelegt durch die rechte Roll-Back-Offensive scheint sich niemand mehr die Ruhe und Mut zu gönnen, genau zu analysieren, was passiert.

In dieser Zeit, in der ein konsequenter Humanist schon ein politischer Radikaler ist, ist es erste Voraussetzung, daß es eine radikale, permanente und kompromißlose Opposition gibt. In dieses politische Kräfteverhältnis versuchen wir einzubrechen, mit Mitteln die niemand ignorieren kann. Das ist nicht nur Ausdruck radikaler Opposition. Auch wenn das kein überflüssiger Luxus ist in einer Zeit, in der Leichenfledderer ein abgestürztes Flugzeug auf der Bijlmer benutzen, um ein für alle Male mit Illegalen abzurechnen. Es ist auch notwendig, weil in diesem Land die Lüge regiert. Das Parlament kann öffentlich einer Anti-Rassismus Erklärung zustimmen, worin steht: "Wir bestätigen, daß in einer demokratischen Gesellschaft Respekt für jeden Menschen fundamental ist, und daß jedeR die/der in den Niederlanden lebt, voll teilnehmen können soll an der Gesellschaft; wir erklären, daß wir alles tun werden, Diskriminierung zu verhindern und zu bekämpfen, indem wir selber ein gutes Beispiel sind". Und danach weiter zu basteln an einer Politik, die entgegengesetzt ist zu diesen schönen Worten. Ein Land, in dem die selben PolitikerInnen, die rassistische Politik verteidigen, an der Spitze von Demonstrationen gegen Fremdenhass gehen dürfen. Wo das über die Grenze schmeißen von Menschen "mutig" genannt wird.

Die fundamentalen Widersprüche aufzuzeigen in der Post-Kalten-Krieg Ära, in den sogenannten liberalen Demokratien, ist strategisch wichtig. Einzubrechen in die politischen Verhältnisse ergibt meist kein Applaus und Blumen. Der Schock, der in November 1991 durch die Niederlande ging war vielaussagend. (Bombenanschlag gegen das Haus des für Flüchtlingspolitik verantwortlichen Staatssekretär Kosto, d. Übers.). Auf Androhung mit journalistischen Folter sollten sich alle sofort und unmißverständlich distanzieren. Und wer ist da nicht in die Falle geraten? Wie eine Pavlov-reaktion gaben die Komittees, Organisationen und Individuen ihre Distanzierungen ab, als wäre der Angriff auf Kosto ein Angriff auf ihn selbst. Was da befürchtet wurde, war nicht weniger als exkommuniziert zu werden aus den Einflußkreisen, wo (wie minimal auch immer) noch politischer Einfluß ausgeübt werden konnte. Und diese Furcht war so groß, daß es anscheinend nirgendswo Gelegenheit gab für eine inhaltliche Reaktion. Auch an der linken Seite wußten alle plötzlich wieder was er und sie nicht will: nicht mit Bomben, nicht auf Personen, nicht so und vor allem nicht zu dieser Zeit. Erst später, zusammen mit der andauernden Verschärfung der Politik und der aufkommenden strukturellen rassistischen Gewalt, fingen die Positionen an sich zu verschieben. Es wurde auch klarer, daß die so vertraute Mitsprache-demokratie ihre längste Zeit gehabt hat. Wie kann noch politischer Einfluß ausgeübt werden, wenn die Grenzen und Spielregeln nationaler Politik auf Europa-Gipfeln festgelegt werden. Die Regierung fährt nicht umsonst einen Rammkurs: dieser Kurs ist schon festgelegt und wird -koste es was es wolle- durchgesetzt. Der Aufruf von Lubbers an die Arbeitgeber, nicht nachzugeben und, wenn es sein muß, auch Streiks in Kauf zu nehmen, um die Kürzungen der FrührentnerInnengelder durchzusetzen, ist exemplarisch für die fast un-niederländische Härte, die eingesetzt wird, wenn es nötig ist. Proteste auf der Straße werden bestraft durch wild knüppelnde MEK'ler, die sofort aufrufbar sind. Es ist noch offen, ob die Jugendlichen und StundentInnen, die am 8. Mai in Den Haag demonstrierten, viele von ihnen zum ersten Mal, 'in der Politik geschlagen' sind oder so eingeschüchtert sind, daß sie es erstmal nicht mehr wagen, für ihre Rechte zu kämpfen. Es wäre nicht das erste Mal, daß eine Bewegung kaputtgeht an der Arroganz der Macht, symbolisiert durch eine beißende und prügelnde blaue Mauer. (In NL sind Polizeiuniformen blau, d. Übers.). Aus vielen gleichartigen Erfahrungen stammt auch unsere Militanz. Für uns ist es eine Option, im Zusammenhang mit vielen anderen Kampfformen, eine notwendige Erweiterung der politischen Möglichkeiten, die festgerosteten Verhältnisse hier aufzubrechen und Durchbrüche zu forcieren. Um damit den notwendige Raum zu erkämpfen, in dem sich eine politische und kulturelle Gegenbewegung weiter entwickeln kann und zur Gegenmacht wachsen kann.

Das Einbrechen in die Verhältnisse ist keine Sache der sofortigen Erfolge. Es ist nicht das Ziel, daß Kosto nach November seinen Job aufgeben muß, und daß er als Buße einen Illegalen auf sein Dachboden beherbergen soll. Das würden wir diesen Illegalen sowieso nicht antun wollen. Eine neue Welle des radikalen Widerstands, wie anfang der Achtziger, ist auch nicht in Sicht. Widerstand ist nicht über Proklamation auszurufen, genausowenig wie sich Menschen dafür automatisch mobilisieren lassen. Du kannst nicht nur rufen, daß eine "Gegenbewegung" erwünscht ist, auch wenn du es wirklich gerne willst. Widerstand formiert sich auch nicht "von sich aus", wenn das System einen nächsten Schritt macht in seiner langen Geschichte der Erniedrigung und Vernichtung.

Was wir wollen ist, auf eine Art, die niemand ignorieren kann, die politische Selbstverständlichkeiten und Grenzen der politischen Diskussion und Aktion, wie sie auferlegt werden, klar zu kriegen. Weder Verantwortung noch Schuld existieren in der Debatte, die von den Kosto's und Bolkestein's geführt wird. Wir wollen dieses Element der politischen Verantwortung wieder auf den Tagesordnung bringen. Es geht uns darum, Grenzen klarzumachen und ein Preiszettel zu befestigen an einer Politik, die entmenschlicht und erniedrigt. Eine Politik, die Namen und Adressen hat, und angreifbar ist.

Hoch die internationale....

Unsere Politik ist ausdrücklich international orientiert. Eine linke Politik, die nicht internationalistisch ist, hat kaum Perspektiven. Ausser dem Fakt, daß die Umstände, in denen Menschen leben, international verflochten sind, ist Internationalismus auch eine historische Tatsache. Die Befreiungskämpfe in Latein-Amerika, Vietnam, Süd-Afrika sind für viele Menschen eine Quelle der Inspiration gewesen, haben zu einem Bewußtsein

Fortsetzung auf Seite 66

Anmerkungen

Assata Shakur zum Rassismus in den USA

aus PERSPEKTIVEN Nr.13, 7/92

Zu einer Zeit, in der die Politk der US-Regierung in aller Welt immer militaristischer wird, ist die Repression innerhalb der US-Grenzen ebenfalls im Aufschwung begriffen. Rassismus und Brutalität der Polizei waren immer Teil der US-Wirklichkeit, erreichen jetzt aber ein Niveau, das nie vorher bekannt war. Der Fall Rodney King's in Los Angeles ist kein einmaliger Vorfall. In den vergangnen fünf Jahren gab es Aufstände und Massendemonstrationen in jeder grösseren Stadt der USA, mit denen gegen Polizeigewalt und Repression protestiert wurde. In Afro-Amerikanischen, Latino-, Native American- und asiatischen Stadtvierteln hat die Polizei praktisch die Lizenz zum Töten. Jedes Jahr laufen gegen Hunderte von Polizisten Untersuchungen wegen exzessiver Gewaltanwendung oder vorsätzlichem Mord, aber nur eine winzige Anzahl werden offiziell wegen der Vergehen zur Rechenschaft gezogen oder jemals für schuldig befunden. Und selbst bei den seltenen Gelegenheiten, bei denen Polizisten wirklich wegen Tätlichkeiten, Folter oder Mord verurteilt werden, verbringen die Schuldigen selten Zeit im Gefängnis für ihre Taten.

Die Stigmatisierung der Farbigen

Die rassistischen Medien und Unterhaltungs-Industrie heißen diesen Polizeiterror stillschweigend gut, indem Schwarze und Dritt-Welt-Leute als gewalttätige Kriminelle und Polizeigewalt als normales, gerechtfertigtes Faktum des Lebens dargestellt werden. Diese *message* wird immer und immer wieder auf tausende von subtilen Arten wiederholt, womit nahegelegt wird, daß Schwarze und andere Farbige es irgendwie verdienen, geschlagen oder erschossen zu werden.
Ausgehend von der Realität in den verarmten und unterdrückten *communities* überrascht es nicht, daß Polizeigewalt einen Aufstand in Los Angeles auslöste. Überraschend ist vielmehr, daß nicht mehr Rebellionen vorkommen. Polizeichef Daryl Gates ist oft wegen seiner rassistischen Politik und Bemerkungen in die Schußlinie geraten. Als seine Dienststelle kritisiert wurde, weil eine grosse Anzahl Schwarzer – etwa 20 – an den Folgen polizeilicher Würgegriffe umgekommen war, erklärte Gates, daß „wir manchmal feststellen, daß bei einigen Schwarzen, wenn ein Polizeigriff angewandt wird, die Arterien und Venen sich nicht so schnell wieder öffnen, wie bei normalen Menschen." Der Rassismus der Polizei ist ein so gewöhnliches Vorkommnis in Los Angeles, daß die Polizisten nicht zögerten, über den Polizeifunk und -computer sich zu amüsieren und Witze über das Zusammenschlagen Rodney Kings und anderer Gewalttaten durch die Polizei zu machen und Rodney King und andere Schwarze als Eidechsen und Gorillas zu bezeichnen. Über Jahre hinweg haben Los Angeles SWAT [*Special Weapons and Tactics* – paramiltärische Sondereinheit der Polizei für Spezialaufgaben] massive Säuberungen afro-amerikanischer und Latino-*communities* durchgeführt, während der grosse Mengen Jugendlicher dazu gezwungen werden sich hinzuknien oder auf dem Boden zu liegen, während die Polizei Routinekontrollen durchführt, angeblich um Drogenhandel und Gang-Aktivitäten zu bekämpfen. In einigen Stadtvierteln Los Angeles" hat die Polizei an den Zufahrten Beton-Barrikaden und Wachleute aufgestellt. Schilder mit der Aufschrift: „Drogengebiet – Zufahrt nur für Anwohner" und jeder, der den Polizisten verdächtig schient, Mitglied einer Gang oder drogenabhängig zu sein, wird routinemäßig durchsucht.

Diese Vorfälle in Los Angeles wiederholen sich – fast auf identische Weise – in den gesamten USA. Auch wenn männliche Schwarze und Dritt-Welt Jugendlichen in ihren 20ern die Hauptziele der Polizei sind, ist niemand sicher. In Californien bracht die Polizei in ein verschlossenes Apartment ein und erschoss einen fünfjährigen Jungen, der mit einer Spielzeugpistole spielte. Der Polizeibeamte, der den Jungen erschoß, behauptete, daß er dachte, der Junge sei ein Mann, der versuchte, ihn zu erschiessen. Er wurde nie vor Gericht gestellt.
In Philadelphia führten Polizisten ein Luftbombardement durch und töteten elf Afro-Amerikaner, darunter fünf kleine Kinder. 61 Häuser wurden zerstört, 253 Menschen wurden obdachlos. Obwohl die Gruppe keine kriminelle Handlung begangen hatte, begannen Polizeibeamte die Bombardierung, um die Gruppe aus der Gegend mit der Begründung zu vertreiben, daß es sich um Radikale, Unerwünschte und Nudisten handele, die mit Gewalt aus der Gegend gedrängt werden müßten. In vielen Bundesstaaten, ist nicht nur das Zusammenschlagen, sondern auch die Folter zu einer gängigen Praxis geworden, normalerweise, um Geständnisse zu erpressen. In Texas, Alabama, Californien und New York wurde die Polizei beschuldigt und überführt, Gefangene mit ‚Stun Guns" gefoltert zu haben, Knüppel, die unter 50.000 Volt Spannung stehen.
Dies ist nur eine kleine Zusammenstellung rassistischer Polizeigewalt in den Vereinigten Staaten. Die allgemeinen Statistiken sind alarmierend.In New York City zum Beispiel stammen 92.5% aller durch die Polizei umgebrachten aus Minderheiten. 1990 wurden von der Polizei 41 Menschen umgebracht: 15 Afro-Amerikaner, 23 Latinos und nur drei Weisse. Das US-Justizministerium berichtet von 15.000 Fällen von Gewalttätigkeiten und exzessiver Gewalt durch die Polizei, die in den letzten sechs Jahren untersucht wurden. Das Justizministerium hat nur etwa 40 gerichtliche Anklagen wegen polizeilicher Brutalität angestrengt. In fast allen Gebieten sieht die US-amerikanische Regierung wegen des zunehmenden Rassismus und der Gewalt einfach weg. Rassismus ist in den Vereinigten Staaten, hauptsächlich wegen der offenen Feindschaft und Indifferenz hinsichtlich der Verpflichtungen gegenüber den Armen und Dritt-Welt-Leuten durch die Reagan-und Bush-Administration, in Mode gekommen. Die Bush-Administration hat sich jeder Bürgerrechts-Rechtsprechung und allen Programmen der Armenhilfe ernergisch entgegengestellt und Budgets für Gesundheitsfürsorge, Ausbildung und soziale Wohlfahrt stark gekürzt. Zu beginn der 90er Jahre wurden nahezu alle Programme, die etwas Hilfe für die städtischen Armen bedeuteten, gestrichen.
Beide, Bush und Reagan, haben politische Kampagnen gefahren, welche die Interessen des reichen, weissen Amerika repräsentierten. Statt sich einer offen rassistischen Sprache zu bedienen, bemäntelten sie ihre rassistische Einstellung mit schlecht verschleierten Kode-Begriffen, indem sie „Quoten", „besondere Interessengruppen" und „umgekehrte Diskriminierung" ablehnten. 1988 bezahlte die Bush-Kampagne riesige Summen, um Fernschwahlwerbung über den ‚Willie Horton'-Fall zu finanzieren, die direkt auf weissen Rassismus abhoben. Wilie Horton war ein Schwarzer, der während seiner Bewährungszeit angeblich eine weisse Frau vergewaltigte. Bush schlug sich klammheimlich auf die Seite der extremen Rechten und baute in seine Reden Versatzstücke ultra-rechter Rhetorik ein. Unter diesen Bedingungen wuchsen die Gruppen, die sich für eine weisse Vorherrschaft in den USA stark machen. Zwischen 1990 und 1991 wuchs die Anzahl der Rassenhaß-Gruppen in den USA um 27%. 1990 gab es 69 Ku Klux Klan-Gruppen, 1991 waren es bereits 97. 1990 gab es 160 Neonazi-Gruppen, 1991 über 200. Im Jahre 1991 gab es 25 Morde aus rassistischen Vorurteilen heraus, eine Steigerung von 20 Fällen im Jahre 1990.
Als Resultat der anhaltenden, ununterbrochenen rassistischen Politk der US-Rgierung befinden sich die unterdrückten *communities* in einen Krisenzustand. Drogenmißbrauch, Gewalt, Kriminalität, die AIDS-Seuche und Armut haben die Schwarze und andere Dritt-Welt *communities* verwüstet.

Die Wirklichkeit des Alltags in den USA

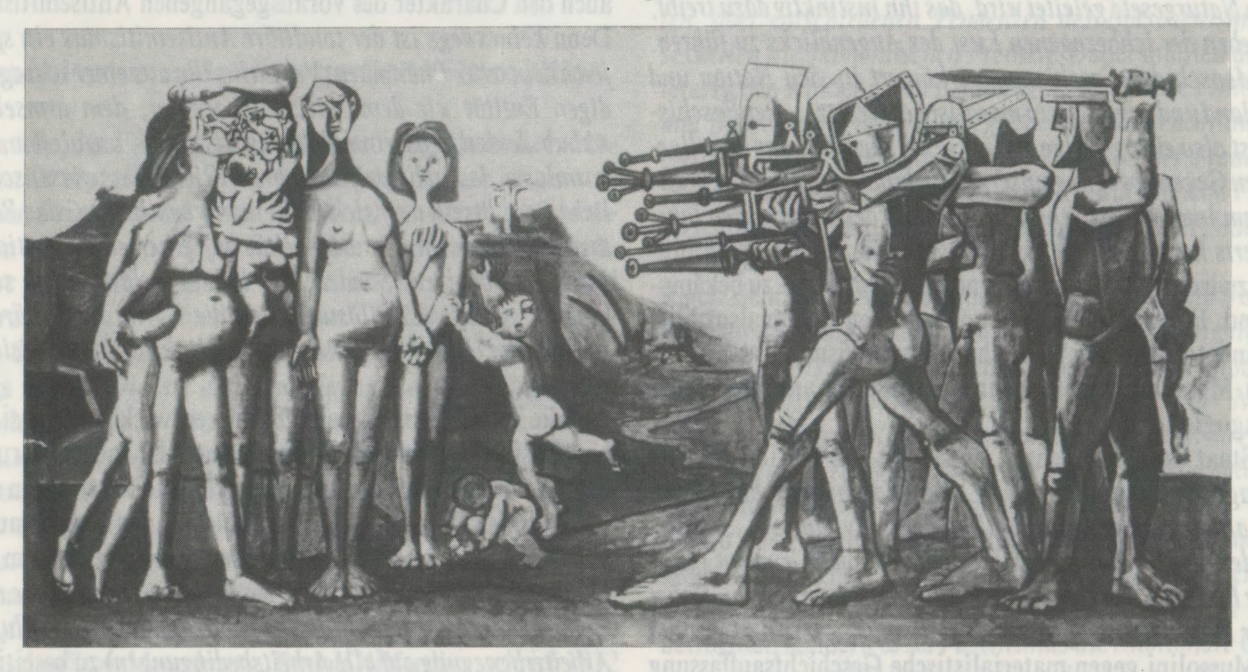
In Wirklichkeit hängt das Leben in den USA davon ab, zu welcher Klasse und ‚Rasse" man gehört. In vielen Fällen ist die Lebensqualität himmelweit von den Bildern auf der silbernen Mattscheibe entfernt. Das Bild, welches die US-Regierung nach aussen zu suggerieren versucht, basiert auf purer Übertreibung. Während US-Führer im Ausland über Menschenrechte Reden halten, werden die Menschenrechte der US-Bevölkerung aufs Gröbste verletzt. Demokratie hat für viele Menschen, die in den USA leben wenig mehr bedeutet, als die Wahl zwischen zwei teufeln. Nur weil Hitler, Mussolini und Franco in einer Wahl gegeneinander antreten bedeutet das noch nicht, daß es Demokratie gibt. Es gibt keine Redefreiheit in den USA, nur die Freiheit zum Flüstern. Jeder, der seine Stimme laut und effektiv gegen die US-Politik erhebt, bekommt sofort mit FBI und CIA zu tun. Die Regierungssprecher geben viele Lippenbekenntnisse zur „Mehrparteien-Demokratie" ab, aber jede politische Partei, die sich von der pro-kapitalistischen Politik der Republikaner und Demokraten unterscheidet, wird von Diensten der Regierung unterwandert und angegriffen.
Ubnterdrückte Menschen in den Vereinigten Staaten identifizieren sich mit Cuba und unterstützen es – nicht nur weil Cuba ein revolutionäres Beispiel ist. Wir haben auch eine Beziehung zu der cubanischen Erfahrung, weil wir Opfer der gleichen reaktionären Politik sind. Für uns ist es nicht schwierig die kriminelle US-Blockade gegen Cuba zu erkennen und abzulehnen, weil viele von uns eine andere aber irgendwie ähnliche Blockade während unseres ganzen Lebens erfahren haben. Die unterjochten Leute in den USA waren seit dem Tag ihrer Geburt einer politischen und ökonomischen Blockade ausgesetzt. Wir haben eine Job-Blockade erfahren, eine Blockade der Gesundheitsfürsorge, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der bürgerlichen Rechte. Wir können uns in die Lage der CubanerInnen versetzen, weil wir wissen, was es heißt, von allen Seiten angegriffen zu werden, nur wegen des Kampfes gegen die Ausbeutung. Wir unterstützen das Recht der CubanerInnen auf Selbstbestimmung. Wir sind sicher, daß das cubanische Volk in der Lage sein wird, seine eigenen Probleme zu lösen, ohne sich auf *big business* oder irgendeine Demokratie nach Willie-Horton-Stil zu verlassen.
Was den Aufstand und die ethnische Zusammensetzung Los Angeles" angeht, so nannte der Polizeichef Daryl Gates sie eine „Dritte-Welt-Stadt". Diejenigen von uns, die seit Jahren unter den Händen der US-Regierung gelitten haben, wissen um die Wahrheit dessen, was er gesagt hat. Die gleichen Bundestruppen, die in Panamá einfielen, die im Irak gekämpft haben, kämpften nun in Los Angeles. Und wir waren der Feind. In einer der blutigsten Rebellionen der US-Geschichte mit fast 60 Toten und mehr als 2000 Verwundeten ist die die Realität, die uns anstarrt. Unterdrückte Menschen in den USA unterscheiden sich nicht von unterdrückten Menschen in aller Welt. Wir werden niemals frei sein bis der Imperialismus niedergeschlagen ist.

Clash - Beilage
Faschismustheorien

Über die Hintergründe des "historischen" Faschismus finden wir zahlreiche und wertvolle Arbeiten, die uns helfen, die heutige Entwicklung zu analysieren. Wir müssen die historische Erfahrung, genauso wie alle Bereiche der neueren gesellschaftlichen Entwicklung einbeziehen. Die "reaktionäre Mobilisierung" zeigt sich vielschichtig, nicht nur in der Faschisierung (-sgefahr) und Verwertungskrise des Kapitals. Die (Umstrukturierung) patriarchaler Herrschaft, Neorassismus, Blut- und Boden- Ökologie etc. sind Bestandteile einer Entwicklung. Insofern muß der folgende Text in Verhältnis gesetzt werden mit anderen Untersuchungen, die hier nicht berücksichtigt werden, sowie praktische Ansätze gegen diese Entwicklung.

Jeder Versuch, die aktuelle "reaktionäre Mobilisierung" zu analysieren, muß sich damit auseinandersetzen, daß er mehr oder weniger große Elemente an Wahrheit enthält. Für die heutige Zeit gilt dies im gleichen Sinn, wie in dem folgenden Zitat von Angelo Tasca aus dem Jahr 1936.

"Der Faschismus ist eine Diktatur: davon gehen alle bisherigen Definitionsversuche aus. Aber außer in diesem Punkt ist die Übereinstimmung alles andere als gesichert. Diktatur des Kapitals "in der Epoche des Niedergangs"; Diktatur des Großkapitals; Diktatur des Finanzkapitals; "offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals"; Diktatur der "zweihundert Familien": durch viel Ungenauigkeit und Umschreiben kommt es in manchen Fällen schließlich dazu, daß der Faschismus als persönliche Diktatur Mussolinis oder Hitlers betrachtet wird. ... Jede dieser Definitionen enthält ein mehr oder minder großes Element an Wahrheit; aber keine kann sic et simpliciter akzeptiert werden. Und wir werden uns hüten, eine neue "Definition" in Umlauf zu setzen, ... Den Faschismus definieren, heißt für uns vor allem, seine Geschichte schreiben." **(Angelo Tasca,** ***1936*****)**



Die Geschichte des Faschismus hier zu schreiben ist aus verständlichen Gründen nicht möglich. Es wird auch keine endgültige Definition geliefert, sondern es wird versucht, eine Reihe von verschiedenen Faschismustheorien und -analysen zu beschreiben. Dies kann nur einen stichpunkthaftigen Charakter haben. Es soll eine Anregung und einen kleinen Überblick über die verschiedensten Versuche geben, Faschismus zu "erklären". Es werden auch vereinzelt bürgerliche und reaktionäre Varianten der Faschismusdefinition benannt, da die Kenntnis notwendig ist zur Bekämpfung.

Faschismus - Definitionen, Theorien und Analyseansätze

Der Begriff: Faschismus

Aus dem lateinischen: fascis; ital. fascio, Rutenbündel; Emblem der Bewegung Mussolinis; Verein der Frontkämpfer, "Fascio di Combattenti"

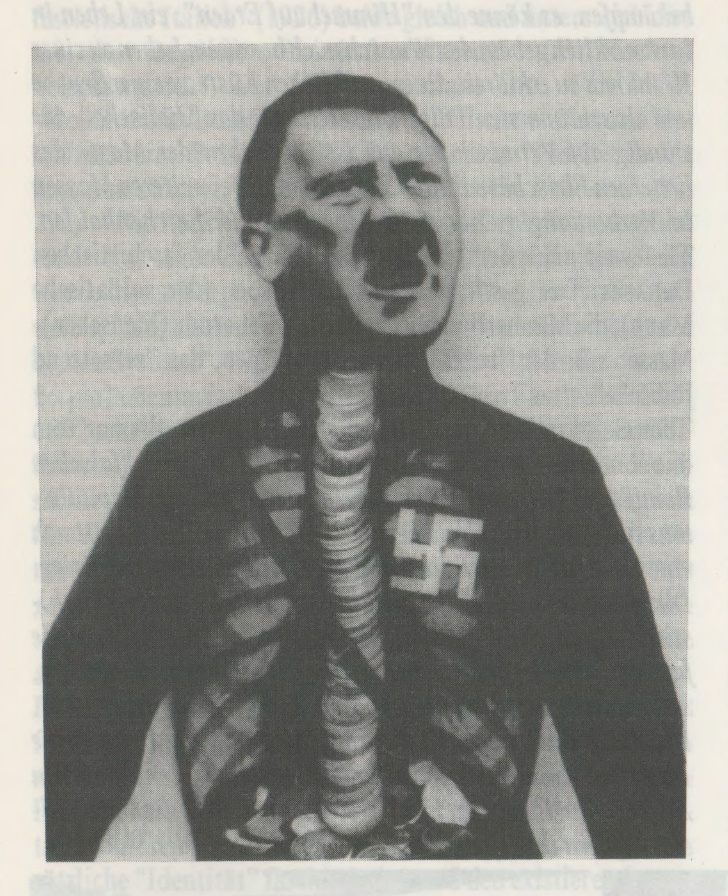
Benito Mussolini: Die Lehre des Faschismus

Dieser Text stellt soetwas wie ein "faschistisches Manifest" dar. In zwei Kapiteln werden programmatische Aussagen zu: I. Die Philosophie des Faschismus in ihren Grundgedanken, sowie: II. Die politische und soziale Doktrin des Faschismus, dargestellt.
Mussolini begreift den Faschismus als eine *organisch zusammenhängende Weltanschauung*. Zur geistigen Grundhaltung: *Für den Faschismus ist die Welt nicht diese materielle Welt, die auf der Oberfläche erscheint, in der der Mensch ein von allen anderen gesondertes, für sich stehendes Individuum ist und von einem Naturgesetz geleitet wird, das ihn instinktiv dazu treibt, ein Leben der ichbezogenen Lust des Augenblicks zu führen. Der Mensch des Faschismus verkörpert in sich Nation und Vaterland und zugleich ein moralisches Gesetz ... Der Faschismus ist also eine geistige Haltung, die ebenfalls aus der allgemeinen Gegenbewegung unseres Jahrhunderts gegen den kraftlosen und materialistischen Positivismus des neunzehnten Jahrhunderts hervorgegangen ist.* Mussolini setzt u.a. eine Verbindung zwischen Liberalismus und Marxismus, die zu bekämpfen sind. Eine Entsprechung im deutschen Nationalsozialismus findet sich hier im "jüdischen Bolschewismus", auch wenn es bei Mussolini nicht zu einer so offenen antisemitischer Demagogie kommt.
Der Staat ist das Höchste, er schafft die Nation und ist *überragende Persönlichkeit. ... Der Faschismus bejaht den Staat als die einzige wahre Realität des Individuums. ... Außerhalb des Staates darf es keine Individuen noch Gruppen (politische Parteien, Vereine, Syndikate und Klassen) geben. Daher ist der Faschismus gegen den Sozialismus ...* Explizit wendet sich Mussolini gegen materialistische Geschichtsauffassung und Klassenkampf, Pazifismus, Liberalismus, Demokratie ... und betont *die positive Auffassung des Lebens als Kampf ... Krieg und Leben als Pflicht*, was sich nach innen und außen äußert. *Für den Faschismus ist das Streben zum Impero, das heißt zur Expansion der Nation, ein Ausdruck der Vitalität.*

Historisierende Ansätze

Es gibt verschiedene Versuche den Faschismus in Europa, ausgehend von der nationalen historischen Entwicklung der einzelnen Staaten, zu analysieren. Ausgangspunkt ist die Betrachtung der Entwicklung der einzelnen Nationalstaaten nach dem I. Weltkrieg, oder auch die spezifischen Bedingungen der Nationalbildung. Kern der daraus entwickelten Ableitungen ist die Aussage, daß die Stärke der faschistischen Bewegungen, bzw. deren Machtergreifung, Folge ist von nationalen "Entwicklungsstörungen" und z.T. einem daraus abgeleiteten "Nationalkomplex". Andere Theorien versuchen eine historische Linie aufzuzeigen, die ihren Endpunkt im Faschismus findet. Für Deutschland wird z.B. die Kontinuität von Autoritarismus und Freiheitsfeindlichkeit als "roter Faden" der Nationalgeschichte aufgezeigt.
Diese Ansätze bleiben im besten Fall auf der Ebene der Phänomenologischen Beschreibung. In Beziehung zu einer gesellschaftlich-geschichtlichen Gesamtbetrachtung ist es sinnvoll dies mit einzubeziehen, stellt aber keinen eigenständigen Theorieansatz dar. Im Gegenteil: oftmals wird aus einem "historisierender Ansatz" eine indirekte Legitimation des Faschismus, indem eine Zwangsläufigkeit festgestellt wird, oder sogar die "Erfüllung einer historischen Notwendigkeit". Grundsätzlich ist zu kritisieren, daß die strukturellen Bedingungen von Faschismus und auch Antisemitismus verdeckt und dem "Nationalcharakter" zugerechnet werden. Dies verschleiert nicht nur die Bedeutung von Auschwitz, sondern auch den Charakter des vorausgegangenen Antisemitismus. Denn *keineswegs ist der totalitäre Antisemitismus ein spezifisch deutsches Phänomen. Versuche, ihn aus einer so fragwürdigen Entität wie dem Nationalcharakter, dem armseligen Abhub dessen, was einmal Volksgeist hieß, abzuleiten, verharmlosen das zu begreifen Unbegreifliche. Das wissenschaftliche Bewußtsein darf sich nicht damit bescheiden, das Rätsel der antisemitischen Irrationalität auf eine selber irrationale Formel zu bringen. Sondern das Rätsel verlangt nach seiner gesellschaftlichen Auflösung, und die ist in der Sphäre der nationalen Besonderheiten unmöglich. (Horkenheimer/ Adorno)*
Auf die These der nationalen Sonderentwicklung quasi aufbauend sind die Theorien des Faschismus als Modernisierungs- bzw Entwicklungsdiktaturen. Der früheste Vertreter in diese Richtung ist **Franz Borkenau**, der (1932) den Faschismus als eine Notwendigkeit des industriellen Systėms sieht, um vorhandene Störungen (in Italien das *Übergewicht und die reaktionäre Rolle des Proletariats*; in Deutschland der *Einfluß der Arbeiterbewegung auf alle Arbeitsbedingungen*) zu beseitigen. Die Arbeiterbewegung werde zum Hindernis für den Fortschritt, da sie der erforderlichen Akkumulation und Rationalisierung einen *heftigen und reaktionären Widerstand* entgegensetzt. Die Funktion des italienischen Faschismus sieht Borkenau im brechen der *verfrühten politischen Macht der Arbeiterschaft*. Die verschiedenen sich daraus entwickelnden Modernisierungstheorien stellen den Bezug zum Kapitalis-

mus nicht grundsätzlich her, sondern in Funktion der Modernisierung des Kapitalismus um damit die Möglichkeit des Faschismus in der "modernisierten" Industriegesellschaft zu verneinen.



Faschismus = kleinbürgerliche Revolution

Versuche, den Faschismus als eine kleinbürgerliche Revolution zu interpretieren, waren v.a. in den späten 20iger und frühen 30igern in der deutschen Sozialdemokratie, bei britischen und US-amerikanischen Liberalen, stark verbreitet. Aber auch schon früher in Italien schrieb z.B. **Luigi Salvatorielli** ("Nationalfaschismus", 1923), daß der Faschismus der *Klassenkampf des Kleinbürgertums* sei und keineswegs nur *im Dienste der Kapitalisten stehe.* Wenn sich der Faschismus bisher hauptsächlich gegen das Proletariat gerichtet hätte, dann aufgrund der *kleinbürgerlichen Psychologie* und einer notwendigen Hilfesuche beim Kapital. Als zu kleine "organische Klasse" habe das Kleinbürgertum einen *Klassenkampf gegen Proletariat und Kapitalismus in der Verneinung des Begriffs der Klasse und in seiner Ersetzung durch den der Nation* geführt. Ein führender Parteitheoretiker der deutschen Sozialdemokratie, **Rudolf Hilferding**, schrieb 1932 (!) über die faschistische Bewegung, sie umfasse *alle Deklassierten*; von den in ihrer Existenz bedrohten Großagrariern über das Kleinbürgertum bis zu den Angestellten. Diese *Rebellion gegen den Kapitalismus* sei ein *kleinbürgerlicher Sozialismus und in sich widerspruchsvoll und kein Gebilde von Dauer.* Bezeichnend für viele dieser Ansätze ist, daß sie eine kleinbürgerliche Bewegung, bzw. eine "kleinbürgerliche Massenbasis" als eigenständige Größe, als "Dritte Partei", darstellen, ohne Gesellschaftsstruktur, Krisenerscheinungen und Klassenauseinandersetzungen zu analysieren. *Folglich wird die faschistische Diktatur als "Machtergreifung" des Mittelstandes gegen die organisierte Arbeiterklasse und auch die frühere Herrschaft des Finanzkapitals dargestellt. Die liberalen und die sozialdemokratischen Abhandlungen über den Faschismus haben diese Auffassung gemein. (R. Palme Dutt)*

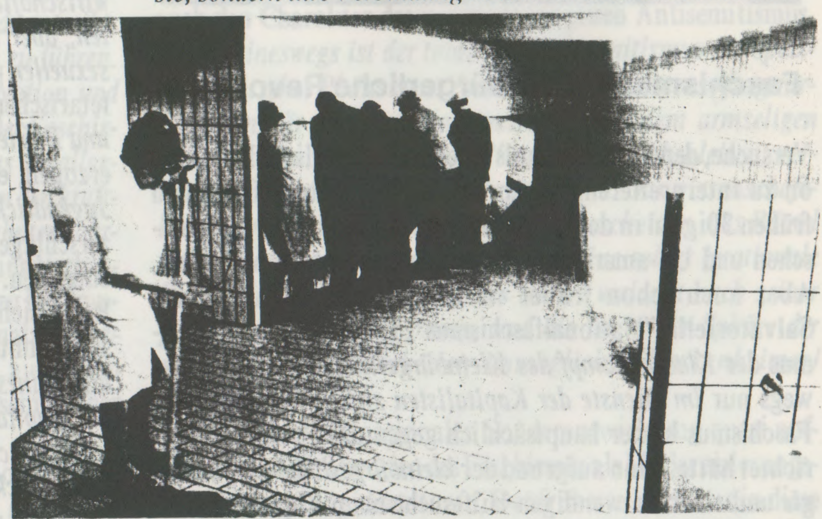
Soziologische (die Massenbasis betrachtende) Ansätze

Der "sozialpsychologische Ansatz" geht von der Persönlichkeitsstruktur der einzelnen Individuen aus und sucht nach den Zusammenhängen zwischen Subjektivem und Objektivem (Gesellschaft).
Wilhelm Reich versucht der "Politökonomie" *durch Anwendung des dialektischen Materialismus* eine "Sexualökonomie" an die Seite zu stellen. Die "Massenpsychologie des Faschismus" (1933) Reichs entwickelte sich aus Erkenntnissen der Psychoanalyse Sigmund Freuds, die er materialistisch anzuwenden versucht, und diese in Verbindung mit dem Marxismus bringt.
Ausgangspunkte sind die Sexualität des Kindes, patriarchale Familienstrukturen, etc. Die Sexualität des Kindes werde durch autoritäre Normierung unterdrückt und verdrängt, wodurch der Boden für den Faschismus geschaffen wird. Dieser sei *ideologisch das Aufbäumen einer sexuell ebenso wie wirtschaftlich todkranken Gesellschaft gegen die schmerzhaften, aber entschiedenen Tendenzen des Bolschewismus zur sexuellen wie ökonomischen Freiheit.* Daher müßten die proletarischen Kinder *durch Bejahung ihrer sexuellen Interessen und Befriedigung ihrer Wißbegierde zu politischem Interesse* erzogen, eine *stürmische sexuelle Rebellion der Frauen und Jugendlichen* in Gang gebracht und die bürgerliche Familie zerschlagen werden, um so dem Faschismus die Grundlage zu entziehen.
Reich sieht seine Analyse auch als Kritik an dem von ihm sogenannten Vulgärmarxismus, denn *Hitlers Erfolg ließ sich also keinesfalls aus seiner reaktionären Rolle in der Geschichte des Kapitalismus erklären ... der Massenerfolg der NSDAP widersprach ihrer Rolle, Millionenmassen bejahten ihre eigene Unterdrückung, ein Widerspruch, der nur massenpsychologisch, und nicht politisch oder ökonomisch, zu lösen ist.*
In dem Vorwort zur 3. Ausgabe, 1942, revidierte er einen Teil seiner ursprünglichen These, in dem Sinne, daß er Faschismus nicht mehr als "politische Idee" einer bestimmten Partei betrachtet, sondern es sei *Faschismus die emotionale Grundhaltung des autoritär unterdrückten Menschen ... Heute ist es ganz allgemein klar geworden, daß Faschismus keine Tat eines Hitlers oder Mussolinis, sondern Ausdruck der irrationalen Struktur der Massenmenschen ist. ... Der Faschismus ist eine internationale Erscheinung, die sämtliche Körperschaften der menschlichen Gesellschaft aller Nationen durchsetzt. ... Die Rassentheorie ist keine Schöpfung des Faschismus. Umge-*

kehrt: Der Faschismus ist eine Schöpfung des Rassenhasses und sein politischer organisierter Ausdruck.
Es gab in der kommunistischen Bewegung eine scharfe und polemische Auseinandersetzung über den Ansatz Reichs, in deren Folge er aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde (v.a. wohl auch wegen seiner Kritik an Stalin). Die Diskussion entzündete sich allerdings weniger an dem Kern der Theorie Reichs, als vielmehr an der Tatsache, daß sie an festen patriarchalen Strukturen auch der Arbeiterbewegung kratzte. Hierin liegt auch der Verdienst, der allerdings nicht ohne die feministische Kritik und einer folgenden und differenzierten Betrachtung bewertet werden kann.

Erich Fromm versucht eine "Psychologie des Nazismus" zu geben. Im dialektischen Verhältnis vom Objektiven und Subjektiven sei der Faschismus zwar ein *ökonomisch-politisches Problem, aber der Griff, mit dem er ein ganzes Volk gepackt hält, muß auf psychologischer Grundlage verstanden werden. ... Diese psychologischen Bedingungen waren nicht die Ursache des Nazismus. Sie schufen ihm die menschliche Basis, ohne die er sich nicht hätte entwickeln können.* Die *autoritäre Charakterstruktur* habe dabei spiegelbildlich zugleich bei Führungsgruppen der faschistischen Bewegung wie bei den attachierten Massen vorgelegen, in einer gleichzeitigen *Anwesenheit sadistischer und masochistischer Triebe*. Dem *mit Zerstörungstrieben untermischten Streben nach Macht über andere* und anderseits dem *Verlangen nach Aufgehen des eigenen Selbst in einer überwältigenden Machtfülle.*

Klaus Theweleit veröffentlichte 1977 die "Männerphantasien". Anlehnend an das Zitat Tascas, daß den Faschismus definieren heißt, seine Geschichte zu schreiben, sammelte und analysierte er unzählige Originaldokumente (nicht nur) von Faschisten. *Es scheint, daß über den Faschismus die Faschisten bisher zuwenig befragt worden sind und die, die ihn angeblich durchschaut haben (aber nicht besiegen konnten) zuviel.* In seinem ersten Band "Frauen, Fluten, Körper, Geschichte" beschreibt Theleweit die Frauenbilder, die entstanden sind als Männerphantasien von der Frau. Der zweite Band "Männerkörper - Zur Psychoanalyse des weißen Terrors" untersucht verschiedene Massenformationen: die wie die erotische Frau verbotene, verschlingende Masse und ihre Gegenbildungen wie Blöcke, das Heer, die Nation, die Rassengemeinschaft und analysiert Herkunft und Sinn dieser für den Faschismus zentralen Begriffe. Wie schon bei Reich, hat der Begriff der "Masse" eine zentrale - allerdings wesentlich erweiterte - Bedeutung: *Wie im Zentrum der Verdrängung beim soldatischen Mann "der Wunsch zu wünschen" steht, so ist das Kernstück aller faschistischen Propaganda der Kampf gegen alles, was Lust, was Genuß ist. Auf den Körperpanzer wirken sie in ihrer Eigenschaft des Vermischens wie chemische Fermente, die ihn auflösen. Dagegen helfen Haltungen wie Askese, Verzicht, Selbstüberwindung. Nazi- Traum: "Von dem schmählichen Glauben, daß das Leben zur Lust da sei, von dieser echt jüdischen Lustseuche, will ein Unfaßbares in den Massen ja schon lange los; der `Himmel auf Erden` zieht nicht mehr recht..." Darin hat Rosenberg sehr offen das Nazi-Programm gegenüber den Massen ausgesprochen: die Hoffnung zu bekämpfen, es könne den "Himmel auf Erden", ein Leben in Lust wirklich geben; den Wunsch nach besserem Leben zu einer Krankheit zu erklären, die menschlichen Lüste zu einer Seuche und als schlimmsten Träger dieser Seuche das "Jüdische", das ständig auf Vermischung aus ist. ... Neben der Masse des lüsternen Fleisches wird das Jüdische mit zwei weiteren Massen in Verbindung gebracht, Geldbergen und Leichenhaufen.*
Theleweit analysiert die Sprache und Bilder faschistischen Denkens. Der gestählte deutsche Körper (der soldatische Mann), die Männerbünde - gegen die wabbernde (Menschen)-Masse; z.B. der "roten" Demonstrationen, das "zersetzend jüdische".
Theweleit kritisiert traditionelle linke Ansätze, die nur vom ökonomischen ausgehen. *So genügt es nicht, vom "falschen Bewußtsein" derer zu reden, die sich weigerten, den Kapitalismus zu bekämpfen, obwohl er sie degradierte - er bot ihnen auch eine Seite, die sie wirklich wollten: Militarismus und Krieg. Die potentielle Identität bürgerlich/kapitalistisch - faschistisch stimmt für die Ökonomie; hier erzeugt die Bourgeoisie faschistische Organisationen, ... um das Überleben zu sichern. Auf der Seite des Wunsches stimmt die Gleichung aber nicht. Die Anti- Bürgerlichkeit des soldatischen Mannes ist keine Pose. Den Krämer-/Bürobürger haßt er vielleicht mehr als den Arbeiter - und in den hohen Herren liebt er nicht die Bourgeoisie, sondern ihre Verbindung zu den Bereichen der Macht.*



Die totalitäre Diktatur

Der Begriff des Totalitären oder Totalen ist wohl einer der häufigsten Begriffe im Zusammenhang mit dem Faschismus. Von den Faschisten selbst gebraucht: "stato totalitaro" als Kampfbegriff der italienischen Faschisten (s.o., Mussolini), die immer wiederkehrende Betonung des Totalen bei den Nationalsozialisten, bis hin zur "Sportpalast-Rede" Goebbels: "Wollt ihr den totalen Krieg?".
Später entwickelten sich verschiedene, z.T. entgegengesetzte, "Totalitarismustheorien"

Von reaktionären zu sozialdemokratischen Varianten

Der Vorsitzende der Katholischen Partei Italiens, Luigi Sturzo, setzt in seiner Schrift "Das bolschewistische Rußland und das fascistische Italien" (1926) beide gleich und unterstrich dies mit den Begriffen "Linksfaschismus" und "Rechtsbolschewismus". Der SPD-Vorsitzende Otto Wels 1931: "Kommunismus ist Kapitalismus ... Bolschewismus und Faschismus sind Brüder". Die KPD nannte er "Faschisten mit kommunistischen Vorzeichen". Die britische Labour-Party, 1933: "Die Reaktion der "Linken" wird durch die triumphierende Reaktion der "Rechten" ersetzt". Im Kalten Krieg wurde dieser Vergleich zum Kampfbegriff gegen die Sowjetunion; Hannah Arendt schrieb von der "Verwandtschaft der beiden Systeme". 1967 bezeichnete Jürgen Habermas die Außerparlamentarische Opposition als "linken Faschismus" und 1992 schrieb Konrad Weiß in einer Presseerklärung - anläßlich einiger Eierwürfe gegen den Bundespräsidenten v. Weizsäcker - von "autonomen Faschisten". Dies sind nur Beispiele für Versuche, vermeintliche Faschismuskritik für antikommunistischer Propaganda zu funktionalisieren; *die Antipathie gegenüber faschistischen Herrschaftsgebilden über das Mühlrad der "Totalitarismus-Kritik" auf eine inhaltlich grundverschiedene andere Ordnung umzuleiten.*
Im Allgemeinen soll über diese Totalitarismustheorie aus der formalen Gleichheit bestimmter politisch-sozialer Strukturmerkmale (Einparteiensystem, kein Parlamentarismus, staatliches Propagandamonopol, Verfolgung politischer Opposition, Willkür staatlicher Bürokratie, etc.), auf eine grundsätzliche "Identität" faschistischer und den existierenden sozialistischen (darüber allgemein, kommunistischer) Herrschaftssysteme geschlossen werden. Zur Analyse eines politischen Herrschaftssystems gehören seine Inhalte wie seine Form. Erst die Einheit und die Wechselwirkung beider Momente macht das Wesen eines Systems aus. Dies beachten die meisten Totalitarismustheorien nicht. An die Stelle einer Theorie über Entstehung, Funktion und Entwicklung faschistischer Bewegungen treten abstrakte und z.T. willkürliche Analogien.

Eine "Erweiterung" der Totalitarismustheorie stellt die Extremismusdebatte dar. Ein Vertreter ist z.B. Seymour Martin Lipset ("Der "Faschismus", die Linke, die Rechte und die Mitte", 1959). Sein theoretischer Ansatz geht vom Gegensatz Reformismus/Demokratie - Extremismus aus, jeweils für verschiedene politisch-ideologische Kräfte. *Die Untersuchung der gesellschaftlichen Grundlagen verschiedener moderner Massenbewegungen weist darauf hin, daß in jeder größeren sozialen Schicht sowohl demokratische als auch extremistische politische Tendenzen sich äußern. Die extremistischen Bewegungen der Linken, der Rechten und der Mitte (Kommunismus und Peronismus, traditioneller Autoritarismus und Faschismus) wurzeln der Reihe nach in der Arbeiter-, der Ober- und der Mittelklasse.* Es wird versucht, in dieses Schema z.B. den Peronismus in Argentinien als Linksextremistisch, die gaullistische Bewegung in Frankreich als Rechtsextremistisch einzuordnen. "Echt" faschistisch seien nur die Tendenzen des Autoritarismus der Mitte.
Die Extremismus- neigt gegenüber der Totalitarismustheorie mehr zum Reformismus, als zum Antikommunismus und versucht neuere Bewegungen mit einzubeziehen. In der Konsequenz trennen beide Kapitalismus und Faschismus auf der strukturellen Ebene voneinander ab. Dem ist mit Horkenheimer zu antworten, daß derjenige vom Faschismus schweigen soll, der nicht vom Kapitalismus reden will. Nach dem Zusammenbruch der Realsozialistischen Staaten erhält die Extremismusdebatte wieder eine Relevanz zur Legitimation der bestehenden formaldemokratischen, kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse.

August Thalheimer, KPO (Kommunistische Partei Deutschlands - Opposition)

Thalheimers versucht, die Analyse der Diktatur Louis Bonapartes in Frankreich (u.a. K. Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte / F. Engels: Bürgerkrieg in Frankreich) auf den italienischen Faschismus anzuwenden (Diese Erkenntnisse wurden später auf Deutschland angewand). Sie sei *der beste Ausgangspunkt für die Untersuchung des Faschismus, da beiden wesentliche Züge gemeinsam* seien: *die Verselbstständigung der Exekutive, die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst.* Wesentliche Unterschiede ergäben sich aus der kapitalistischen Entwicklung von der freien Konkurrenz zum Monopol und zum Imperialismus. Der Faschismus stütze sich im Gegensatz zum Bonapartismus auf eine breite Massenbewegung, da sie das starke Proletariat niederzuhalten habe. Für Thalheimer ist die Verselbstständigung der Exekutive der Schlüssel zum Verständnis der widersprüchlichen Beziehung zwischen sozialer Basis und Funktion des Faschismus. Mit seinem Modell des stufenweisen Faschisierungsprozesses bürgerlich-parlamentarischer Demokratien, der Differenzierung zwischen politischer und sozialer Herrschaft der bürgerlichen Klasse, versucht Thalheimer das Verhältnis faschistische Herrschaft - bürgerliche Herrschaft zu erfassen. Thalheimer leitet den Faschismus weder gradlinig-funktional aus den Produktionsverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft ab (und wendet sich gegen die offizielle kommunistische Theorie der "reaktionärsten und chauvinisch-sten Teile des Finanzkapitals), noch über eine "Führer - Rolle". Über die Entstehung, Entwicklung und Erfolg des Faschismus entscheide die Konstellation der politischen Macht der verschiedenen Klassen. *Der Diktator ist noch nicht da. Sind aber die Bedingungen geschaffen ... und sie werden jetzt Schritt für Schritt geschaffen, so wird sich die benötigte Figur irgendwie und irgendwo finden ... Sind die sozialen und politischen Bedingungen bereit, so genügt ... die ordinärste Blechfigur.* Die konkrete Rolle der Bourgeoisie taucht in verschiedenen Schriften unterschiedlich auf. Einerseits "Hauptagent", anderseits könne die Diktatur *nur durch einen Sprung, einen Putsch oder*

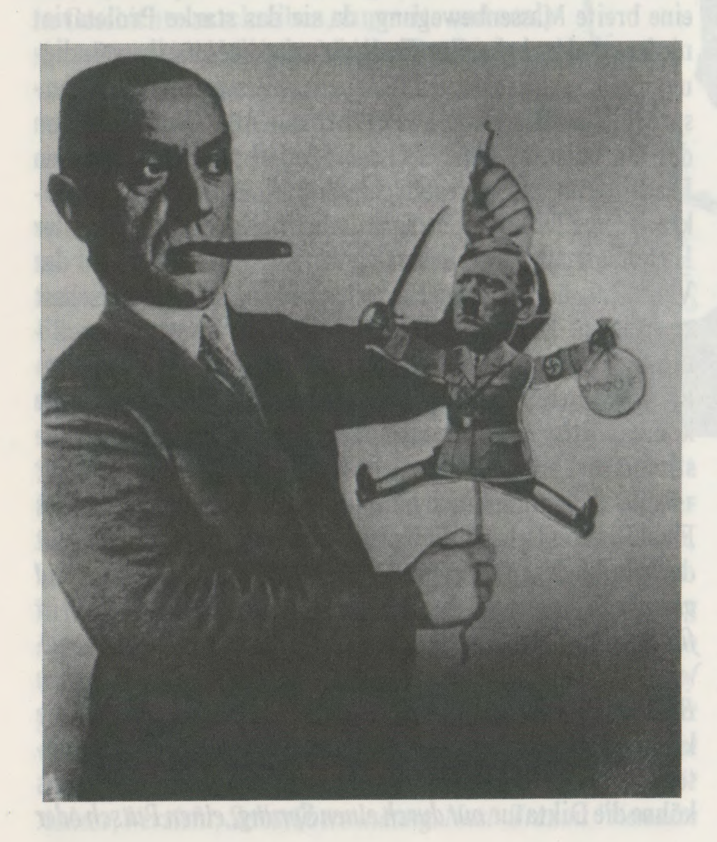
einen Staatsstreich erfolgen, bei dem die Bourgeoisie selbst das passive Element ist. Später heißt es: *Faschistische Diktatur bedeutet die politische Abdankung der Bourgeoisie , um ihre soziale Existenz zu retten.*

Die KPO versuchte im Gegensatz zur SPD und KPD, die Differenzen "in der lebensnotwendigen gemeinsamen Abwehr des Faschismus" zurückzustellen, was ihnen seitens der KPD den Vorwurf des "Rechtsopportunismus" einbrachte.

Die Kommunistische Internationale

Die Komintern versuchte das Generelle, nicht auf einzelne Staaten bezogene des Faschismus zu analysieren und sich an Marx zu orientieren. Aus dem Kommunistischen Manifest, 1848: *Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauer, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, ... So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung.* Solange aber die *Mittelschichten der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat* existieren, sprach er ihnen den Charakter einer autonomen politischen Kraft aufgrund ihrer gesellschaftlich heterogenen Interessen ab: als politische Akteure seien sie nur zu denken entweder in Koalition mit der Bourgeoisie oder in Anlehnung an das Proletariat.

1923 übernahm das Plenum der Exekutive der Komintern eine Resolution der KPD, nach der (in o.g. Sinne) der Faschismus in zwei unterschiedliche Flügel zu unterteilen sei; der eine sei unmittelbar vom Großkapital gekauft, der andere bestehe aus nationalistischen Kleinbürgern, die von dem ersten Flügel betrogen würden.



Aus der Rede Clara Zetkins:

Das Proletariat hat im Faszismus einen außerordentlichen gefährlichen und furchtbaren Feind vor sich. Der Faszismus ist der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick. ... Die Meinung wurde vertreten und war früher wohl vorherrschend, daß der Faszismus nichts sei als gewalttätiger, bürgerlicher Terror, und er wurde geschichtlich seinem Wesen und seiner Wirkung nach auf eine Stufe mit dem weißen Schrekken in Horthy-Ungarn gestellt. Aber obgleich die blutigen, terroristischen Methoden des Faszismus und des Horthy-Regimes die gleichen sind und sich gleicherweise gegen das Proletariat kehren, ist das geschichtliche Wesen der Beiden Erscheinungen außerordentlich verschieden. ... Der Horthy-Terror kam als Rache gegen die Revolution. ... Anders ist es beim Faszismus. Er ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, daß das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faszismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden, weitergeführt und weitergetrieben hat. ... Obgleich die Auffassung, daß der Faszismus bloßer bürgerlicher Terror sei, auch von radikalen Elementen unserer Bewegung vertreten wird, berührt sie sich zum Teil mit der Auffassung der reformistischen Sozialdemokraten. Für sie ist der Faszismus nichts als Terror, Gewalt, und zwar bourgeoiser Reflex der Gewalt, die von seiten des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft ausgegangen ist oder ihr angedroht wird. Für die Herren Reformisten spielt die russische Revolution dieselbe Rolle wie für die Bibelgläubigen der Apfelbiß im Paradies. ...

Zur Basis und Erreichung der Massenbasis des Faschismus führt sie aus: *Die kleinbürgerlichen und mittleren Schichten der Gesellschaft schwanken zuerst zwischen den gewaltigen historischen Heerlagern des Proletariats und der Bourgeoisie unschlüssig hin und her. Die Nöte ihres Lebens, zum Teil auch die beste Sehnsucht, die höchsten Ideale ihrer Seele lassen sie mit dem Proletariat sympathisieren, solange dieses nicht nur revolutionär vorgeht, sondern Aussichten auf den Sieg zu haben scheint. ... Aber sobald sich zeigt, daß das Proletariat selbst darauf verzichtet, die Revolution weiterzuführen, daß es revolutionsscheu und kapitalistenfromm unter dem Einfluß der reformistischen Führer vom Kampfplatz zurücktritt, haben sich die breiten Massen der Faszisten dahin geschlagen, wo die meisten ihrer Führer von Anfang an - bewußt oder unbewußt - standen: auf der Seite der Bourgeoisie.*

Nach einer längeren Einschätzung zur Situation in Italien kommt Clara Zetkin zu den Aufgaben des Proletariats:

Gewalt gegen Gewalt! Nicht etwa Gewalt als individueller Terror, - das bliebe erfolglos. Aber Gewalt als die Macht des revolutionären, organisierten, proletarischen Klassenkampfes. ... Aber proletarischer Kampf und Selbstschutz gegen den Faszismus, das besagt: proletarische Einheitsfront. ...

Über dem Chaos der heutigen Zustände wird sich die Riesengestalt des Proletariats mit dem Rufe aufrecken: Ich bin der Wille! Ich bin die Kraft! Ich bin der Kampf, der Sieg! Mir gehört die Zukunft.

Eine differenziertere Einschätzung und die Forderung nach der Einheitsfront dauerte in der Komintern nicht lange an. Schon 1924 sprach der Vorsitzende der Komintern, **Grigorij Sinowjew**, davon, daß es einen *Block der Sozialdemokratie mit dem Faschismus, ... ein faschistischer Flügel der Arbeiterbewegung,* gäbe.

Die These wurde auch vom Generalsekretär der KPdSU, **Josef Stalin**, aufgegriffen, durchgesetzt und führte beim Sechsten Weltkongreß 1928 zu der Losung: "Gegen Reformismus und Faschismus".

Das Zehnte Plenum des EK der Komintern erklärte 1929 den **"Sozialfaschismus"** zur eigentlichen Gefahr und *die sich mit besonderer Schärfe erhebende Aufgabe der entschiedenen Verstärkung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie*. Die Sozialfaschismus-These verdeckte die entwickelten Einsichten in den Faschismus, und sie machte die erhobenen Einheitsfront-Aufrufe wirkungslos. Eine Wende wurde auf dem Dreizehnten Plenum 1933 und dann endgültig auf dem Siebten Weltkongreß 1935 vollzogen. In der 1933 entstandenen "Kominternthese" heißt es: *Der Faschismus ist die offene, terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.*

In den folgenden Jahren war es vor allem **Georgi Dimitroff**, der mit seinen Beiträgen die Position der Komintern bestimmte. Er ging davon aus, daß der Faschismus der herrschenden Bourgeoisie dazu dienen soll, die ganze Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Sie sei nicht mehr imstande, ihre Diktatur über die Massen mit den alten Methoden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus aufrecht zu erhalten, und könne ihre Probleme folglich nicht mehr über einfachen Regierungswechsel, sondern nur noch durch die Etablierung einer neuen Staatsform, der offenen terroristischen Diktatur, angehen. Ihre weitergehenden Ziele seien die Verhinderung der Revolution, ein imperialistischer Raubkrieg der die Sowjetunion vernichten soll und die Neuaufteilung der Welt.

Der Klassencharakter des Faschismus sei die Macht des Finanzkapitals. Allerdings dürfte man sich den Machtantritt des Faschismus *nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten.* Dimitroff kritisierte einige Fehler der kommunistischen Bewegung: die *sektiererische Beschränktheit*, die *unzulässige Unterschätzung des Faschismus*, die Annahme einer unmittelbar bevorstehenden revolutionären Situation und vor allem die Sozialfaschismus-These. In allen kapitalistischen Länder müsse *die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront* angestrebt werden.

Die zu dieser Zeit, und vor allem unter dem Einfluß Dimitroffs entstandenen Ansätze wurden später offizielle Doktrin der Realsozialistischen Staaten und Moskau-orientierten Kommunistischen Parteien.

Aus einem Wörterbuch der **DDR**, 1973: Nach dem Dimitroff-Zitat (Komintern-These, 1933) folgt: *Der Faschismus dient diesen Elementen dazu, ihre Vorherrschaft in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu sichern und auszubauen und sich die Volkswirtschaft zur Vorbereitung auf einen Krieg zu unterwerfen. ... Der Faschismus ist die Reaktion der imperialistischen Bourgeoisie auf die Veränderung des Kräfteverhältnisses seit dem Beginn der Krise des Kapitalismus, seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete. ...*

Rajani Palme Dutt

(Kommunistische Partei Großbritannien)

Er vertritt einen Ansatz, welcher der vorherrschenden Theorie in der Komintern entspracht. Er untersucht die Entwicklungstendenzen der modernen kapitalistischen Gesellschaft nach dem I. Weltkrieg um dann die "hervorstechensten Eigenschaften" zusammenzufassen, die dem modernen Kapitalismus und dem Faschismus gleich sind:

Der Faschismus sei *unter gewissen Bedingungen von äußerstem Verfall das vollendeste und folgerichtigste Heraustreten der typischsten Tendenzen und politischen Bestrebungen des modernen Kapitalismus.*

1. das Grundziel der Aufrechterhaltung des Kapitalismus angesichts der Revolution, die durch den Fortschritt der Produktionstechnik und das Anwachsen des Klassenantagonismus heraufgeführt wird;
2. die daraus folgende Intensivierung der kapitalistischen Diktatur;
3. die Beschränkung und Unterdrückung der unabhängigen Bewegungen der Arbeiterklasse und der Aufbau eines Systems von organisierter Klassenzusammenarbeit;
4. der Aufstand gegen die parlamentarische Demokratie und ihre zunehmende Verdrängung;
5. die Ausdehnung der staatlichen monopolistischen Organisation von Industrie und Finanz;
6. der engere Zusammenschluß jedes einzelnen imperialistischen Blocks zu einer einzigen wirtschaftlich-politischen Einheit;
7. der Drang zum Krieg als die notwendige Begleiterscheinung der wachsenden imperialistischen Antagonismen.
Alle diese Eigenschaften sind in größerem oder geringerem Maße für moderne kapitalistische Staaten nicht weniger als für die spezifisch faschistischen Staaten typisch. In diesem weiteren Sinne darf man von der Entwicklung aller modernen kapitalistischen Staaten zum Faschismus hin sprechen. ... Kurz gesagt ist der Faschismus eine Bewegung von verschiedenen Elementen, überwiegend des Kleinbürgertums, aber auch des Lumpenproletariats und der demoralisierten Arbeiterklasse, die vom Finanzkapital, den Großindustriellen, Großgrundbesitzern und Bankiers finanziert und geführt werden, um die Revolution der Arbeiterklasse zu besiegen und die Organisation der Arbeiterklasse zu zerschmettern.

Leo Trotzky geht in seiner Faschismusanalyse (1929 - 33) von den radikalisierten mittelständischen Schichten als einer autonomen politischen Kraft aus, die keineswegs, wie die Komintern definierte, den Interessen des Monopolkapitals untergeordnet ist. *Jede wirkliche Analyse der politischen Lage muß von den Beziehungen zwischen den drei Klassen ausgehen: Bourgeoisie, Kleinbürgertum (samt Bauernschaft) und Proletariat.* Es würde nicht ausreichen, eine formale Definition, wie die Komintern-These, zu geben, da der Aufstieg des Faschismus zur Macht abhängig ist von dem Kräfteverhältnis, von der Dynamik der politischen Prozesse, von der Strategie der "proletarischen Avantgarde" und dem Gang der Ereignisse in Westeuropa. Übereinstimmend mit der Komintern ist die Annahme des "Etappen-" bzw. "Perioden-Charakters" des Faschismus. Jakobinertum, reformistische Demokratie (darunter Sozialdemokratie) und Faschismus seien *Programme kleinbürgerlicher Strömungen, ... drei historische Etappen der bürgerlichen Gesellschaft.* Beginnend mit dem *Anfang der kapitalistischen Entwicklung, als die Bourgeoisie zur Lösung ihrer Aufgaben revolutionäre Methoden benötigte; ... (der) Blüte- und Reifeperiode des kapitalistischen Regimes, wo die Bourgeoisie ihrer Herrschaft geordnete, friedliche, konservative, demokratische Form verlieh; ... endlich (dem) Niedergang des Kapitalismus, wo die Bourgeoisie gezwungen ist, zu Bürgerkriegsmethoden gegen das Proletariat zu greifen, um ihr Recht auf Ausbeutung zu wahren.*
Trotzky setzt sich für eine Einheitsfront der Arbeiterparteien gegen den Faschismus ein. Dies sei aber nur möglich, wenn die Arbeiterklasse ihre Spaltung überwindet und sich als fähig erweist *die Gesellschaft auf einen neuen Weg zu führen.* Ansonsten würde sich das Kleinbürgertum enttäuscht dem Faschismus zuwenden und die Bourgeoisie werde *auf den Faschismus als Waffe der Selbstverteidigung, zumindest in den kritischsten Augenblicken,* zurückgreifen; aufgrund ihrer Unfähigkeit, *sich mit den Methoden und Mitteln des von ihr selbst geschaffenen parlamentarischen Staates an der Macht zu halten.*

Struktureller Staatsfaschismus - Debatte in den 70igern

In den 70igern entwickelte sich in Westeuropa eine breite Diskussion über Veränderungen und Charakter des Herrschaftssystems nach den Revolten `68. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob aus den strukturellen Veränderungen des kapitalistischen Systems, die die grundsätzlichen Widersprüche nicht aufgehoben hatten, sondern durch Reformpolitik "Reibungsverluste" verringerten und die weiterhin bestehenden Widersprüche verschleierten, sich die Frage nach dem Faschismus neu gestellt werden muß; ob das kapitalistische System (faschistische) Auswege aus der Krise suchen kann, die mit der Fixierung an die historischen Erscheinungsformen nicht mehr adäquat erfaßbar sind.
Die Studentenbewegung hatte diese Fragen schon aufgeworfen gehabt. **Rudi Dutschke** in seinem Organisationsreferat auf der SDS-Delegiertenkonferenz 1967: *Der Ausweg des Kapitalismus aus der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 beruhte auf der Fixierung an die terroristische Machtstruktur des faschistischen Staates. Nach 1945 wurde diese außerökonomische Zwangsgewalt keineswegs abgebaut, sondern in totalitärem Ausmaß psychisch umgesetzt.* Die Faschismusdebatte in den 70igern muß vor dem Hintergrund "`68" gesehen werden, aus dem heraus sich alle politischen Strömungen bildeten.



Manfred Clemenz: Es *könnte möglicherweise über die "kalte" Faschisierung des Kapitalistischen Systems erneut eine Situation eintreten, in der die gesellschaftlichen Widersprüche nach bewährtem Vorbild still gestellt werden.* Eine Dimension des Faschismus sei *die Anwendung von Gewalt in Form von universellem systematisiertem Terror als gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Der Terror ist nicht nur - durch die Androhung und Verwirklichung physischer Gewalt - extern, er wird durch die Präsenz dieses externen Terrors, durch ein System ineinandergreifender Organisationen, ..., durch den Einsatz von Massenmedien und schließlich durch die ritualisierte Demonstration von Macht ... zugleich internalisiert. ... Je "disziplinierter" sich die Massen verhalten, desto geringer wird in allen Systemen bürgerlicher Herrschaft das Ausmaß des angewandten Terrors insgesamt sein, desto stärker wird sich tendenziell die Anwendung des Terrors vom externen auf den internen Terror verlagern können.* 1969 hatte **Johannes Agnoli** auf einige strukturellen Ähnlichkeiten zwischen einem transformierten liberalen Rechtsstaat und den faschistischen Systemen hingewiesen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Phänomen der *pluralen Fassung einer Einheitspartei*, wie es in der Umwandlung der Interessensparteien in "Volksparteien" zum Ausdruck kommt, in der *die einzelnen der gleichen sittlichen Verpflichtung unterliegen, jedoch einen ungleichen materiellen Anteil an wirtschaftlicher und politischer Macht erhalten.* In diesem Sinne betrachtet Clemenz die Parallelen zwischen

(früher) "Volksfeinden" und (heute) "Verfassungsfeinden" in der herrschenden Debatte. *Für die Ideologie (genauer: die Propaganda) des Faschismus (sind) nicht rassistische, chauvinistische etc. Momente konstitutiv, sondern vielmehr - aufgrund der prätendierten* (beanspruchten; Anm.d.S.) *Überwindung des Klassenkampfes auf Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse - die jeder präzisen juristischen und soziologischen Begrifflichkeit entrückte Kontrastierung von "Volksgemeinschaft" und "Volksfeinden". Alleine mit diesem Komplex ist die faschistische Propaganda stringent an ihren gesellschaftlichen Ursprung, die Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse gebunden.* Aus seiner Analyse der faschistischen Tendenzen in der BRD kommt Clemenz zu dem Resultat, daß *auf die Gefährdung des "sozialen Friedens" und des gesellschaftlichen "Gleichgewichts" durch periphere Konflikte, die bisher nur in einzelnen Fällen auf das Zentrum der Gesellschaft (d.h. auf die Sphäre der Produktion und Realisierung des Mehrwerts) übergriffen,* der Staat mit *Reformrhetorik, der Schaffung einer zusätzlichen Krisenreserve* (z.B. Notstandsgesetze, etc; Anm. d. S.) *und mit z.T. terroristischen Maßnahmen an der Peripherie* reagiere. *Die Mögliche Entwicklung zu einem staatsfaschistischen System wird nicht durch einen spektakulären qualitativen Bruch vollziehen, sondern durch eine Akkumulation und Verschärfung terroristischer Maßnahmen.* Diese Entwicklung würde sich in der kapitalistischen Welt vollziehen und wird als **Struktureller Staatsfaschismus** bezeichnet. Dieser *entsteht nicht als Reaktion auf eine manifeste ökonomisch-politische Krise, sondern aus der Antizipation der Krise und der Entwicklung kombinierter "friedlicher" und terroristischer Techniken zur Krisenbewältigung.* Dieses Krisenmanagement hält *jederzeit die Möglichkeit des Übergangs zum offenen Faschismus* bereit.

In Frankreich analysierte die Linke die Entwicklung seit der Staatskrise im Mai `68. Eine der zentralen Frage ist die Funktion des Staates bei der Initiierung neuer faschistischer Tendenzen. **André Glucksmann** (inzwischen ein Vertreter der "Neuen Rechten"): *Der Faschismus von heute bedeutet nicht mehr die Einnahme des Innenministeriums durch rechtsextremistische Gruppen, sondern die Einnahme Frankreichs durch das Innenministerium. ... Der neue Faschismus entsteht gegen die revoltierenden Massen, er mobilisiert den Staat und vereinigt die verschreckten Hierarchien: er kommt von oben und pflanzt sich von oben nach unten fort.*

Dagegen wendet **Nicos Poulantzas** ein: *Aber ich glaube nicht, daß das Problem heute in Westeuropa heißt: Faschismus oder Revolution. Das Dilemma besteht vielmehr ... in der Alternative zwischen einer neuen Form des "autoritären Staates" oder einer sozialdemokratischen "Lösung". Die politische Krise ist noch nicht so reif und so weit fortgeschritten, daß die Alternative Faschismus oder Revolution lautet.*

Die Stadtguerilla **Revolutionäre Zellen** in der BRD bezogen sich in ihrer Zeitung Revolutionärer Zorn 1975 auf Poulantza und vertraten ebenfalls den Standpunkt, daß sich die verschärften Widersprüche nicht in der Alternative "Faschismus oder Revolution" fassen ließe, obwohl sie sagten, daß der Staat wieder zurückkehrt *zu den Formen der Totalrepression marxistischen Denkens und Handelns, die seit 1933 bis zur Mitte der 60iger Jahre üblich war.* Im Revolutionären Zorn Nr. 2, 1976 schreiben sie: *Prävention - das ist heute das Credo der Bourgeoisie - alles schon im Keime ersticken, mit der Wurzel ausreißen, solange es möglich ist. Die Bourgeoisie hat gelernt, daß es effektiver ist, die Hirne und Herzen der Menschen rechtzeitig zu kolonisieren, als das Gemetzel des alten Faschismus zu wiederholen. Seit der als "Befreiung vom Faschismus" getarnten Wiedererrichtung bürgerlicher Demokratie und kapitalistischer Produktionsweise ging es der herrschenden Klasse darum, ... ein Gesellschaftsmodell durchzusetzen, das den alten Faschismus überflüssig macht, revolutionäre Entwicklungen dennoch unmöglich.*

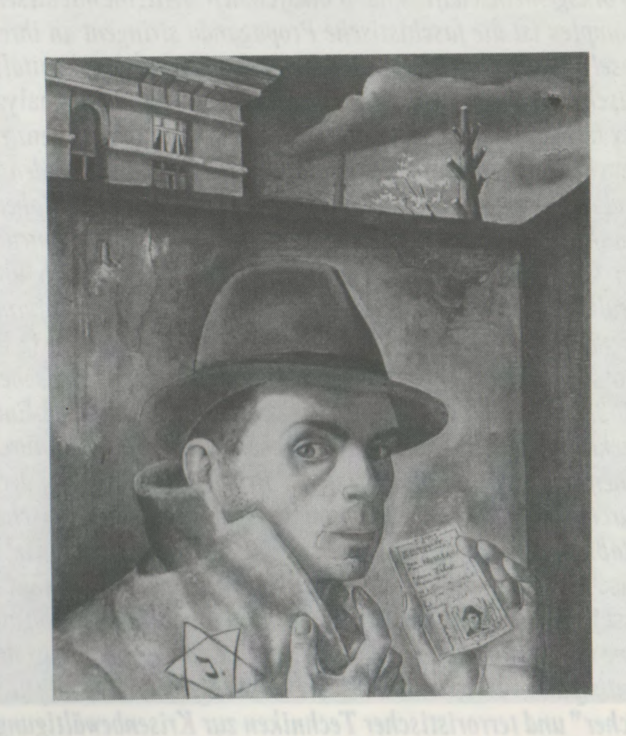
Zu Beginn der 70iger spricht auch die **RAF** (Rote Armee Fraktion, BRD) von "Neuem-" oder "Reform-Faschismus". In ihrem "Konzept Stadtguerilla" heißt es 1971: *Die politischen Möglichkeiten des Imperialismus sind hier weder in ihrer reformistischen noch in ihrer faschistischen Variante erschöpft; seine Fähigkeiten, die von ihm selbst erzeugten Widersprüche zu integrieren oder zu unterdrücken, nicht am Ende.* In verschiedenen Erklärungen sagen sie, daß zwar noch kein Faschismus herrsche, aber eine kalte Faschisierung betrieben wird. Zum Ausdruck kommt die Faschisierung in dem Vernichtungs- und Ausmerzebestreben des Staates, z.B. gegenüber den Gefangenen. In einem Spiegel-Interview während des Hungerstreiks 1975 sagen die RAF-Gefangenen: *Die CDU (Christdemokraten; Anm.d.S.) verlangt die Einstellung der Zwangsernährung, wie sie überhaupt den Ausnahmestaat, den Faschismus offen ansteuert, während die SPD (Sozialdemokraten; Anm.d.S.) ihrem Wählerpotential und ihrer Geschichte nach dasselbe Ziel - Faschisierung, ... als Reform verkaufen und verschleiern muß.* Die Möglichkeit dieser Entwicklung sehen sie in der deutschen Geschichte begründet. Im selben Interview: *Seit 1918/19 hat in den Klassenkämpfen in Deutschland die imperialistische Bourgeoisie, ihr Staat, die Initiative und ist in der Offensive gegen das Volk - bis zur völligen Zerschlagung der Organisationen des Proletariats im Faschismus, bis zur Niederlage des alten Faschismus, nicht durch den bewaffneten Kampf hier, sondern die sowjetische Armee und die Westalliierten, bis heute ... Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch stützen, was wir organisatorisch oder im Bewußtsein des Proletariats voraussetzen könnten, nicht einmal eine demokratische, republikanische Tradition. Innenpolitisch ist das einer der Gründe, weshalb der Faschisierungsprozeß, ... so reibungslos möglich ist.*

In Italien war und ist die Linke mit großen und organisierten faschistischen Organisationen konfrontiert: die MSI, die faschistische "Gewerkschaften" CISNAL und SIDA, faschistische Putschversuche etc., so daß der Anti-faschistische Kampf einen hohen Stellenwert auch in den bewaffneten Organisationen spielte. Der Angriff gegen die Faschisten wurde als Teil des Klassenkampfes begriffen. In einem Flugblatt der **Brigate Rosse** 1973 heißt es: *Tatsächlich agieren neben den Mörder-Faschisten Almirantes* (MSI-Chef) *die genauso gefährlichen Faschisten in den weißen Hemden von Andreotti: jene, die uns in den Fabriken kontrollieren, die uns aussondern, die "draußen" von Freiheit und Demokratie reden, aber in Wahrheit die erbarmungsloseste Anti-Arbeiterrepression organisieren.* Für

die Roten Brigaden besteht in Italien 1974 die Linie der Konterrevolution in der Alternative zwischen einem (faschistischen) Staatsstreich und dem *neo-gaullistischen Projekt konstitutioneller Reformen.* Nun müsse der bewaffnete Kampf nicht mehr nur gegen den Faschismus und die *logica fabbrichista* geführt werden, sondern in eine *Bewegung des strategischen Widerstands auf die lebenswichtigen Zentren des Staates* ausgedehnt werden.
Im Laufe der Zeit trat bei der RAF, den BR u.a. der Anti-Faschistische gegenüber dem Anti-Imperialistischen Kampf in den Hintergrund, bzw spielte Faschismus keine Rolle mehr in Analyse und Propaganda.

Fehlende Analyse des Antisemitismus

Kritik an den Ansätzen in den 70igern kam von verschiedenen Seiten innerhalb der Linken. In einem Artikel für die US-amerikanische Zeitung New German Critic kritisiert **Moishe Postone** die weitverbreitete Analyse des Antisemitismus und der daraus folgenden Auseinandersetzung mit dem Faschismus, auch in der Linken.
Liberale und Konservative haben, indem sie die Diskontinuität zwischen der Nazi-Vergangenheit und der Gegenwart betonten, ihre Aufmerksamkeit auf die Verfolgung und Ausrottung der Juden konzentriert... Die Betonung des Antisemitismus diente dazu, den angeblich totalen Bruch zwischen Dritten Reich und der BRD zu unterstreichen und eine Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und strukturellen Wirklichkeit des Nationalsozialismus zu vermeiden, einer Wirklichkeit, die 1945 nicht plötzlich verschwunden war ... Mit anderen Worten, was den Juden geschah, ist instrumentalisiert worden und in eine Ideologie zur Legitimation des gegenwärtigen Systems verwandelt worden ... Auf der anderen Seite neigte die Linke dazu, sich auf die Funktion des Nationalsozialismus für den Kapitalismus zu konzentrieren und hob daher die Zerstörung der Organisationen der Arbeiterklasse hervor, die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der Nazis, den Expansionismus und die bürokratischen Herrschaftstechniken von Partei und Staat. Sie hob auch die Kontinuitätsmomente zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik hervor. Die Ausrottung der Juden hat sie natürlich nicht unterschlagen. Jedoch ist sie schnell unter die allgemeinen Kategorien von Vorurteil, Diskriminierung und Verfolgung subsumiert worden ... Antisemitismus wurde als eher peripheres denn als zentrales Moment des Nationalsozialismus verstanden. Die Linke hat die innere Beziehung zwischen beiden genauso verdeckt. Beide Positionen teilen ein Verständnis von modernem Antisemitismus als antijüdischem Vorurteil, als besonderem Beispiel für den Rassismus im allgemeinen. Postone fordert eine Analyse des modernen Antisemitismus auf der Grundlage der materialistischen Erkenntnistheorie. Sein Ausgangspunkt ist Marx' Begriff vom Fetisch, den er in Bezug auf die Ware entwickelt hat. Dem Begriff des Fetisch liegt Marx' Analyse der Ware, des Geldes und des Kapitals als gesellschaftliche Form NICHT bloß ökonomischer Begriffen zugrunde. Hierin sieht Postone einen Rahmen, in dem ein *historisch-erkenntnistheoretisches Beziehungsgefüge* entsteht, *innerhalb dessen weitere psychologische Spezifizierung stattfinden kann.* Denn, *ist die Qualitative Besonderheit der Ausrottung des europäischen Judentums einmal erkannt, wird klar, daß Erklärungsversuche, die sich auf Kapitalismus, Rassismus, Bürokratie, sexuelle Unterdrückung oder die autoritäre Persönlichkeit stützen, viel zu allgemein bleiben.*



Militärregime in der "Dritten Welt"

Von der Solidaritätsbewegung bis zur Guerilla gab es Diskussionen, ob die Putsche und Militärregime in der "Dritten Welt" als Faschismus begriffen werden müssen. Viele Befreiungsbewegungen beantworteten diese Frage eindeutig und formulierten ihren Kampf als einen Kampf gegen den Faschismus. Es gibt auch Kritik hieran, da durch einen inflationären Gebrauch des Begriffs Faschismus, dieser seinen besonderen Gehalt verliert.
Reinhard Kühnl versucht die Parallelen und Differenzen herauszuarbeiten. *Es scheint sinnvoll, einerseits die Wesensverwandt-schaft beider Typen auszudrücken, anderseits aber auch ihre Differenz. Ich schlage deshalb vor, den zweiten Typ, der sich hauptsächlich auf den staatlichen Gewaltapparat, insbesondere das Militär, stützt, über keine nennenswerte Massenbasis verfügt und zudem von auswärtigen, stärkeren Mächten abhängig ist, als* **abhängigen Militärfaschismus** *zu bezeichnen.* Als Parallelen benennt er vor allem *eine politische Herrschaftsform, in der die Interessen des Großkapitals optimale Durchsetzungschancen haben ... Die Durchsetzung der Interessen des Großkapitals als des sozialen Hauptinhalts faschistischer Politik zeigt sich aber nicht nur in der Innenpolitik. Gelangt der Faschismus in ökonomisch starken Ländern an die Macht, in denen die Großwirtschaft eine eigenständige und*

relevante Position im internationalen Konkurrenzkampf einnimmt, äußert sich dieser sozialer Inhalt auch in einer starken Tendenz zu Rüstung und Krieg, also zur Veränderung des territorialen Status quo mit den Mitteln militärischer Gewalt ... Dieses Merkmal ... gilt nicht für schwächere und abhängige Länder. Kühnl nennt im folgenden Spanien, Portugal, Chile, Griechenland und die Türkei, bemerkt aber, daß diese *allesamt in ihrer Ideologie gewisse imperialistische Elemente aufweisen.* Als eine weitere wichtige Differenz benennt er die Kombination des Terrors und der Einschüchterung mit der Mobilisierung der Massen. Der deutsche, italienische und japanische Faschismus *zielten nicht primär auf Passivität und Apathie der Massen, sondern auf deren Aktivierung.* In den Ländern des "abhängigen Militärfaschismus" würde der Terror v.a. dazu dienen, die Massen in Passivität zu halten.
Dieser Ansatz versucht eine notwendige Differenzierung zu geben, die allerdings oft unzureichend ist. Im Fall Chiles während der Pinochet-Diktatur kann vielleicht in diesem Sinne von "abhängigen Militärfaschismus" gesprochen werden. Für z.B. El Salvador greift dieser Rahmen nicht gänzlich: Das von den USA abhängige ARENA-Regime hat eine ganz offen faschistische Ideologie und erreicht trotz Terror und Einschüchterung eine gewisse Massenbasis. Es ist eine faschistische Partei an der Macht. Kann aber von einer "offenen terroristischen Diktatur" geredet werden? Bei den Wahlen 1994 wird die ARENA mit der (ehemaligen?) Befreiungsbewegung FMLN um Regierung und Präsidentschaft konkurrieren, die FMLN ist inzwischen eine legale politische Partei ...
Auch sind in der Türkei die imperialistischen Bestrebungen spätestens im Golfkrieg und in Bosnien-Herzegowina deutlich hervorgetreten, obwohl die Türkei als ein abhängiges Land betrachtet werden kann.

Karam Khella: Ist Israel ein faschistischer Staat?

Aus einer Kritik der dimitroffschen Faschismustheorie, die Karam Khella als eurozentristisch bezeichnet, versucht er einen aus der Imperialismusanalyse abgeleiteten Faschismusansatz abzuleiten. *Es ist nie vom Faschismus im Umgang der europäischen Kolonialmächte - einschließlich faschistischer Regime - mit außereuropäischen Völkern gesprochen worden. Faschismus beginnt für Dimitroff dann, wenn die herrschende Gewalt an europäischen Weißen verbricht.* Khella geht in seinem Ansatz davon aus, das die imperialistischen Kräfte die Krise versuchen in den Trikont zu exportieren. *Mit der Verdrängung der Krise in die Dreikontinente hat das Monopolkapital auch die faschistische Herrschaftsform, die sonst im eigenen nationalstaatlichen Machtbereich auf den Plan gerufen worden wäre, exportiert. Faschismus in den Dreikontinenten ist längst zur Tagespolitik geworden.* Er versucht dies an dem Beispiel eines "demokratisch" legitimierten Faschismus, in Israel, zu erläutern. Er untersucht dabei die Genese, Funktion, Phänomenologie und Ideologie des israelischen Regimes, in Beziehung zum palästinensischen Volk, und kommt zu dem Schluß Israel als ein faschistisches Staatssystem zu definieren. Die Definition als ein terroristisches Siedler- oder Kolonialregime akzeptiert er nicht, da er die Mängel der verbreitesten Faschismustheorien aufzeigen und korrigieren will. In den meisten Ländern der Dreikontinente herrsche ein durch Putsch an die Macht gekommener oder ein "demokratisch" legitimierter, institutionalisierter Faschismus durch den die Krise der Metropole in den Trikont exportiert wird. *Ich denke, daß wir sehr lange - "wir" meine ich jetzt Theoretiker aus den Dreikontinenten mit Theoretiker aus Europa - sehr lange zu diskutieren haben ... bis wir eine Faschismusdefinition und Faschismustheorie aufstellen, die wirklich allem gerecht ist. Ich akzeptiere es nicht, daß ich sage, ich werde kolonial unterdrückt, aber ich werde nicht faschistisch regiert. Weder ich, noch Palästinenser, noch Afrikaner, noch Asiaten finden sich damit ab. ... wir wollen auch gerne, daß dieser Status des Faschismus von unseren europäischen Kollegen anerkannt wird. Das hat natürlich nicht nur theoretische Konsequenzen, sondern auch praktische.*

Das Vierte Reich? Deutschland nach der "Wiedervereinigung"

Der Einverleibung der DDR durch die BRD, konnte die westdeutsche Linke weder theoretisch noch praktisch etwas entscheidenes entgegensetzen. In den Jahren 90/91 gab es in den Resten des KB (Kommunistischer Bund), linken Intellektuellen, der Gruppe "Radikale Linke" etc. eine Debatte über Groß-Deutschland. Es wurde die Frage gestellt, ob das deutsche Kapital nach den Versuchen im Kaiserreich/1. Weltkrieg und dann im Faschismus/2.Weltkrieg nun sein Ziel - imperialistische Großmacht - erreicht und das "Vierte Reich" errichtet hat. Als Konsequenz aus dem postulierten "Vierten Reich" müsse sich eine "Nie-wieder-Deutschland"-Kampagne entwickeln. Der Antifaschistische Kampf müsse eine klare Anti-Nationale Ausrichtung einnehmen. Ein Vertreter dieser Position kritisiert im "ak" (Zeitung des KB, Nr.324) einen "stumpfen Antifaschismus" und einen "platten Antikapitalismus" verschiedener linker Kräfte: *Da diese Position den deutschen Kapitalismus als einen normalen Kapitalismus bekämpft, unterstützt sie die "Schlußstrichmentalität" der Herrschenden, eines ihrer Hauptanliegen im nationalen Formierungsprozeß. Vergessen wird, ... daß ... in der deutschen Gesellschaft faschistische Potentiale wie nirgends anderswo sind, und daß mit der deutschen Einigung die Rahmenbedingungen für diese Kräfte besser geworden sind ...* Die radikale Linke müsse sich eine Anti-Deutschland-Orientierung zum Ausgangspunkt machen, sich Gehör und Anhang verschaffen, allerdings in einem radikalen Bruch mit dem Massenbewußtsein, und *auch über eine sinnvolle Umsetzung einer anti-deutschen Propaganda durch illegale Praxis gilt es nachzudenken ...*
Innerhalb dieser Debatte wurde ein *Rückzug in den linken Elfenbeinturm kritisiert, wo sich ungestört an der eigenen Radikalität ... und der reinen Lehre* erfreut würde ... *Linke, revolutionäre Politik gestaltet sich aus unserer - noch dazu*

deutschen - Metropolen-Ausgangssituation heraus besonders schwierig ... Deutsche sind im Rahmen der Weltwirtschaft Profiteure, die zumindest materiell einiges zu verlieren haben, Dieser Umstand erschwert uns zwar die Arbeit ungemein, ändert aber nichts daran, daß es zum Kampf um die Köpfe - auch und gerade in der Metropole - keine Alternative gibt ... Auch wir glauben nicht, daß sich in der nächsten Zeit für die radikale Linke massenpolitische Ansätze bieten werden, außer um den Preis der inhaltlichen Selbstverleugnung. Es ist aber falsch, sich die traurige Konsequenz einer reaktionären politischen Konjunktur auch noch offensiv auf die Fahnen zu schreiben, indem mensch prinzipiell die Bezugnahme auf die hier lebenden "Massen" für obsolet erklärt.

Ich war stolz, ein Deutscher zu sein

Von der ganzen "Nie-wieder-Deutschland" Debatte ist außer der Parole auf den Demos kaum etwas geblieben.

Die Gruppe "Kein Friede" schreibt 1993 in ihrer Broschüre "Die Mühen der Ebene": *Die, die jetzt in Wiedervereinigung, Straßenfaschismus, Asylgesetzgebung und Grundgesetzveränderung für weltweite Bundeswehreinsätze das "4. Reich" endgültig kommen sehen, nehmen wir ernst in ihrer moralischen Empörung und Erinnerung an 1933. Politisch aber - vom Wesen des imperialistischen BRD-Staates - haben sie nichts begriffen. Darüber war schon Stammheim, GSG-9, und die Trakte nicht zu begreifen, weil das permanente Warnen vor der braunen Machtübernahme durch Strauß&Co, das Wedeln mit Grundgesetz und Einklagen "demokratischer Kultur" auch nur den imperialistischen Normalzustand legitimieren ... Die zur Zeit anwachsende massenhafte faschistische Bewegung gefährdet diesen Staat nicht. Er muß nicht, wie 1933, durch eine faschistische Machtübernahme für imperialistische Politik fitgemacht werden. Der Straßenfaschismus beschleunigt die reaktionäre Staatspolitik im Inneren, die Perspektive der Machteroberung hat er aber nicht ... Aber eins ist gleichgeblieben seit '33: die Perfektion und Perfidie der bürokratischen Abwicklung.*

Bibliographie

* Clemenz, Manfred: "Staatsfaschistische Tendenzen im Spätkapitalismus", in Kursbuch 31, 1973
* Fromm, Erich: "Die Furcht vor der Freiheit", 1947
* Horkenheimer, Max: "Die Juden und Europa", 1939; "Studien über Autorität und Familie", 1936
* Kühnl, Reinhard: "Der Faschismus", 1983; u.a.
* Mussolini, Benito: "Fascismo", in Enciclopedia Italiana, 1932
* Palme Dutt, Rajani: "Fascism and Social Revolution" 1934
* (div.) Protokolle der EK-Plena und Weltkongresse der Komintern
* Postone, Moishe, "Antisemitismus und Nationalsozialismus", in: New German Critic (in: Die Mythen knacken); 1979
* Reich, Wilhelm: "Massenpsychologie des Faschismus", 1933
* Revolutionäre Zellen: (div.) in: Die Früchte des Zorns, 1993
*Sohn-Rethel, Alfred: "Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus", 1973
* Tasca, Angelo: "Nascità e Avvento del Fascismo", in: Allgemeine Bedingungen der Entstehung und des Aufstiegs des Faschismus, 1936
*Thalheimer, August: "Über den Faschismus", in: Gegen den Strom - KPO, 1930
*Theweleit, Klaus: "Männerphantasien", 1977
* Trotzky, Leo: "Schriften über Deutschland"

Anm.: Deutsche Übersetzungen verschiedener Quellen finden sich in: Ernst Nolte (Hg.), "Theorien über den Faschismus"

Rechtsextremismus und Dominanzkultur

Zusammenfassung eines Artikels von Birgit Rommelspacher (BRD)

Eine Kritik an sozialwissenschaftlichen Erklärungsmustern des Rechtsextremismus.

Die sozialwissenschaftliche Diskussion um Nationalismus und Rassismus in unserer Gesellschaft hat ihre Zielgruppe gefunden: Es sind die rechtsextremen, männlichen Jugendlichen, um die die wesentlichen Analysen kreisen. Das ist bis zu einem gewissen Grade ein Ablenkungsmanöver. In der Konzentration auf diese Gruppen wird verschleiert, daß wir alle in einer rassistischen Gesellschaft leben. D.h. daß sich der Reichtum unserer Gesellschaft auf die Ausbeutung von Menschen aus anderen Ländern stützt. Zur Legitimation dieser Ausbeutung werden diese Menschen abgewertet und ausgegrenzt.

Es gibt das Schlagwort der Risikogesellschaft. Damit ist gemeint, daß die klassische Industriegesellschaft ihrem Ende zugeht. Die Produktion von Reichtum wird durch die Produktion von Risiken bestimmt (Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Umweltkatastrophen). Die Risiken der Modernisierung prägen unsere gesamten Lebensumstände, da die Existenz von Pflanzen, Tieren und Menschen gefährdet ist.

Risikogesellschaft bedeutet auch, daß traditionellen Lebensformen, vor allem die Kleinfamilie, durch zunehmende Individualisierung zerstört werden. Die Zerstörung sozialer Netze und traditioneller Bindungen führt zu einer Verletzlichkeit und Orientierungslosigkeit, die die Sehnsucht nach Halt und vorgegebener Ordnung angeblich wachsen läßt.

Gegenüber den unsicheren Zukunftsaussichten, unsichtbaren Gefahren und unüberschaubaren Risiken, ist gemäß den sozialwissenschaftlichen Theorien, das eindeutige und einfache Weltbild der Rechten, besonders für Jugendliche verlockend.

Solche Analysen sehen in rechtsextremen Ideologien eine Art Therapie für die Lösung von schweren Konflikten und Ängsten. Damit vergessen sie aber, die Frage nach den materiellen Interessen und Machtdifferenzen zu stellen.

Es wird nicht gefragt, auf wessen Kosten die Probleme auf diese Art „gelöst" werden. Es werden nur die Probleme des Rechtsextremen betrachtet und er wird so vom Täter zum Opfer gemacht.

Solche Analysen erinnern fatal an patriarchale Argumentationen, in denen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nicht wahrgenommen und die Priviligierung der Männer geleugnet wird. Die Ursachen männlicher Dominanz und Gewalt werden in den bedauernswerten sozialen Verhältnissen oder in persönlichen, tragischen Biographien gesucht. Auch hier werden die Täter zu Opfern gemacht.

Das Bedürfnis der Täterentlastung geht zum Teil soweit, daß Rechtsextreme Gewalttäter nicht nur Opfer bedauerlicher Verhältnisse sind, sondern ihr gewalttätiges Handeln gegenüber Schwächeren als Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit hochstilisiert wird. Z.B. nennt Hajo Funke die Gewalt von Rechten den „Aufstand der Modernisierungsopfer". In seinem ganzen Buch erwähnt er nur einmal, daß ein Motiv deutscher Facharbeiter, die Republikaner (rechte Partei, vergleichbar mit FN/Frankreich, d.sez.) zu wählen, wohl darin liege, ihre Privilegien abzusichern. In einem Zeitungsartikel gibt Hajo Funke zu, daß ein Großteil der Republikaner-WählerInnen aus dem kleinbürgerlichen Milieu sogar unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit sozial bedroht ist.

Deutschland ist eine der reichsten Nationen der Welt. Wir wissen, daß trotz allem Reichtum, die Widersprüche innerhalb unserer Gesellschaft wachsen und vor allem die Armut bestimmter Bevölkerungsgruppen größer wird. Aber diejenigen, die am meisten von Armut und anderen Risiken betroffen sind, wählen wie wir sehen werden nicht häufiger die Republikaner als die Besserverdienenden. Dies gilt besonders für Frauen.

Ökonomische Risiken

Solte die Neigung zu rechtsextremen Ideologien mit der Verarmung zusammenhängen, also mit Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, dann ist die Gegenfrage zu stellen: Schützt das Vorhandensein dieser Güter vor Rechtsextremismus?

Eine Studie von 1989 zeigt, daß sich Republikaner-WählerInnen gleichmäßig über alle Einkommensschichten verteilen. Wohnungs- und HausbesitzerInnen sind sogar etwas überrepräsentiert. Republikaner-SympatisantInnen sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufriedener als WählerInnen der SPD (Sozialdemokraten, d.sez.) und Grünen. Das ökonomische Argument ist also wenig stichhaltig.

Eine neuere Untersuchung über junge ArbeitnehmerInnen bestätigt dies: Forscher haben 314 jugendliche ArbeitnehmerInnen befragt und sie in sozialökonomisch Benachteiligte und Nicht-Benachteiligte aufgeteilt. Die Benachteiligten waren signifikant weniger AusländerInnenfeindlich als die Nicht-Benachteiligten. Die Forscher sprechen hier zu Recht von einem Wohlstandschauvinismus der Nicht-Benachteiligten.

Das Risiko des Verlustes sozialer Bindungen

Ein fortschreitender Individualisierungsprozeß unserer Gesellschaft ist nicht zu leugnen. Das zeigt sich schon an der Zunahme von Einpersonenhaushalten. In West-Berlin machen diese über 50% aus. Es stimmt auch, daß dies viele psychische und soziale Probleme mit sich bringt.

Bei dieser Analyse wird aber der individualle Umgang mit dem Individualisierungsprozeß nicht berücksichtigt. Wieviele Frauen werten die Zunahme der Scheidungsziffer nicht nur als Indiz für Zerfallsprozesse sondern mindestens ebenso als Indiz für eine gewachsene Selbstbestimmung der Frauen.

Wieviele Jugendliche, aber auch alte Menschen suchen sich eine eigene Wohnung, weil sie die soziale Kontrolle und auch Gewalt in ihren Familien nicht mehr aushalten.

In den sozialwissenschaftlichen Analysen wird die Individualisierung ausschließlich als Risiko gewertet, nicht aber auch als Befreiung. Frauen können diese einseitige Wertung sicher nicht so leicht nachvollziehen. Auch sie leiden unter Vereinsamung und Isolation. Sie wissen oft aber auch, welchen Preis sie für eine „heile" Familie zu zahlen hatten.

Die Individualisierungsthese im Zusammenhang mit Rechtsextremismus erweist sich als falsch. Selbst ihre VertreterInnen stellen immer wieder irritiert fest, daß rechtsextreme Jugendliche sich überwiegend, in für sie befriedigenden sozialen Beziehungen befinden und sich sozial integriert fühlen. Dies wird durch Studien bestätigt (z.B. Infas, 1989).

Wenn in der Individualisierung der Verlust an Gemeinschaftlichkeit zu sehen ist, dann ist besonders für Deutsche die Frage zu stellen, ob „Gemeinschaftsdenken" und traditionelle Wertesysteme uns je vor rechtsextremen Denken geschützt haben?

Das Risiko der ökologischen Katastrophe

Die moderne Industriegesellschaft hat uns ökologische Risiken in einer Größenordnung beschert, wie sie vorher noch nicht bekannt waren. Es geht um die unsichtbaren, globalen, selbstproduzierten ökologischen Katastrophen.

Es geht hier nicht darum, die Destruktivität der derzeitigen Industrie-gesellschaft zu leugnen. Es geht darum, wie diese ökologischen Katastrophen benutzt werden um Dinge zu erklären und um Privilegierungen und Ausbeutungsverhältnisse zu leugnen.

Dieses Risiko macht nicht von Nationalitätsgrenzen und Klassenschranken halt. Damit dient es als Legitimierung, sich nicht mit Überlegungen aufzuhalten, warum eines der reichsten Länder der Welt eine der niedrigsten Aufnahmequoten für Flüchtlinge hat.

Wir sehen also, daß die These der Risikogesellschaft die Entstehung und Ausbreitung rechtsexxtremer Ideologien nicht erklären kann. Warum diese These trotzdem so populär ist wird deutlich, wenn wir uns ansehen, wie vielseitig Rechtsextremisus und Rassismus mit unserer Gesellschaft verwoben ist.

Die Verdrängung des Geschlechterverhältnisses

Alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus haben als Kernstück die Polarisierung der Geschlechtercharaktere. Ein Mann muß ein richtiger Mann sein und eine Frau eine richtige Frau.

Diese Tatsache kommt in den sozialwissenschaftlichen Theorien so gut wie gar nicht vor, obwohl auch sie feststellen, daß sich z.B. das Wahlverhalten erheblich nach Geschlecht unterscheidet. Die Republikaner werden fast doppelt so häufig von Männern wie von Frauen gewählt (10.8% : 5.9%). Auch Le Pens Front National wird ganz überwiegend von Männern gewählt.

Eine Untersuchung, die die Situation und das Verhalten von Jungen und Mädchen verglich, stellte fest, daß Mädchen oft orientierungsloser sind als Jungen und ein geringers Selbstwertgefühl haben. Auch haben sie subjektiv wie objektiv schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Eigentlich müßten diese Mädchen, der sozialwissenschaftlichen Logik folgend, besonders anfällig für rechtsextreme Orientierungen sein.

Das Gegenteil ist der Fall. Der Äußerung „Ausländer Raus" stimmen Mädchen sehr viel weniger zu als Jungen. Sie, deren Lehrstellen viel unsicherer sind als die der Jungen, meinen wesentlich seltener, daß deutsche Lehrstellen nur an Deutsche vergeben werden sollten.

Die Verdrängung der Geschlechterspezifik in der Analyse rechtsextremer Orientierungen und in der Analyse des Wahlverhaltens kann nur Ausdruck einer männlichen Wissenschaft sein, die sich in ihrer Dominanz eine solche Ignoranz leisten kann.

Rechtsextremismus als Erscheinungsform einer Dominanzkultur

Die sozialwissenschaftlichen Theorien weisen darauf hin, daß die Ideologien, die von den rechtsextremen Jugendlichen übernommen werden, im Zentrum der Gesellschaft produziert werden.

Aber was verbindet die Orientierung der Jugendlichen mit denen der Mächtigen, trotz ganz unterschiedlicher Lebenslagen?

Die Analyse sehen in rechtsextremen Orientierungen den Wunsch nach der Vereinfachung von Vieldeutigkeiten und Unübersichtlichkeiten. Dem ist insoweit zuzustimmen, als die auszuhaltenden Widersprüche immer zu einer Spannung führen und es zu einer Flucht vor den Widersprüchen kommt.

Es ist aber falsch, von der allgegenwärtigen Existenz von Widersprüchen, auf ein spezifisches Lösungsmuster zu schließen; hier, auf die Lösung der Widersprüche durch dominantes Verhalten, durch einseitige Verfügung über andere und deren Existenzrechte. Es sind andere Lösungsmuster denkbar: Die eigene Unterwerfung ebenso wie Auseinandersetzung und Kooperation in Gegenseitigkeit.

In einer Gesellschaft wie der unseren, werden die Menschen im Konfliktfall ständig zu expansiven Bemächtigungstendenzen ermuntert. Z.B. durch ein expansives Wirtschaftssystem und das Herrschafts-

verhältnis zwischen Männern und Frauen. So liegt es nahe, der Verunsicherung durch Fremde, durch Hierarchisierung aus dem Weg zu gehen. So werden die eigenen Privilegien abgesichert und die eigene Position als die einzig rechtmäßige, vernünftige und normale behauptet.

Der Umgang mit Fremden mittels Hierarchisierung

In unserer Gesellschaft wird alles Fremde im allgemeinen als Provokation, Herausforderung der eigenen Identität und als faszinierend und Angstmachend zugleich empfunden. Um die Spannund zwischen Selbst und Fremd zu lösen gibt es die Möglichkeit das Fremde zu unterwerfen, es anzupassen oder sich dem Fremden zu unterwerfen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, das Andere in Gegenseitigkeit als anders anzuerkennen, und damit auch die Grenzen des eigenen Selbst.

Die Unterwerfung von Andersartigem als Konfliktlösemuster hat in unserer Gesellschaft eine elementare Quelle im Umgang mit dem Geschlechtsunterschied. Der Unterschied der Geschlechter, ist die erste Begegnung mit einer prinzipiellen Andersartigkeit von Menschen. Durch Sozialisation lernen Jungen, durch aggressive Selbstbehauptung und Abwertung des Weiblichen, ihre Männlichkeit zu beweisen. Mädchen lernen ihre Weiblichkeit durch Friedfertigkeit, Fürsorglichkeit und Selbstentwertung zu entwickeln. Beide lernen so mit einem Unterschied, mittels Hierarchisierung umzugehen, also durch Dominanz bzw. Unterwerfung.

Das bedeutet aber nicht, daß Frauen immer unterwerfend und Männer immer dominant reagieren, sonder:

a) Daß beide lernen durch Hierarchisierung Konflikte zu lösen. Wer sich unterwirft ist auch dominant. Wer herrscht, ist auch den Herrschenden gegenüber unterwürfig.

b) In Bezug auf die Geschlechtsidentität ist dominantes bzw. unterwerfendes Verhalten bestimmend. D.h. Frauen gelten dann als besonders weiblich, wenn sie Unterwerfungstendenzen zeigen. Das heißt nicht, daß sie nicht vor allem Schwächern gegenüber wie z.B. Kindern, ethnischen Minderheiten oder Hausangestellten, dominantes Verhalten zeigen.

Rechtsextremismus als Verteidigung von Privilegien

Wird Rechtsextremismus als eine Form von Risikobewältigung betrachtet, so bewegt sich auch dieses Verhalten im Rahmen gesellschaftlicher Hierarchien. Es wird versucht, die Risiken auf Kosten anderer Gruppen zu minimieren. Arbeitsplatz und Wohnung sollen auf Kosten von Fremden abgesichert werden.

Aber es gibt kein risikoloses Leben. Hinter jeder Absicherung verbirgt sich ein neues Risiko. Jedes gestillte Bedürfnis weckt neue Bedürfnisse. Bedürftigkeit wird so zu einem sehr relativen Begriff. Jeder Gewinn zeigt nicht nur was jemand bekommen hat, sondern auch, was er/sie noch nicht hat.

Es sind keine realen Probleme im Sinne von Verarmung oder sozialer Verelendung, die rechtsextreme Orientierungen hervorbringen. Es handelt sich eher um subjektiv wahrgenommene Probleme. Diese bemessen sich nicht daran, woran es einem objektiv zum Leben mangelt, sondern daran, was man im Vergleich zu anderen nicht hat. Orientierungsgröße wird das subjektive Empfinden von dem was einem „zusteht“ . Dieser Wert ist nach oben hin unendlich verschiebbar. Besitz weckt immer neue Begierden, Macht produziert immer neue Machtansprüche, zumindest in einer Gesellschaft, die auf Expansion ausgerichtet ist. Das Streben nach immer mehr, nach immer mehr Reichtum, immer mehr Macht und immer mehr Absicherung kann als Ausdruck einer Dominanzkultur gewertet werden.



Aber in einer Dominanzkultur geht es nicht nur um die Absicherung materieller Privilegien, sondern auch um den Erhalt eines Selbstbildes, das diese Dominanz rechtfertigt.

Dominanz als Abwehr

Das Fremde konfrontiert uns auch immer mit nicht gelebten Lebensmöglichkeiten und verdrängten Seiten unserer Selbst. Es zeigt uns immer auch die Alternative: So könnte man/frau auch leben.

Die Fremden zerstören Mythen und Illusionen, die wir um uns gesponnen haben. Die Flüchtlinge in unserem Land zerstören den Mythos, daß wir eine christliche Gesellschaft wären, die allen Notleidenden hilft. Ebenso zerstören sie den Mythos, daß wir unseren Reichtum allein mit unserer eigenen harten Arbeit errungen hätten. Sie zeigen, daß es sehr viel bittere Armut auf der Welt gibt und erinnern uns daran, daß wir einen Großteil unseres Reichtums ihrer Armut verdanken. Jüdische Menschen stören die Illusion, daß alles nicht so schlimm war und wir Deutschen einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen könnten (Antisemitismus nicht trotz sondern wegen Auschwitz).

Auf diesem Hintergrund wird die Funktion der sozialwissenschaftlichen Theorien deutlich. Wird der Rechtsextremismus auf bestimmte Problemgruppen projeziert, z.B. auf männliche, arbeitslose Jugendliche, dann kann man hoffen, das „Problem“ mit Sozialarbeit, Wohnungsbau und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den Griff zu bekommen. Kein Sozialwissenschaftler und kein Politiker muß sich in Frage stellen lassen. Die Abschaffung des Asylgesetzes kann beschlossen werden. Die Täter werden entlastet. Sie werden selber zum Opfer ihrer Probleme erklärt. Nach den Opfern der Opfer muß nicht mehr gefragt werden.

Partido Communista del Peru - Sendero Luminoso

Einleitung

Mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PCP- Sendero Luminos wird seit 1980 die Internationale Solidarität herausgefordert. Kaum eine andere politische Organisation ruft so starke Polarisierungen hervor: Für die einen ist die PCP-SL das „Leuchtfeuer der Weltrevolution“ für die anderen schlicht eine „terroristische Verbrecherbande“.

Auch wir sind immer wieder damit konfrontiert, daß wir keine Position zu Sendero Luminoso haben und uns bei aktuellen Ereignissen oder konkreten Auseinandersetzungen nicht verhalten können.

Mit den folgenden Artikeln versuchen wir einen Anfang zu machen, die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Situation in Peru darzustellen, zu verstehen und eine Diskussion zu ermöglichen. Als Redaktion haben wir an vielen Punkten zur Zeit keine gemeinsame Position und Einschätzung über den Charakter von SL.

SL hatte anfangs seine Hauptbasis unter der indigenen Bevölkerung in der abgelegenen andinen Region Ayacucho. Dort wurde auch der bewaffnete Kampf aufgenommen.

Die Ideologie SL´s ist eine Verbindung zwischen Maoismus und andinem Denken: die Nutzung kommunitärer Tradition der Inka-Gesellschaft für den Aufbau des Sozialismus. Dies ist mit ein Grund für die starke Verankerung in der indigenen Bevölkerung. Die Politik der traditionellen peruanischen Linken - auch der Feministinnen - tritt den noch stark verwurzelten indigenen Lebenszusammenhängen oft feindlich gegenüber, da sie diese als zurückgeblieben betrachten. Dies liegt nicht zuletzt an der Orientierung an europäischen Entwicklungsmodellen.

Gerade die Verteidigung der indigenen Lebenszusammenhänge gegen imperialistische sowie angeblich fortschrittliche Entwicklungsprojekte verschaffte SL eine breite Unterstützung bei der indigenen Bevölkerung.

Dabei geht es SL nicht um den Aufbau einer Volksmacht (Poder Popular), sondern um einen Kampf zur Errichtung der Diktatur des Proletariat unter Führung Senderos. Dabei bekämpft SL auch Strukturen von Selbstorganisierung, Basisorganisationen, andere Linke, Feministinnnen, Lesben und Schwule. Nicht wenige sind von SL umgebracht worden und SL setzt diese liquidatorische Politik unvermindert fort.

In der Redaktion diskutierten wir über den Widerspruch, den wir empfinden, auf der einen Seite nicht solidarisch sein zu können/wollen mit solch einer repressiven und liquidatorischen Politik, aber auf der anderen Seite zu sehen, daß SL für einen großen Teil der Bevölkerung in Peru eine Perspektive bietet, zur Verteidigung ihrer Identität und gegen die Vernichtung durch die Armee, Elend und Hunger. Als Weiße und als MetropolenbürgerInnen können wir ihnen nicht vorschreiben, mit welchen Mitteln sie kämpfen müssen.

SL ist Teil der RIM (Revolutionary International Movement) und in diesem Zusammenhang stellt sich für uns auch die Frage des Umgangs mit der RIM. In der Redaktion gibt es dazu unterschiedliche Erfahrungen, Einschätzungen und Standpunkte, die sich in der Bandbreite von taktischer Zusammenarbeit bis Boykott wiederfinden.

Ungeachtet der Politik SL, RIM und anderer sind wir solidarisch mit dem Kampf der Unterdrückten gegen Ausbeutung und Imperialismus - ob mit oder gegen SL.

Ein anderer Widerspruch für uns ist es, daß unsere Vorstellungen von Befreiung und einem emanzipatorischen Prozeß sich im Kampf von SL nicht wiederfinden. Wir müssen zugleich aber erkennen, daß wir unsere Vorstellungen und Maßstäbe nicht starr dorthin übertragen können und zur Bedingung für unsere Solidarität machen. Das heißt allerdings nicht, die eigenen Positionen aufzugeben.

Einigen von uns ist die Entwicklung antiimperialistischer Solidarität sowohl mit den Indeginas, die sich gegen den Imperialismus wehren, als auch solidarisch BäuerInnen, Feministinnen, Schwule, Lesben und Linke in ihren berechtigten Kämpfen gegen SL zu unterstützen das Wichtige; Solidarität mit den Unterdrückten unabhängig von einer Auseinandersetzung mit SL.

Für Andere steht die antiimperialistische Solidarität in einem Zusammenhang mit einer Diskussion über Aufbau des und Strategie im internationalen revolutionären Kampf. Dies erfordert für sie eine Auseinandersetzung mit SL. Ihr Widerspruch zu SL besteht an diesem Punkt vor allem darin, daß SL ihren Kampf als den einzig wahren durchsetzen will. Hinzu kommt, daß SL im Gegensatz zu uns ein klares Konzept von Revolution und Machtergreifung haben, welches unseren Vorstellungen von dem was wir erst in Ansätzen entwickelt haben, an vielen Punkten widerspricht. Daher ist das primäre Interesse in der Auseinandersetzung eigene Standpunkte und Strategien zu entwickeln.

Konsens ist , daß wir an der Diskussion um SL fatal finden, daß der Linken dabei der Blick auf den Imperialismus - der mit dem Fujimori- Regime erneut einen blutigen Statthalter eingesetzt hat, abhanden kommt. Antiimperialistische Solidarität mit den Unterdrückten in Peru darf die Profiteure hier nicht aus der Schußlinie nehmen!

Für einen Hintergrundbericht „Sendero Luminoso“ haben wir zwei Artikel. Der erste ist von italienischen GenossInnen, die aus einer Analyse der peruanischen Verhältnisse eine solidarische Position zu SL einnehmen. Sie kritisieren die Hetze gegen SL - auch innerhalb der Linken - als Propaganda und versuchen ein anderes Bild zu zeigen. Der zweite Artikel ist ein Interview mit einem uruguayischen Genossen, der sich kritisch mit der peruanischen Linken auseinandersetzt und daraus die Stärke von SL zu erklären versucht.

Weiterhin versuchen wir ein paar Hintergrundinformationen zu SL zu geben, die wir in Kästen im Text einfügen.

Aus Tupamaros Nr. 64, 29.01.1992

„Man kann Peru nicht ohne den Sendero Luminoso (1) verstehen"

Peru: Chronik eines dreifachen Kampfes

von Raúl Zibechi

Wenn ein Land in Lateinamerika das Wesen unseres Kontinents mit seinen Ursprüngen verkörpert, dann ist das sicher Peru. In seinen Bergen und in seinen Wäldern spielt sich ein Drama ab, das von den Massenmedien nicht beachtet wird. Dieses Sinnbild eines Staates in der Krise, einer bankrotten Wirtschaft und eines vom Hungertod bedrohten Volkes birgt allenfalls die schreckliche Vision einer Zukunft in sich, die allen Lateinamerikanern bevorsteht. Einer Zukunft, die aber auch Zeichen der Hoffnung enthält, die lebendig und voll schöpferischer Kraft ist. Raúl Zibechi, ein treuer Freund und von Beruf Journalist, lebt einen großen Teil seiner Zeit in Peru. Der folgende Artikel ist sein erhellender und engagierter Bericht über das Wesen dieses Peru, das uns Schmerzen zufügt and uns andererseits bestärkt.

„Mit mir endet die Zeit, da der Gesang der Lerche Trost spendet, und es beginnt die Zeit, da ihr Gesang von Feuer kündet" (José Mariá Arguedas (2)

Krise und Militarisierung des Staates

Raúl Zibechi: Grundlegen für das Verständnis des heutigen Peru ist es, daß es dort eine dreifache Auseinandersetzung gibt, an der der Staat, die Volksbewegung und Sendero beteiligt sind.

Das Ergebnis dieses dreifachen Kampfes wird ein neues Peru sein, daß wir bisher noch nicht kannten. Wenn ich von einem dreifachen Kampf rede, meine ich dies im wörtlichen Sinn, da es keine Allianzen innerhalb dieser Kräfte gibt, die sich jetzt schon seit fast 10 Jahren bekämpfen. Alles begann mit der in den 80er Jahren immer mehr zunehmenden Schwäche des peruanischen Staates.

In Peru redet man davon, daß der Staat der Bevölkerung nicht gewachsen ist, das heißt, der peruanische Staat ist im größten Teil des Landes nicht präsent, und wenn, dann nur durch Übergriffe der Armee.

Welche Folgen hatte das für die peruanische Gesellschaft?

Viele. Eine der wichtigsten ist, daß die Volksbewegung gezwungen war, sich selbst um ihre Bedürfnisse zu kümmern. Sie mußte die Probleme der Lebensmittelversorgung, des Wohnugsbaus, der öffentlichen Ver-



kehrsmittel, sogar des Straßenbaus lösen. In vielen Teilen des Landes gibt es Dorfgemeinschaften, die die Straßen in Eigeninitiative bauen und dann Gebühren für die Benutzung verlangen). Diese Dorfgemeinschaften sprechen auch Recht, und da meine ich nicht Recht im Sinne von revolutionärer Gerechtigkeit, wie wir das kennen, sondern im Sinne einer Volksgerichtsbarkeit, die auf dem Land und in den Elendsvierteln von Lima vorherrscht und die sich durch die eigenmächtige Ergreifung von Straftätern und ihrer Bestrafung auszeichnet, wobei oft drakonische Strafen verhängt werden. (Todesurteile, Steinigungen, Viehdieben wird ein Ohr abgeschnitten) Diese Justiz hat ihre Wurzeln in Rechtssystemen, die sich im Dunkeln der Vergangenheit verlieren.

Zurückzuführen ist dies auf die Notwendigkeit des reinen Überlebens, die sich für ein Volk mit einer Kindersterblichkeit von 20 %, einer ständig steigenden Zahl von Analphabeten und einer Lebenserwartung, die im sogenannten „Indioflecken"" (Das Gebiet im zentralen Gebirge, wo sich die Städte Ayacucho, Huancavelica, Junín, Abancay befinden) nur 39 bis 41 Jahte beträgt, zwangsläufig stellt. Und genau in diesem Gebiet ist der Staat am wenigsten präsent. Dort existiert der Staat nicht, oder allenfalls in Gestalt von Militärposten in den größeren Städten, und sogar diese mußten sich angesichts des Erstarken von Sendero zurückziehen. Dort ist es wirklich so, wie in den Landgemeinden, von denen Manuel Scorza erzählt: den Landgemeinden, die ihre Schule in eigener Regie bauen und den Lehrer selbst bezahlen, da der Staat nicht existiert.

Aber seine militärische Präsenz spüren läßt

Ja, denn aufgrund der Krise greift der Staat immer stärker auf das Militär zurück. Dafür gut es verschiedene Gründe. Einerseits findet ein allgemeiner Prozess der Militarisierung staatlicher Strukturen statt, den Petras (3) gut analysiert hat, andererseits ist die Militarisierung als Reaktion auf das Erstarken der Volksbewegung zu verstehen und schließlich auch als Maßnahme, um Sendero Luminoso im Zaum zu halten, denn gegenüber Sendero Luminoso ist der Staat eindeutig in der Defensive.

Die Volksbewegung

Und wo steht Sendero in diesem Spektrum

Heben wir uns Sendero für später auf. Denn man kan ihn nicht erklären, ohne vorher über die peruanische Volksbewegung zu reden, die viele Facetten hat. Sie nimmt bereist in den 30er Jahren durch die Bildung der Gewerkschaften und der peruanischen Bauernkonföderation Gestalt an. Es ist die goldene Zeit der kommunistischen Partei Perus unter dem Einfluß von José Carlos Mariátegui. Aber die peruanische KP und vor allem APRA (die einzige antiimperialisitsche Massenpartei, die an der Basis organisiert war, die wir abgesehen vom Peronismus kennen) büßen ihre Vorrangstellung in der Volksbewegung mit der Zeit ein. Die KP spaltet sich, und in den 60er Jahren entsteht eine neue Linke. Es ist

Die Kommunistische Partei Peru/ Sendero Luminoso Mariátegui

Der Ursprung des SL liegt in der Peruanischen Region Ayacucho. Als die 1677 gegründete, seit 1885 geschlossene San Christóbal de Huamanga-Universität im Jahr 1959 wiedereröffnet wurde, begann das Regionalkomitee der Kommunistischen Partei Perus (PCP) ihre Arbeit in der Uni mit einer Gruppe von Professoren. Ihr Vorsitzender war der Philosophieprofessor Abimael Guzmán Reynoso, der innerhalb der PCP eine heimliche „Rote Fraktion" gründete. 1964 spaltete die PCP sich in eine prosowjetische und eine maoistische Fraktion. 1969 wurden mehrere Kader der „Roten Fraktion", darunter auch Guzmán, verhaftet. Während Guzmán im Knast saß kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der maoistischen PCP woraufhin Guzmán aus der Partei ausgeschlossen wurde. Die „Rote Fraktion" entschloß sich die „Kommunistische Partei Perus - Leuchtender Pfad" zu gründen. In den 70igern waren es Professoren und Studenten, die den Kern der Partei bildeten und einen allumfassenden Diskurs auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus führten. SL wurde mit ideologisch geschulten und gut organisierten Kadern von oben nach unten aufgebaut. Die übrige Linke in Peru organisierte sich in Gewerkschaften, gründeten verschiedene Volksfronten und Bauernvereinigungen und unterstützten, bzw. bauten die Sozialen- und Basis-Bewegungen auf. SL gründete „geschaffene Organismen", kleine feste geschulte Kerne, die als Fraktionen in den verschiedenen Bewegungen operierten. Diese wurden später zu den „tausend Augen und Ohren" der Partei und zur Basis des „neuen Staates im Aufbau".

Das Kräfteverhältnis war Ende der 70iger/Anfang der 80iger nicht zu Gunsten SL. Die Linke in Peru wurde nach zahlreichen Kämpfen zu einer einflußreichen Kraft, auf die SL allerdings keinen Einfluß hatte. Der Tod Maos und die Zerschlagung der Kulturrevolution schwächte zudem die Internationale Kommunistische Bewegung, der SL nahestand. SL veränderte seine Strategie. Das Primat der Politik wich dem Primat der Gewalt, Krieg als vordringlichste Aufgabe, der bewaffnete Kampf als höchste Form des revolutionären Kampfes. Sendero ernannte sich zum „Leuchtturm der Weltrevolution" und Guzmán, der Presidente Gonzalo, zum „vierten Schwert des Marxismus" nach Marx, Lenin und Mao. Seit der Aufnahme des bewaffneten kampfes 1979 in der Region Ayacucho wird die maoistische Strategie des Volkskrieges verfolgt. Haupziel sind die drei Etappen, strategischer Aufbau - Gleichgewicht - Offensive. Auf dem Land soll die „Neue Macht" aufgebaut werden, die Städte eingekreist und der Aufstand vorbereitet werden. Ausdruck der „Neuen Macht" ist die „Neu-demokratische Volksrepublik im Aufbau" mit ihren „Volkskomitees" in den kontrollierten Zonen. Der Nationale Befreiungskampf wird abgelehnt, weil er keine Gewähr für den Sieg der Revolution bietet. Die Demokratische Revolution unter Führung der marxistisch- leninistischen- maoistischen KP wird den nationalen Sieg direkt zum Sozialismus überführen. Mit der Errichtung der „Diktatur des Proletariats" wird die Transformation weitergeführt bis zur Weltrevolution und der weltweiten Errichtung des Kommunismus. Der Volkskrieg im Norden wie im Süden wird geführt gegen den Imperialismus, Sozialimperialismus und Revisionismus. Zu diesem Zweck hat sich SL mit anderen (m-l-m) Parteien in der „Revolutionären Internationalen Bewegung" (MRI) zusammengeschlossen.

für das Folgende wichtig, daß der größte Teil der peruanischen Linken sich der Militärregierung Velaso Alvarado (4) anschloß. Die revolutionären Kräfte, die in der Opposition blieben, kann man in zwei Strömungen unterteilen: einerseits die Abspaltungen der KP - viele von ihnen maoistisch orientiert - and andererseits die Strömung, die Revolutionäre Avantgarde genannt wurde, die stark guevarisrisch (5) orientiert war. Außerdem einige kleiner Gruppen, die vom bewaffneten Kampf herkamen, vor allem dem MIR (6). So bildete sich eine neue Linke, die die Vorrangstellung der traditionellen Linken beendete, so wie das in vielen Ländern Lateinamerikas der Fall war.

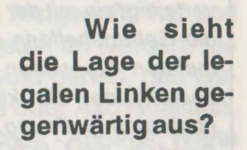
Die Vereinigte Linke

Ein Spektrum, das sich inzwischen verändert hat

Ja, heute können wir von zwei Linken sprechen. Beginnen wir mit der legalen Linken, deren größte Gruppierung die Izquierda Unida (IU, Vereinigte Linke) ist, von der sich bei den letzten Wahlen eine Gruppe unter der Führung von Barrantes abgespalten hat, die Convergancia Socialista (Sozialistische Konvergenz). Barrantes, die Person in der IU mit dem größten Charisma, Ex-Bürgermeister von Lima, brachte überraschenderweise aber keine Mehrheit in der IU hinter sich, da seine Vorschläge von der kampfbereiten Basis zurückgewiesen wurden. Später scheiterte er eklatant bei den letzten Wahlen, bei denen er nur 2 oder 3 % der Stimmen erhielt. Die wichtigste Lektion seiner Niederlage ist, daß Barranten trotz seines Charismas, trotz seiner Führungskraft, gescheitert ist, weil er sich von der peruanischen Volksbewegung entfernte.



Bei der übrigen Vereinigte Linken kann man drei klar abgegrenzte Richtungen unterscheiden: eine von den Christen und von gemäßigten Sozialisten geführte Strömung, die eine Allianz mit Barrantes nicht ausschließt, die KP, die eine Krise durchmacht und eine Position der Mitte einnimmt, und schließlich die Teile der Linken, die sehr gefestigt sind und von der PUM (Partido Unificado Mariáteguista, Vereinigte Partei der Richtung Mariáteguis) und der revolutionär ausgerichteten Partido Radical (radikale Partei) geführt werden. Die PUM ist eine sehr starke Partei, die fest in der peruanischen Volksbewegung verankert ist. Sie stammt von der Vanguardia Revolucionaria (Revolutionäre Avantgarde) ab. Sie hat sich mit sechs oder sieben anderen Parteien zusammengetan und ist heute die Partei, die am stärksten im Parlament vertreten ist. Sie hat anerkannte Führer wie Javier Díaz Canseco und bewährte Führungspersönlichkeiten wie Hugo Blanco. Es ist wichtig die UNIR (Unión de la Izquierda Revolucionaria, Union der revolutionären Linken) zu erwähnen. Sie ist institutionell nicht so verankert wir die PUM, sie hat keine so bekannten Führungspersönlichkeiten, aber sie ist stark vertreten in kämpferischen Gewerkschaften wie der Lehrergewerkschaft sowie in den Gemeinderäten; dahinter steht die Partido Communista de Peru, „Partia Roja" (Kommunistische Partei Perus, „Rotes Vaterland"), eine Abspaltung der KP, die ursprünglich - vor zwölf Jahren - stark mit dem verbunden war, was später als Sendero Luminoso bekannt wurde. Zur IU gehört auch der Movimento Partía Libre (Bewegung freies Vaterland), der aus der Vereinigung von UDP (Unión Democrática Popular, Demokratische Volksunion) - dem legalen Arm der Massenorganisation des Movimiento Revolucionario Tupac Amaru (7) MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) - mit dem Bloque Popular Revolucionario BPR (Revolutionärer Volksblock) hervorgegangen ist. Letzterer ist im Gegensatz zur UDP schon seit der Gründung in der IU vertreten und stellte sogar einen Abgeordneten - Yehude Simon -, der aber bei den letzten Wahlen nicht wiedergewählt wurde. Die Bewegung Freies Vaterland und die PUM bilden eine sehr enge Allianz, vor allem innerhalb der Gewerkschaften. In einigen Schlüsselgewerkschaften wie in der Bergarbeitergewerkschaft oder in der wichtigsten Gewerkschaft von Peru, der Confederación Campesina del Peru (Peruanische Landkonföderation) verfügen sie über die Mehrheit.



Wie sieht die Lage der legalen Linken gegenwärtig aus?

Sie hat gerade mit der Wahl von Fujimori einen schweren Rückschlag erlitten. Die linken Kräfte sind der Meinung, daß sie bei den Wahlen nicht auf der Höhe der Zeit waren. Aber, und das ist wichtiger, sie sehen die Notwendigkeit, ihre Arbeit neu zu bestimmen. Sie reden von der „Wiedergründung" der Linken, wobei sie an allen Fronten arbeiten, alle Kampfformen kombinieren und der Arbeit in den sozialen Bewegungen besondere Bedeutung beimessen wollen. Sie haben 1988 die sogenannte Asemblea Nacional Popular (Volksnational-

Die Mythologie der Inka als ideologische Wurzel

Schon der peruanische Marxist Carlos Marátegui betonte den Nutzen der kommunitären Traditionen der Inka-Gesellschaft für den Aufbau des Sozialismus. Die Stärke PCP-SL ist ohne den von ihnen immer wieder hergestellten Bezug zu den Mythen und Symbolen der andinen Gesellschaft nicht erklärbar.

Gerade die Region Ayacucho ist reich an Versionen des Inka-Mythos, der z.B. besagt, daß die Toten in der Erde wieder zu neuem Leben wachsen (in verschiedensten Formen - möglich auch als Planzen oder Tiere) Auch der von den Spaniern gevierteilte Inka-Häuptling Tupac Amaru werde in der Erde wieder zusammenwachsen und erst dann wird der andine Mensch wieder handeln können. Als Antwort auf die Bedrohung der Identität als Volk unter kolonialer/ christlicher Herrschaft entstanden identitätsstiftende Utopien, die an Traditionen und Mythen anknüpften. Die andinen Utopien sind Projekte, die versuchen, mit der Bedrohung und der eigenen Zerissenheit zugleich fertig zu werden. Im Gegensatz zu einer linearen Auffassung von geschichtlichen Prozessen, wie sie im christlich-abendländischen Denken vorherrschen, ist das andine Denken geprägt von dem Prinzip des Dualismus, von Zyklen von Licht und Schatten, dem Neuen, welches aus dem Zusammenbruch des Alten entsteht. Diese Zyklen haben verschiedene zeitliche Längen, wie z.B. der Glaube an das Zusammenwachsen und Wiederkehr der Toten. (SL bezieht sich auf andine Glaubensvorstellungen, wenn sie z.B. 1980 ihre erste größere Aktion am 199. Jahrestag der Ermordung Tupac Amaru II. macht) Ganze Epochen werden in Zyklen von 500 jahren umgewälzt. Die Eroberung durch die Spanier war eine solche Umwälzung, ein „pachacuti". Dieser pachacuti wird primär als eine Umwälzung und nicht als eine Befreiung von Herrschaft verstanden. So stellt es im „andine Bewußtsein" auch keinen Widerspruch dar, wenn SL der Begriff der Befreiung keinen zentralen Platz einnimmt, wenn Revolution und pachacuti miteinander verbunden werden. Im „Pensamiento Gonzalo" (dem Denken Gonzalos) kommt die Vorstellung zum Ausdruck, daß aus Blut, Gewalt und Tod das Alte zerstört wird, damit das Neue entstehen kann. In Anlehnung an Mao sagt Gonzalo: „Die Macht erobert man mit Gewalt und verteidigt sie mit der Diktatur." und bezieht sich auf Marx, der sagte, daß die Gewalt die Geburtshelferin der Geschichte sei. Aufgrund der sozialen Realität ist für die meisten Menschen in Peru eine Verbesserung ihrer Situation innerhalb der bestehenden Strukturen nicht vorstellbar. Einzig eine völlige Umwälzung gibt noch eine Hoffnung, die auch aus dem andinen Glauben genährt wird. Und von Sendero wird keine Verbesserung versprochen, sondern die ganze Macht; Sendero redet nicht, sondern handelt.

versammlung) gebildet. Diese entspricht dem, was die Asemblea Popular (Volksversammlung) für die populistische Regierung von Torres (8) in Bolivien war.

Todas las sangres - Menschen aller Hautfarben

Vergleichbar dem Kongress des Volkes in Urugay in den 60er Jahren?

Ja, aber anders gestaltet entsprechend den Besonderheiten Perus. Denn die Voksbewegung in Peru ist eine der am besten organisierten in Lateinamerika, so gut organisiert wie in Brasilien, El Salvador oder Kolumbien. Dafür gibt es mehrere Gründe: die Arbeit der Linken, die Reformen von Velasco Alvarado, die die Bildung eines großen Netzes von Nichtregierungsorganisationen förderten, und die eigene Kultur des peruanischen Volkes. In Peru und besonders in der Andenregion hat sich die kollektive Tradition der „ayllu" oder der bäuerlichen Gemeinschaft seit den Zeiten der Inkas gehalten. In diesen „ayllu", Zentren der Gemeinschaftskultur, entscheidet am 1. Januar jeden Jahres eine Volksversammlung, welches Land bebaut wird, welche Produkte angebaut werden, wie das Wasser verteilt wird und wählt die Dorfverantwortlichen. Und diese stellen nicht nur die Instanz dar, die über die Einhaltung / Anwendung der Gesetze wacht, sondern üben auch die Gerichtsbarkeit innerhalb der Gemeinschaft aus. Die soziale Bedeutung dieses Phänomens erscheint klar, wenn wir sagen, daß der Umfang, die Größe und die Bedeutung des Gemeineigentums - in den Andenregionen - sehr viel größer ist als die Einzelparcellen zusammen. Dort sind das Land und das Wasser Gemeinbeseitz, auch die Produktion ist gemeinschaftlich. Dies läßt sich daraus erklären, daß das Leben in den Anden sich in einer feindlichen Natur abspielt, und in drei oder viertausend Meter Höhe überlebt man nur kollektiv. Das Leben muß notwendigerweise gemeinschaftlich organisiert werden.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen den „ayllu" und dem, was wir als Kooperativenbewegung kennen?

Nein, weil wir nicht das, was aus Notwendigkeit und kulturellen Eigenheiten besteht, mit dem vergleichen können, was aufgrund ideologischer Überlegungen entstand.

Und auf kulturellem Gebiet: Entspricht die Atmosphäre, die heute in Peru herrscht, der Zerstörung des Landes durch Krieg und Hunger?

Nein, und dies ist ein anderer Aspekt der Volksbewegung, der sie zu einem Schlüsselelement in der dreifachen Auseinandersetzung macht, von der wir sprechen. Auf irgendeine Weise geht Peru auf eine kulturelle Synthese zwischen Bergen und Küste zu, eine kulturelle Vereinigung, die sich auf so herausragende Pesönlichkeiten wie Gercilaso (9), Vallejo, Mariátegui gründet, und die sich heute in der Vielfalt der Musik und Literatur, vor allem der Poesie, ausdrückt. Eine Synthese mit Lima als Zentrum, aber die sich in ganz Peru ausbreitet. Es ist die Idee von Arguedas, ein „Land aller Hautfarben" zu schaffen. Ich glaube, wenn man Arguedas versteht, versteht man Peru und umgekehrt. Und wenn man den Selbstmord von Arguedas versteht, versteht man den gegenwärtigen Selbstmord von Peru. Denn Peru bringt sich heute selbst um. Arguedas sagte: „Mit mir endet die Zeit, da der Gesang der Lerche Trost spendet, und es beginnt die Zeit, da ihr Gesang von Feuer kündet". Versteht man diese neue Epoche, die

Arguedas ahnte, so versteht man die dritte Komponente in der dreifachen Asueinandersetzung, nämlich Sendero Luminoso. Man kann Peru nicht verstehen, ohne Sendero zu verstehen.

Sendero und der „Indio-Flecken“

Über ihn wurde und wird viel Unsinn geredet.

Genau. Sendero Luminoso entspricht sehr tiefverwurzelten Tendenzen in Peru. Er entstand Ende der 70er Jahre, und innerhalb weniger Jahre blüht er auf und es gelingt ihm, sich in vorderster Reihe in Bezug auf politische, soziale und kulturelle Bedeutung in Peru zu stellen. Er wird ein unumgänglicher Faktor für alle politische Gruppierungen Perus, von den Ultrarechten bis zur revolutionären Linken. Er ist eine Partei, die in den marginalisiertesten, heimatlosesten und ärmsten Schichten der peruanischen Indigenas verankert ist. Er ist die einzige linke Organisation, in der alle Kader Quechua sprechen. Er ist verankert im Gebiet von Ayacucho, Abancay und Huancavelica, in den Andenprovinzen also, die den sogenannte „Indioflecken“ bilden. Hier leben diejenigen, die nicht nur der peruanische Staat, sondern auch die legale Linke vergisst. Er ist verankert unter diesen Indios mit Elefantenfüßen, die blau sind von der Kälte der Anden. Sie verstehen keine andere Sprache als Quechua und kenne nur die gemeinschaftliche Lebensweise.



Obwohl doch Sendero Luminoso andere Ursprünge hat.

Sendero wurde von Leuten aus der Mittelklasse entfernter Provinzen gegründet. Aber diese Mittelklasseführer sind schnell zu Bauern geworden, und es ist erstaunlich zu sehen, wie sie sich bis hin zum Körperbau, zu ihren Gewohnheiten, ihrer Kultur mit dem Indio indentifizieren, der durch seinen ständigen Aufenthalt in 3000 bis 4000 Meter Höhe hart geworden ist. Dort wohnt auch der Sendero. Und ich rede nicht von Nachahmung, ich rede von Identifikation. Sendero wächst auch dort, wo die peruanische Linke die Volksmassen nicht organisiert hat. Und für die Bauern wird durch den Kampf von Sendero gegen den Staat die Inka - Tradition des „paschakuti“ wiederaufgenommen, die Umkehrung der Welt, der umgedrehten Tortilla. Sendero greift die Unzufriedenheit über 12 Jaqhre Demokratie in Peru auf. Das heißt auch 12 Jahre Hyperinflation, Staatsterrorismus (im dritten Jahr hintereinander hatte Peru die höchste Zahl von Verschwundenen in der Welt). Aber das ist es nicht allein. Sendero erhält eine Symphatie, die aufgrund von fünf Jahrhunderten Marginalisierung der Armen in Peru entstanden ist.

Man hat viel von den ideologischen Bezugspunkten von Sendero geredet.

Man hat viel von Polpotismus geredet, von den Roten Khmer. Da ist etwas dran, aber es ist nicht das Wichtigste. Als Sendero entstand, tauchten Dutzende aufgehängter Hunde in Ayacucho auf und daneben Sprüche gegen die „revisionistischen Hunde“. Aber Sendero hat sich weiterentwickelt. Wichtiger als die Betrachtung dogmatischer Definitionen von Marxismus - Leninismus - Maoismus, ist die Frage, welche Bedeutung diese Begriffe in einer Umgebung mit vielen Analphabeten bedeuten. Sendero ist eine stark militaristisch organisierte Organisation, die die Figur ihres Führers, Abimael Guzmán (der sogenannte „Präsident Gonzalo“) ausnützt in einer Umgebung, die in ihm die Rückkehr des Inka erwartet. Und man muß versuchen, das zu verstehen, wir müssen unsere Denkweise verändern, um den Indio in den Anden zu verstehen...

Sendero und der Coca - Anbau

Das ist nicht das Uruguay von Battle (10)

Nein, und auch nicht Westeuropa. Und in dieser rauhen und harten Umgebung hat Sendero eine Ameisenarbeit geleistet, indem er sich in den Indioflecken festgesetzt hat und in anderen Gebieten im Norden, die bis zum Regenwald gehen, das Gebiet von Tocache oder Alto Huallaga, das Gebiet des Coca - Anbaus. Wenn man vom Einfluß des Sendero dort reden will, muß man zunächst viele Gerüchte aufklären, die über die Allianz von Sendero mit den Drogenhändlern gesagt worden sind. In diesem Gebiet hat sich Sendero verankert, indem er die Cocabauern verteidigt hat, indem er einen Grundpreis für Coca durchgesetzt hat und die Bauern vor den Angriffen der Armee schützt. Diese Bauern haben Reis, Mais und Kaffee angebaut, bis der Fall der internationalen Preise sie in den Ruin getrieben hat. Sie hatten keine andere Möglichkeit als das einzig lohnende Produkt anzubauen, die Coca. Parallel dazu ist es Sendero gelungen, eine ständige Steuer von den Drogenhändlern einzuziehen, dafür, daß sie die Landebahnen im Urwald benutzen dürfen. So hat Sendero seine Finanzen saniert und sich in eine Organisation verwandelt, die einen Krieg im großen Ausmaß finan-

Frauen bei Sendero Luminoso

SL organisiert überproportional viele Frauen in seinen Reihen. Dies liegt nicht an „frauenspezifischen Forderungen" - im Gegenteil, Feminismus sei eine „bürgerliche Theorie, deren Grundlage in der Gegenüberstellung von Männern und Frauen wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit besteht" (Laura Z. Padilla; Kader v. SL) Für SL besteht diese Gegenüberstellung nicht, sondern nur der Klassenantagonismus. „Liebe gibt es nur als Klassenliebe, und als solche steht sie in Abhängigkeit vom Volkskrieg."

Ebenso wird jegliches homosexuelle Bedürfnis als „bürgerliche Dekadenz" abgelehnt und verfolgt. Die Schwulen/Lesben-Feindlichkeit kommt einem Verbot gleich, welches nur die Möglichkeit läßt aus dem Einflußgebiet SL zu fliehen oder mit Ermordung bedroht zu sein. Auch hier zeigt sich, daß die Attraktivität von SL nicht in ihren Vorstellungen von Befreiung und Emanzipation zu suchen ist.

Frauen hatten traditionell eine tragende Rolle in den Dorfgemeinschaften: Sozio-Politisch, in der Reproduktion, als auch in Bereichen der Produktion. Diese Strukturen sind durch die Kolonialisation weitgehend zerschlagen worden und schlossen Frauen strukturell von politischer Partizipation aus. In Folge kapitalistischer Entwicklung (Agrarexport, Zerstörung von Substistenzwirtschaft, etc.) in diesem Jahrhundert kam es zu verstärkter Migration, v.a. von Männern. Frauen trugen und tragen weitgehend die Last der Ernährung und des Schutzes der (zurückbleibenden) Familien.

In den von SL kontollierten Gebieten wurden die dörflichen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen abgeschafft (durch Vertreibung oder Ermordung), und Volkskomitees eingesetzt, in denen v.a. Frauen verantwortliche Positionen erhalten. (Zwangs-) kollektive Subsistenzwirtschaft und Tauschhandel wird gefördert. SL stellen eine Autorität dar, die nicht korrupt ist und Ordnung garantiert. Sie fordert Disziplin aber läßt auch Taten folgen. Angefangen von „Volksbildungsprogrammen" für Frauen bis zur Bestrafung (durch den Tod) von Vergewaltigern. Gerade letzteres bietet Frauen einen gewissen Schutz vor Übergriffen. Alkoholismus oder das Verlassen der Familie von Ehemännern wird bestraft, was von Frauen wiederum begrüßt wird, aufgrund existentieller wirtschaftlicher Folgen die dies hat.



Diese (Sendero-) Ordnung wird mittels Zwang, Repression und eines harten Regimes durchgesetzt, welches dadurch als Gerecht begriffen wird, weil es nicht korrupt ist und eine Alternative in der peruanischen Realität darstellt. In vielen Regionen Perus ist SL eine Alternative zur herrschenden Ordnung. In anderen Regionen gibt es linke Organisationen, die eine andere Alternative/ Perspektive darstellen. Diese werden von SL bekämpft - auch militärisch - sobald das Kräfteverhältnis es erlaubt.

SL bietet eine Perspektive die mehr beinhaltet, als die Frage, wie die Familie den nächsten Tag überlebt. Dies sagt nichts über den Charakter der Perspektive aus. Gefordert wird dafür von SL eine bedingungslose Unterordnung. Dies bedeutet allerdings auch, daß Prostituierte, Schwule/Lesben verfolgt werden. Darüberhinaus entscheidet SL bei Parteimitgliedern ob und welche Beziehungen möglich sind. Das geht so weit, daß Frauen der Organisation angehalten werden (eine „revolutionäre Aufgabe erfüllen"), inhaftierte Senderistas im Knast zu betreuen, was bis zu „sexuellen Diensten" gehen kann. Nach unserem Verständnis bedeutet das, sich zu prostituieren.

zieren kann, ohne von äußeren Finazquellen abzuhängen.

Man redet viel von Bürgerkrieg in Peru. Aber trotzdem ist es im Gegensatz zu anderen Weltgegenden ein stummer Krieg, in dem die Desinformation den Völkermord verdeckt.

Genau, und um eine Vorstellung vom Ausmaß dieses Krieges zu haben, müssen wir uns deutlich machen, daß in einem Drittel des Landes Ausnahmezustand herrscht. (11) Und in diesem Gebiet lebt die Hälfte der Bevölkerung. Die Politik von Sendero Luminoso hat die anderen beiden Kräfte, die Volksbewegung und den Staat, in Zugzwang gebracht, und der Staat hat brutal reagiert. Sendero ist seit zehn Jahren unaufhörlich gewachsen, und er hat sich gleichzeizig auf ganz Peru ausgedehnt. Er ist in den Bergen, an der Küste, im Urwald, in Lima, in den meisten Provinzhauptstädten und in fast allen Departements präsent. Er führt jedes Jahr tausende von Aktionen durch, seine Aktionen haben ein hohes Niveau, und er ist äußerst mobil. Er hat keine befreiten Gebiete, auch nicht im Stil der kontrollierten Gebiete der FMLN (12). Seine Mitglieder sind aus dem Volk, leben unter dem Volk, man kann fast sagen, sie sind das Volk selbst.

Der Krieg von Sendero

Welche Möglichkeit hat Sendero, diesen Krieg zu gewinnen?

Das ist eine schwierige Frage, aber Alonso Manrique, einer der brilliantesten peruanischen Theoretiker sagt, daß der Krieg von dem gewonnen wird, der das Valle Central, das zentrale Tal, besitzt, und darauf zielt die Taktik von Sendero. Lima liegt mitten an der peruanischen Küste, in den Bergen ist der „Indio - Flecken" und im Norden der Urwald von Alto Huallaga. Dazwischen liegt das Valle Central, und die US - Amerikaner sind sich darüber im Klaren, daß die Verankerung von Sendero in dem Coca - Anbaugebiet den Krieg zu seinen Gunsten definieren kann. Deshalb haben sie interveniert und

die größte Landebahn in Lateinamerika - nach denen in Panamá - gebaut, auf der sogar Hercules - Flugzeuge landen können. Dort spielt sich ein stiller Krieg ab. Jeden Tag sterben Dutzende von Menschen, und die Ankunft von US - Truppen dort ist relativ erfolgreich verlaufen.

Trotzdem ist es schwierig, die beeindruckende Zunahme der Stärke von Sendero innerhalb weniger Jahre zu verstehen.

Manrique versucht eine Interpretation, die mir sehr gut zu sein erscheint. Er bezieht sich auf den Niedergang der alten Haziendas in den Bergen, dieser Haziendas, die durch den modenisierten Angriff der Militärs von Velasco zerstört wurden. Dort wurde seiner Meinung nach ein Kräftevakuum geschaffen. Die alten Haziendabesitzer waren nicht nur Unternehmer, sondern auch, wie es im Feudalismus üblich war, sozusagen despotische Väter. Ihr Verschwinden schuf das Gefühl von Verlorenheit und die Berdrohung durch Chaos. Da taucht Sendero auf, um das Vakuum zu füllen, ein allgegenwärtiger Vater, unterdrückerisch, aber dem Chaos vorzuziehen. Und in der Tat, Sendero gibt Gesetze aus, befiehlt, oder schlichtet Streit in den Gemeinden.

Und wo es schon eine organisierte Volksbewegung gibt?

Dort gibt es Konfrontation, weil Sendero eine Politik der „verbrannten Erde" durchführt. Und das hat eine innere Logik. Wenn Sendero ein Dorf besetzt, wird sofort eine Volksversammlung einberufen. Da wird eine neue Macht geschaffen, die alle institutionalisierte Macht zerstört. Dazu gehören die Gewerkschaften, der Bürgermeister, und alles was eine Autonomie der Gemeinde darstellt. So hat Sendero Dutzende von Gewerkschaftlern, Bürgermeistern, darunter solche von PUM und von der PC, getötet, und schließlich haben sie Hinterhalte gelegt gegen die Guerillatruppen von der MRTA, mit denen sie sich über die territoriale Vorherrschaft streiten. Aber das ist in der Kriegsstrategie, die sich Sendero gegeben hat, verständlich. Er sieht den Rest der Linken und alles, was organisiert ist, als Störfaktor bei seiner Verankerung, und er will nur noch die Armee und sonst niemanden gegenüber haben, um den Krieg zu entscheiden, damit das Volk dann entscheidet, und manchmal hat Sendero auch Erfolg gehabt.

„Der Traum des Pongos" (13)

Aber in dieser dreifachen Auseinandersetzung, die du erwähnt hast, erscheinen die traditionellen Konzepte von Links und Rechts als undeutlich...

Das sehe ich ganz genau so. Der Widerspruch Links - Rechts hat weniger Gewicht als die Konzepte Küste - Anden, institutionell und außerinstitutionell... Tito Flores Galindo, ein peruanischer Intellektueller von großer Integrität, der vor kurzem ganz jung gestorben ist, der den Preis „Casa de Las Americas" (14) bekommen hat für sein Buch „Buscando un inca, einen Inka suchen", hat den Krieg von Sendero mit dem „Traum des Pongos" verglichen. „Der Traum des Pongos" ist eine traditionelle Erzählung, die Arguedas wiederaufweckt, weil er gehört hat, wie sie in Quechua in einer Indio - Gemeinde erzählt wurde. Der Pongo ist der Diener des Haziendabesitzers, derjenige, der die niedersten Arbeiten machen muß, der Ärmste der Armen. eines Tages erzählt der Pongo, der niemals redet, seinem Herrn einen Traum, den er gehabt hatte. In dem Traum war der Pongo mit Scheisse bedeckt, während der Herr in Honig gebadet hatte. Da erschien der Erzengel Gabrielo und befahl, daß einer den anderen ablekken sollte. Flores Galindo interpretiert das so, daß auf die eine oder andere Art Sendero die Verwirklichung des Traumes des Pongos ist. Aber Tito Flores deckt auch die Unzulänglichkeiten auf. Es ist nicht die Rebellion des Sklaven, die die Umkehrung produziert, sondern das Eingreifen des Erzengels Gabriel, das heißt Sendero. Und dann: Wollen wir einenSozialismus, in dem andere erniedrigt werden, oder einen Sozialismus, in dem die Erniedrigung überhaupt verschwindet? Er schloss mit der Aussage, daß die Rebellion von Sendero die ursprüngliche Rebellion der am meißten erniedrigten Bauern ausdrückt, und daß die Linke, anstatt die Barbarei von Sendero zu kritisieren, Selbstkritik üben muß und sich fragen muß, warum letztendlich Sendero einen Platz besetzt hat, den die legale Linke nie einzunehmen wagte.

In die Zukunft

Und wie hat sich Sendero in der letzten Zeit verändert, wenn es eine Veränderung gibt?

Etwas hat sich seit anderthalb Jahren verändert. Es scheint so, als ob Sendero, indem er seine Aktionen ausweitet und zu neuen sozialen Schichten kommt und neuen Wirklichkeiten erreicht, die er bis dahin nicht kannte, selbst die Auswirkungen dieser neuen Realität auf sich selbst spürt. Heute wird im Sendero diskutiert, es gibt abweichende Meinungen, zum ersten Mal gibt es Aktivisten, die eine andere Meinung als Sendero haben oder sogar fortgehen, es gibt intern verschiedene Linien anstatt einer Einheitsmeinung. Die Stärke der Volksbewegung hat positive Auswirkungen auf Sendero, und umgekehrt verstärken die Rückschläge und Irrtümer der Volksbewegung den Sektarismus, Militarismus und Dogmatismus von Sendero. Dazu kommt das Scheitern der militärischen Offensive von Sendero zur Sabotage der Kommunalwahlen 1990. Das war ein militärischer Fehlschlag, aber auch ein politischer, und er führte zum Nachdenken. Anscheinend hat die harte Linie, vertreten durch Abimael Guzmán, triumphiert, aber im Inneren gab es Bewegung, und das ist wichtig.

Und wie ist die Position der peruanischen Linken zu Sendero?

Ich werde von zwei wichtigen Tendezen reden. Eine ist die Mehrheitsmeinung, die der Großteil der legalen Linken vertritt. Sie unterscheidet sich nicht wesentlich von der Position des Staates, sie will die militärische Niederlage von Sendero. Eine andere Position haben Kräfte, die gegen Sendero, aber für Veränderungen sind und die wollen, daß

Sendero durch die organisierte Volksbewegung eine Niederlage erleidet. Diese Vorstellung ist vorherrschend in Organisationen wie der MRTA, die sowohl legal als auch klandestin aktiv sind, die im Parlament sitzen, in Bauerngemeinden tätig sind, in den Gewerkschaften und die bewaffnet kämpfen. Kürzlich ist eine neue bewaffnete Gruppe entstanden, die aus abgespaltenen Mitgliedern der PC besteht, die die FLN (Frente de Liberación Nacional, Nationale Befreiungsfront) bildeten. Und es gibt Grund, optimistisch zu sein, denn trotz aller Gegensätze wird die Volksbewegung stärker, und die schlimmsten Positionen der legalen Linken werden nach und nach überwunden, dank ihrer Wahlniederlagen, und bei Sendero gibt es Anzeichen, daß sich eine neue Mentalität ihren Weg sucht. Letztendlich hängt alles von der Fähigkeit der Volksbewegung ab, ihr eigenes Profil zu stärken und alle Widersprüche zu lösen, denen sie gegenüber stehen.

1) Leuchtender Pfad, Beiname der PCP, Partida Communista de Peru, Kommunistische Partei Perus. Der Begriff geht auf Mariátegui zurück, den bedeutendsten peruanischen Kommunisten der 30er Jahre.

2) Peruanischer Schriftsteller, 1911 - 1969

3) James Petras, linker Soziologe

4) Am 3. Oktober 1968 stürzte das Militär unter General J. Velasco Alvarado die Regierung und löste den Kongress auf. Die US - amerikanische Erdölgesellschft IPC wurde verstaatlicht, was einen Konflikt mit den USA auslöste (1968 / 69), eine umfassende Landreform und sozialpolitische Reformen im Bereich der Arbeitsbeschaffung, des Wohnungsbaus und des Schulwesens wurden angestrebt. Im Dezember 1973 wurde die Cerro de Pasco Corp., die größte US - amerikanische Bergbaugesellschaft in Peru, verstaatlicht. Velasco Alvarado wurde im August 1975 durch den Ministerpräsidenten General F. Morales Bermúdez gestürtzt.

5) Nach Ernesto „Che" Guevara, 1929 - 1967

6) Movimiento de Izquierda Revolucionario, Bewegung der Revolutionären Linken

7) Nach dem peruanischen Indianerführer Tupac Amaru II, 1743 - 1781. Der von ihm geführte Aufstand gegen die spanische Kolonialmacht wurde niedergeschlagen, er selbst wurde gefangengenommen und hingerichtet.

8) Der linksorientierte General J. J. Torres übernahm am 07.10.1970 durch einen Putsch die Macht in Bolivien. Er wurde am 23.08.1971 von einer Junta rechtsorientierter Offiziere unter Hugo Banzer Suárez gestürtzt.

9) Garcilaso de la Vega, peruanischer Dichter Anfang des 17. Jahrhunderts. Seine „Geschichte der Incas, Könige von Peru" war das erste große Werk der hispano - amerikanischen Literatur.

10) J. Battle y Ordónez wurde 1903 zum Präsidenten Uruguays gewählt. In seiner Amtszeit wurde ein Programm der Arbeitsgesetzgebung, der staatlichen Sozialfürsorge, der staatlichen Kontrolle des Baus von Eisenbahnen und Straßen durchgeführt sowie die Energieversorgung in die Hand des Staates überführt.

11) Jetzt im ganzen Land

12) Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, Befreiungsfront El Salvadors

13) Pongo ist in Peru die Bezeichnung für Inios, die zu einer Hazienda gehören und zeitweise ohne Bezahlung im Hause der Herrschaft zu arbeiten haben. Etwa wie Leibeigene.

14) Eine der bedeutendsten lateinamerikanischen Verlage mit Sitz in Havanna, Kuba.

Peru: Hoch den Volkskrieg

Der Informationsmangel, der von der nationalen un der internationalen Presse über die politische und die soziale Situation in Peru geschaffen wird, ist vielleicht das beste Beispiel der Zeit. Aber der Kampf des peruanischen Volkes ist auch ohne Zweifel einer der belastetsten Kämpfe, was die internationale Solidarität angeht: Von der bürgerlichen Presse ist zu erwarten, daß sie die offiziellen Regierungs- und Militärmeldungen Wort für Wort wiedergibt, aber selbst die Zeitungen der Linken erwähnen Sendero Luminoso nicht einmal, oder aber sie veröffentlichen sogar die offiziellen Versionen.

Wahrscheinlich wird der Mangel an politischer Offenheit und die konsequente Klarheit sowohl des theoretischen als auch des praktischen Standpunktes Sendero Luminosos, in einer Zeit, in der das Ende jeder revolutionären Hypothese, der Fall des Kommunismus und der Zusammenbruch des Marxismus propagandiert worden sind, selbst in der „Linken" als „ungünstig" angesehen, die ständig behauptet, nichts zu sehen und zu vergessen versucht, wenn sie sich noch weitaus schimpflicher gegenüber dem revolutionären Kampf in dem Land verhält. Durch die Aktionen der PCP kann, auch wegen ihrer eigenen Art, der Klassenkampf in Lateinamerika besser verstanden werden. Die PCP ist eine der wenigen peripheren Revolutionsbewegungen, die nicht generisch nach der Solidarität einer sogenannten „internationalen öffentlichen Meinung" fragen, sondern nach einer Konfrontation und einer dialektischen Beziehung mit den revolutionären Bewegungen, die aus den Metropolen des Imperialismus kommen.

Sendero Luminoso

Sendero Luminoso entwickelte sich aus einer Debatte, die einige Jahre innerhalb der peruanischen Linken stattfand; eine Debatte, die eine globalere und offenere Diskussion über die Kulturrevolution in China wiederspiegelte und die zur allgemeinen Situation des erneuerten Klassenkampfes in Peru gehörte.

Während auf der einen Seite zu dieser Zeit die bürokratische Bourgeoisie die Gesellschaft auf einer neuen administrativen Ebene reorganisierte (die immer noch in Kraft ist), gab es auf der anderen Seite Volksbewegungen von ArbeiterInnen und BäuerInnen, die sich immer mehr ausweiteten.

In diesem Zusammenhang, 1964, während des vierten Kongresses der Kommunistischen Partei, ist die Führung dieser Partei streng für ihre prosowjetische, legalistische und pazifistischen Positionen kritisiert und ausgeschlossen worden.

Der Klassenkampf in Peru in diesen Jahren war charakterisiert vom Guerillakampf der des MIR (Revolutionäre Linke Bewegung), der sofort scharf von der Armee unterdrückt wurde, und von Landbesetzungen, welches reichen Landbesitzern gehörte, durch landlose BäuerInnen. (Nach der Agrarreform durch die Militärregierung von Velasco, die



die „mittleren" Landbesitzer im gegensatz zu den reichen favorisierten, aber sicher nicht die landlosen BäuerInnen, die die große Mehrheit sind. Die Landbesetzungen wurden einzig und allein durch die PCP unterstützt und von dan anderen linken Kräften im Stich gelassen.) Gleichzeitig charakterisierte die StudentInnen-Bewegung die Situation. Sie ist Ende der 60er Jahre entstanden und forderte freien Unterricht, ein „für alle offenes" System und den Kampf gegen der Gesellschaft, deren Grundlage die Gesetze des Yankee-Imperialismus waren. In dieser Bewegung wurde die FER mit dem Slogan „Por el Sendero Luminoso de Jose Carlos Mariategui" Anfang der 70er Jahre gegründet (Mariategui gründete die PCP 1928).

In den Universitäten von Ayacucho, San Marcos a Lima, Huancayo und Cuzco war die Bewegung am stärksten.

Am Ende der Militärdiktatur arbeitet viele FührerInnen der StudentInnen-Bewegung auf dem Land und errichteten Volksschulen in den Anden-Dörfern. Diese Schulen unterstützten kollektive Organisierung; das Bewußtsein über die politischen und ökonomischen Mechanismen des peruanischen Systems war ihr Ausgangspunkt gewesen. In diesen Volksschulen wurde der Versuch gemacht, zu verstehen, warum die Inflation existierte und die Preise der Produktion der BäuerInnen weniger stiegen als die der Produkte der Industrie. Die proletarischen und kleinbäuerlichen Lebensbedingungen in denen diese FührerInnen lebten, war die Grundlage für diese Arbeit und die Wiederentdeckung der Denkweise Mariateguis, besonders in Bezug auf die peruanische Gesellschaft - die Verknüpfung der Landfrage mit der indianischen Frage und die Identifizierung der Indios als Klasse.

Von der Diktatur zur „Demokratie"

In diesen Jahren wurden die politischen Unterschiede innerhalb der Linken immer deutlicher. Auf der einen Seite standen diejenigen, die glaubten, daß es in erster Linie darum gehe, die demokratischen Recht zu verteidigen. Auf der anderen Seite standen diejenigen, die auch daran interessiert waren, die Macht zu gewinnen.

Es ist wichtig, die Beziehung der Linken zu dem reformistischen Militärregime von Velasco Alvarado zu betonen, der einen Prozeß der Nationalisierung wichtiger ökonomischer Bereiche eingeleitet hatte. Die Linke -außer Sendero- unterstützte dieses Regime. Nur SL hielt aufrecht, daß die Substanz des Faschismus nicht „seine Methode, sondern seine Ziele sind: das Ende aller Formen der Demokratie und die gründung eines korporatistischen Staates."

Nach dem Militärregime von Francisco Morales Bermudes (1978 - 80) kam die bürgerliche Regierung von Belaunde Terry an die Macht. Sendero war praktisch die einzige linke Bewegung, die nicht an den Wahlen teilnahm und der zivilen Regierung vorwarf die Politik des Militärregimes fortzusetzen, insbesondere die Entwicklung von „großen Kapitalmonopolen unter der Kontrolle der Landbesitzer und dem Imperialismus hörig". In den Wahlen von

Sendero und die Drogen

Eine der vier gesellschaftlichen Gruppen, von denen SL hauptsächlich unterstützt wird, sind neben den marginalisierten und entwurzelten Jugendlichen, der armen mestizischen StudentInnenschaft bzw. den Intellektuellen der Provinzen und den armen indigenen Bauern der Anden - die Coca-Bauern des Alto-Huallaga.

Letzteren garantiert SL einerseits feste Abnahmepreise und Schutz vor der kolumbianischen Mafia und ihrer Privatarmee, deren Repressalien sie bis Mitte der 80er Jahre schutzlos ausgeliefert waren. Zwei dutzend Kolumbianer, die das nicht kapieren und den Coca-Pflanzern die von der Guerilla diktierten Mindestpreise nicht zahlen wollten, mußten Ende der 80er Jahre über die Klinge springen.

Anderseits schützt SL die Bauern vor den Anti-Drogenmaßnahmen der Polizei und des Militärs.

Mit der Drogenmafia hat SL ein taktisches Bündnis geschlossen, als Gegenleistung verlangt SL eine Steuer für den Abtransport der Coca-Paste.

Bedingung von SL ist, daß die gesammte Coca-Produktion exportiert wird (via Kolumbien in die imperialistischen Zentren) und daß sich die Zone durch die Förderung der Nahrungsmittelproduktion selber versorgen kann.

Presidente Gonzalo im Kerker des Yankee-Imperialismus

Abimael Guzmann, genannt Presidente Gonzalo, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Peru - Sendero Luminoso, wurde im September 1992 gefangengenommen. Guzmann wurde innerhlb von zwei Wochen durch ein Militärgericht, daß auf der vorgelagerten Insel San Lorenzo tagte und an dem nur vermummte Richter teilnahmen, zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Der Prozeß war mehr als eine Farce.

Am 3.2.1993 kündigte Präsident Fujimori im Fernsehen an: „San Lorenzzo wird gut bewacht, aber wir wollen ihn unter noch größeren Sicherheitsmaßnahmen gefangenhalten, an einem Ort, wo er seine lebenslange Haftstrafe ohne jegliche Chance zur Flucht absitzen kann".

Die Wochenzeitung „si" meldete, daß extra für Guzman und zwei weitere mit ihm verurteilte Führer auf dem Gelände des Marinestützpunkt Callao ein unterirdisches Gefängnis gebaut wurde, um jeglichen physischen Kontakt unter den Gefangenen und selbst mit dem Gefängnispersonal auszuschließen.

Am 3.4. wurde Guzman vor den Augen der Weltpresse in den Marinestützpunkt verlegt. Das Bunkerähnliche Gefängnis besteht aus 8 unterirdischen fenster- und türlosen Zellen, mit einer 4 Meter dicken Betonwand.

Der Kontakt zur Außenwelt, Presseerzeugnisse und Besuche von GenossInnen sind untersagt. Lediglich ein Angehörigenbesuch ist genehmigt worden, für Oktober 1993, ein Jahr nach der Verhaftung des Guerillaführers.

Ein Offizier der Armee sagte, Guzman wäre lebendig begraben und würde das Tageslicht nie wieder sehen.

Das Fujimori-Regime unterstreicht mit diesen Haftbedingungen erneut sei-

1980 organisierte Sendero eine starke Kampagne zum Wahlboykott, und im Mai 1980 begann der Volkskrieg mit dem Niederbrennen eines Wahlbüros in dem Dorf Chuschi in der Region von Ayacucho.

Bewaffnete Kräfte und Repression

Trotz der ursprünglichen Ankündigung, den Klassenkampf zu „normalisieren" und lediglich durch den Einsatz (bürgerlicher) Polizeikräfte zu begegnen, gab die bürgerliche Regierung von Belaunde Terry der Armee den Befehl eine Konterrevolution zu führen, indem sie in bestimmten Teilen des Landes den Ausnahmezustand (Ausgangssperre) ausriefen. Städte wie Ayacucho, Huancavelica und Apurimac sind immer noch im Ausnahmezustand.

Die Strategie der Konterrevolution

„Sie sind den Anweisungen der Yankee-Imperialisten, ihrem Meister, gefolgt. Ihre Theorien über einen konterrevolutionären Krieg basierten auf deren Erfahrungen, vor allem in Vietnam und danach in Lateinamerika, vor allem in Mittelamerika. Das ist die theoretische Basis ihres Kampfes, zusammen mit der „Anti-terroristischen" Erfahrung von Israel und Argentinien, Beratungen durch den RFT, Taiwan, Spanien, etc. Die Erfahrung eines wenige Monate dauernden Anti-Guerillakrieges 1965, besonders in La Convencion sollten auch nicht vergessen werden. Die Operationen werden unter dem Kommando der Streitkräfte durchgeführt, in Übereinstimmung mit dem Nationalen Sicherheitsrat, dem der Präsident der Republik (erst Belaunde, dann Garcia) vorsteht, der somit direkt verantwortlich ist. Also, sie haben die strategische Erfahrung der weltweiten Konterrevolution gegen revolutionäre Bewegungen, bewaffnete Rebellion und Volkskriege. Gegen diese Strategie konnte sich schon viele Male der Volkskrieg durchsetzen, der wieder einmal die Überlegenheit der Strategie des Proletariats über die des Imperialismus unter Beweis stellt."

Der Anti-Guerillakrieg hat verschiedene Methoden. Eine ist der „schmutzige Krieg": Verschwindenlassen und Massakrieren von KleinbäuerInnen und Menschen, die unter dem Verdacht stehen, Senderistas zu sein. Eine andere Methode ist die Kontrolle über die Stadt, besonders die Kontrolle über die Universitäten durch andauernde Razzien und die Drohung der Schließung. Eine dritte Methode ist die Organisierung von Kleinbauern in den sogenannten „Ronderos", die auf der Seite der Militärs gegen Sendero kämpfen.

Die „Ronderos"

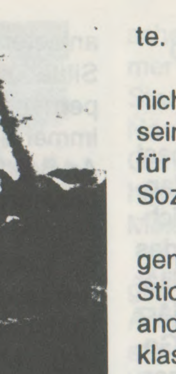
Die „Ronderos" werden in Dörfer geschickt, die unter dem Verdacht stehen, Sendero zu unterstützen. So besteht für die Armee die Möglichkeit zu intervenieren und die militärische Ordnung zu etablieren. (Das sind dann die Massaker, die Sendero von der westlichen Presse angelastet werden.) Diese Situation änderte sich nicht unter der sozialistischen Regierung von Alan Garcia (1985 - 90), der die „Ronderos" noch stärkte und weiter bewaffnete.

Lurigancho und El Fronton

Das Massaker an hunderten Gefangenen in Lurichango und El Fronton ist die schwerste Verantwortung, die Alan Garcia und die APRA-Regierung zu tragen haben. Damals gab es eine breite Mobilisierung unter den Gefangenen und unter Solidaritätskommitees gegen die geplante Verlegung politischer Gefangene aus diesen Knästen, die wie KZs organisiert waren, in neue specielle Hochsicherheitsgefängnisse. Armee und Marine (El Fronton liegt auf einer Insel vor Lima) antworteten auf diese Gefängnisrevolte mit der Eskalierung von Provokationen, Drohungen, Mißhandlungen und Morde. Höhepunkt des Terrors war die Beendigung der revolte durch die Bombardierung der Knäste. Es gab hunderte von Toten, erst während der Angriffe, danach durch Hinrichtungen.

Alan Garcia rechtfertigte das Massaker zwei Tage später in seiner Eröffnung auf dem XVII Kongreß der Sozialistischen internationalen in Lima mit den Worten: „Die Demokratie darf nicht schwach sein und das fundamentale Prinzip der Autorität stand auf dem Spiel."

Die anhaltende Rückendekkung der „Ronderos" (z.B. wurde un-



ter der APRA-Regierung eine ganze Schiffsladung Waffen in Nordkorea gekauft. Offiziell waren sie für die Armee, doch die Waffen wurden dazu verwendet, „Ronderos" auszurüsten) und die Aufstellung des Kommando Rodrigo Franco (ein von Sendero hingerichteter APRA-Militanter) verlängern die Liste der Schweinereien, für die Garcia und APRA verantwortlich sind. Diese „sozialistische" paramilitärische Gruppe war verantwortlich für mehrere Angriffe gegen die Universität von Ayacucho (12 Busse, die Cafeteria, der Schlafsaal, die Poliklinik, die Druckerei...), gegen El Diario (SL nahestehende Tageszeitung) etc.

Die ökonomische Krise

Mit einer Auslandsverschuldung in Höhe von 20 Mia. US$ befindet sich Peru in einer katastrophalen Krise, die ihren Ursprung in vier Jahrhunderten voller Mord und Raub durch die Kolonialisten hat. Charakteristisch ist die hohe Kindersterblichkeit - Peru hält damit in Lateinamerika einen tragischen Rekord. Jeden Tag sterben in Peru mehr als hundert Kinder unter zwei Jahren an Unterernährung oder wegen des Fehlens jeglicher medizinischer Versorgung.

Die demographische Situation Verschlechterte sich zunehmned durch das Scheitern des wirtschaftlichen Konzepts Garcias. Tägliche Fabrikschließungen lassen die Arbeitslosenzahlen stetig anschwellen, während sich die wirtschaftliche und kulturelle Situation der sowiesoschon unterentwickelten Dörfern, zunehmend verschlechtert. Folglich ziehen immer mehr BäuerInnen in die „Pobalciones" am Rande der Städte. (In Lima leben bereits über 7 Mio. Menschen).

Unterdessen gelang es Sendero in der Zentralen Region, der rohstoffreichsten des Landes (Cerro de Pasco, Huancayo...) Fuß zu fassen. Sendero mobilisierte indigene Bergleute, organisierte Gewerkschaften, mehrere Streiks für bessere Lebensbedingungen und Lohnerhöhungen etc.

Seit 1985 gewann Sendero auch in Lima an Stärke. Zuerst durch Landbesetzungen für Obdachlose in den Barrios (Stadtteilen), später auch durch gewerkschaftliche Arbeit in den Fabriken und unter städtischen Angestellten und BeamtInnen.

Der Sieg Fujimoris

Bei den Gemeinderatswahlen im November 1989 (30% Enthaltungen) und dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im April 1990 mußte APRA schwere Stimmenverluste hinnehmen. Der Linken, die sich in die Izquierda Unida (11%) und Izquierda Socialista (7%) aufgespalten hatte, erging es nicht besser, während FREDEMO (Demokratische Front), eine rechte Koalition, die von dem Schriftsteller Vargas Llosa angeführt wird, an Stimmen zulegte. Am 10. Juni kam es zur Stichwahl zwischen dem pro-us-amerikanischen Kandidaten der FREDEMO, Llosa, und Fujimori. Letzterer war der Kandidat der unabhängigen Rechten, der weniger die Interessen des Yankee-Imperialismus repräsentierte.

Fujimori gewann die Stichwahl, nicht zuletzt weil viele Linke aufgrund seines demagogischen Vorschlags für Nationale Einheit und einem Sozialvertrag für ihn stimmten.

„Die großartigen Veränderungen, über die die Kandidaten der Stichwahl so viel reden, ist nichts anderes als die Hoffnung der Mittelklasse und der reichen Landbesitzern auf eine Verschärfung der Repression gegen das Volk und die Vertreibung der Teile des Volkes, die bereits wirtschaftlich an den Rand gedrägt wurden, in „entwickelte Gebiete". Das bedeutete eine ernorme militärische Kampagne in Verbindung mit ein wenig Wohltätigkeit für das Volk und ein weiteres Ausbluten des Landes zugunsten der imperialistischen Kräfte." (El Diario, Nr. 583, 1. Mai 1990)

Während der Wahlen gab die peruanische Regierung die Festnahme der Führer von Sendero bekannt. Unterdessen sabotierte die PCP das Elektrizitätswerk, das ganz Lima versorgt, und richtete direkt nach den Wahlen einen von Fujimoris engsten Vertrauten hin.

Von der Militarisierung der Gesellschaft zur Ankündigung des Putsches des Faschisten Fujimori

Das Einsetzen der Armee gegen die Bevölkerung ist charakteristisch für die Regierung Fujimoris, deren höchste Priorität die Bekämpfung des Volkskrieges ist. Der Volkskrieg der Volksguerilla-Armee hat sich auf das gesamte Staatsgebiet ausgeweitet; von den Bergen bis zum Dschungel und bis in die Städte. Die PCP hat in einem Gebiet, welches 40% des Landes umfasst, einen neuen Staat organisiert. Die Revolution befindet sich im Stadium des „Strategischen Gleichgewichts", Aufstände in den Städten werden vorbereitet. Die neue Macht wird in befreiten Gebieten, die durch Volkskommitees regiert werden, entwickelt. Das massive Eingreifen der Armee ist Beweis für die Auflösungstendenzen des offiziellen Staates. Im April 1992 verkündete der Faschist Fujimori, einen Militärputsch, der die Situation, die vorher bereits bestand, nur öffentlich bestätigte.

Das Massaker von Canto Grande

Im Mai 1992 starben im Knast von Canto Grande (Lima) 10 gefangene PCP-Genossinnen, hingerichtet von den repressiven Kräften des Henkers Fujimori. Doch das Militär mißhandelt weiter, bis zum 9. März wurden 100 GenossInnen (oder Genossinnen? der Übersetzer) ermordet, 80 „verschwanden" und viele wurden ernsthaft verletzt. Diese operation war die Voraussetzung für das Auseinanderreißen der 700 PCP Gefangenen in Canto Grande. Sowohl die Gefangenen als auch ihre Familien und AnwältInnen hatten nichts anderes erwartet.

Natürlich gab es auch gezielte Hinrichtungen. Jant Talavera, Vizeherausgeber von El Diario, der angeklagt war wegen „Verteidigung des Terrorismus" und dafür zu fünf Jahren Knast verurteilt worden war, wurde z.B. in den Kopf geschossen.

Die Verhaftung von Abimael Guzman und anderen PCP-Führern

Am 12. September wurde Abimael Guzman Reynoso, besser bekannt als Presidente Gonzalo, der Kopf der PCP, zusammen mit anderen Führern der Partei verhaftet. Die internationale Presse verkündete, daß der Volkskrieg in Peru am Ende sei und unterstützte eine Repressive Kampagne (unter Federführung des CIA), um die internationale Solidarität mit der Revolution zu zerstören. Dies gilt besonders für Europa. Sie wollen, daß die Leute glauben, die Verhaftungen werden den revolutionären Prozeß beenden. Das Gegenteil wurde bewiesen. Die offensive Guerillafront gewinnt Land (durchschnittlich 6 militärische Aktionen pro Tag im September). Es gibt eine internationale Bewegung gegen die drohende Todesstrafe für die gefangenen peruanischen Gefangenen und die Debatte über die Situation in Peru bezieht mehr und mehr Leute mit ein.

Welche Solidarität?

Welche Art der Solidarität können wir den PeruanerInnen in Aufruhr anbieten, wenn wir die gegenwärtige Situation berücksichtigen? Unsere peruanischen GenossInnen haben immer wieder betont, daß die beste Art Solidarität der Aufbau des revolutionären Kampfes hier ist. Die direkte Erfahrung des Volkskrieges gibt uns die Möglichkeit, Ideen über die Weltrevolution, Antiimperialismus und die Verbindung zwischen der Massen und der Machtübernahme als Ziel des revolutionären Prozesses zu vergleichen. Vom Volkskrieg können wir sowohl für die Praxxis als auch für die Theorie lernen.

An diesem Punkt ist es wichtig unsere Kräfte zu mobilisieren um das Leben von Gonzalo und allen anderen revolutionären Gefangenen zu verteidigen und die internationale Anti-Solidaritätskampagne zu verteidigen: das Ziel der Operation „Weißer Adler" ist ausländische Unterstützungskommitees zu zerstören sowie peruanische GenossInnen in Europa zu verfolgen und zu töten.

GenossInnen aus Italien

Nicaragua - International

Die „Affaire Santa Rosa"

Am 23. Mai 1993 explodierten vor einer Autowerkstatt im Barrio Santa Rosa in Managua/Nicaragua drei Bomben. Zwei Menschen wurden getötet, mehrere verletzt und eine Reihe von Häusern zerstört.

Gefunden wurde nach der Explosion ein ausgeklügeltes Tunnelsystem mit hydraulischen Türen zu verschiedenen Räumen. Dort befand sich ein Waffendepot mit 19 sowjetischen Boden-Luft-Raketen, Granaten, 100 Maschinengewehren, mehrere Tonnen Sprengstoff, 300 gefälschten Pässen und ein angeblich 600 Akten starkes Archiv. Die FPL (Volksbefreiungskräfte), eine der Organisationen der salvadorianischen FMLN, erklärte nach anfänglichem Zögern, daß sie die Besitzerin des Depots sei. Allerdings bezog sie sich nur auf die Waffen und bestritt eine Verbindung mit dem Archiv. Die Waffen seien eine strategische Reserve gewesen, für den Fall, daß der Friedensprozeß in El Salvador doch noch scheitern sollte. In den folgenden Wochen „öffneten" die FPL weitere geheime Depots in Nicaragua.

Am folgenden Tag wurden mehrere Personen festgenommen. Ein Schweizer, der seinen PKW dort zur Reparatur hatte, von dem eine der Explosionen ausgegangen sein soll. Er wurde nach ein paar Tagen wieder freigelassen, auf Grund massiver Proteste von verschiedener Seite. Gegen ihn wird ermittelt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Proteste nützten drei Nicaraguanern baskischer Herkunft leider nichts, die ebenfalls festgenommen wurden. In einer (verfassungswidrigen) Nacht und Nebel- Aktion wurden sie mit einer spanischen (!) Militär-machine in den spanischen Staat abgeschoben und eingeknastet. Zwei der Genossen waren Mitglieder der baskischen Guerilla ETA, lebten in Nicaragua und waren dort eingebürgert worden. Der Genosse Javier Azpiazu mußte wieder freigelassen werden, da seine „Strafen" durch eine frühere Amnestie getilgt waren. Festgenommen wurden auch drei salvadorianische Genossen, über deren Situation (uns) nichts bekannt ist. Der Besitzer der Werkstatt, ebenfalls ein „nicaraguanischer Baske" konnte abtauchen.

Die Umstände der Explosion sind bis heute mysteriös geblieben und lösten rege internationale Geheimdienst- und Polizeireisetätigkeiten aus. Schon vor dem 23.Mai waren Agenten des Spanischen Geheimdienst in Nicaragua, um die knapp 100 SpanierInnen zu überprüfen, die noch von den Sandinisten nach ihrer Wahlniederlage eingebür-



gert worden sind. Inzwischen treten sich dort US-amerikanische, mexicanische, spanische, salvadorianische und brasilianische Geheimdienst und Polizei auf die Füße. Auch INTERPOL ist mit der „Affaire" befasst, deren Chef der brasilianische Bulle ist, der schon im Fall des Nazi-KZ-Arztes J.Mengele seine Finger im Spiel hatte. Vor allem das Archiv erweckt großes Interesse, da sich dort angeblich kompromittierende Dokumente über lateinamerikanische Persönlichkeiten, u.a. den früheren Präsident Brasiliens Collor de Mello, Dossiers 150 mexicanischer Geschäftsleute u.v.m. befunden haben sollen. Es ist die Rede von potentiellen Entführungslisten. Ein nicaraguanischer Bulle meinte dazu, daß „auf dem Niveau von Guerillabewegungen fehlen die technischen Möglichkeiten, um ein solches Dokument zu erarbeiten". So kommen die versammelten Counterstrategen dann auch zu einem „internationalen Netzwerk der bewaffneten Linken" und berichten von einem „hochspezialisierten konspirativem Netz" und von angeblichen Treffen in Hamburg, Sao Paulo und Buenos Aires, und daß das Lager nur von ETA-Spezialisten gebaut werden konnte. Es werden Verbindungen zu Entführungen in Brasilien und Mexico gezogen, u.s.w.

Hauptbetroffene ist die FMLN, die von der salvadorianischen Rechten und den USA beschuldigt werden, die Friedensabkommen nicht einzuhalten. Es beginnt der Wahlkampf und den Rechten kommt die „Affaire" nicht ungelegen, um die Umsetzung der Abkommen der Friedensvereinbarungen weiter zu blockieren.

Neben dem Bedauern über das nun verlorene Material, muß natürlich gefragt werden, wer das Lager hat hochgehen lassen. Darüber gibt es die unteschiedlichsten Spekulationen:

- Die Werkstatt wurde u.a. von zahlreichen internationalen Organisationen, Botschaften und diplomatischen Personal genutzt - der Eigentümer galt als bester Mechaniker der Stadt. Eine Verbindung kann mit den Nachforschungen des spanischen Geheimdienst in Nicaragua zu tun haben, aber auch nach Brasilien und Mexico gibt es Verbindungen.

- Es muß auch davon ausgegangen werden, daß die nicaraguanische Armee, die weiterhin unter sandinistischer Führung steht, über die Waffenlager informiert war und daß die extreme Rechte und der CIA diese in Bedrängnis bringen will. Auch die konservative Regierung Nicaraguas, die von den Extrem-Rechten bei jeder Gelegenheit angegriffen wird, trägt einen Schaden davon.

- Es sollte auch noch einmal an die Affaire um die Boden-Luft-Raketen der FMLN erinnert werden. Sie kamen von der sandinistischen Armee und das Bekanntwerden führte zu einigen „Unstimmigkeiten" zwischen FMLN und FSLN.

- Nicht undenkbar ist auch eine Verbindung mit den Auseinandersetzungen innerhalb der FMLN. Nachdem Waffenlager des ERP (früher „Revolutionäres Volksheer", seit Juni '93 „Erneuerter Ausdruck des Volkes") aufgeflogen waren und das ERP im Bericht der „Wahrheitskommission" über Menschenrechtsverbrechen im 12-jährigen Bürgerkrieg, als einzige Partei der FMLN namentlich genannt wurde (wegen Liquidation von rechten Bürgermeistern; eine Praxis aller Organisationen, zu der aber v.a. das ERP sich offen bekannt hatte) waren sie im Schußfeld der Kritik. Dort stehen nun die FPL, mit denen das ERP harte Auseinandersetzungen über den weiteren Weg der FMLN hat.

Dies sind alles nur Spekulationen, gesicherte Erkenntnisse gibt es bisher kaum. Auffällig sind aber vor allem die unzähligen Geheimdienstaktivitäten verschiedener Länder und ihr jeweiliges Interesse an dieser Sache.

Vergessen werden leider oft die festgenommenen Genossen, über die kaum etwas in Erfahrung zu bringen ist, ebenso über die Entwicklung in Nicaragua, wo die „Affaire Santa Rosa" die Hetze gegen die InternationalistInnen nochmals verschärft hat.

(verschiedene Quellen)

PALÄSTINA

in der nummer 8 hatten wir ein interview mit ali jeddah, einem mitarbeiter des aic veröffentlicht. bei der diskussion um das interview waren uns die wenigen und nichtssagenden aussagen in bezug auf die situation der frauen in der intifada bzw. deren auswirkungen auf eine unabhängige frauenorganisierung aufgefallen. auf der einen seite fanden wir es wichtig, genau diesen mangel zu dokumentieren, zum anderen hielten wir ausschau nach artikeln, in denen genau diese frage thematisiert wird.

uns lag jedoch lediglich ein in unseren augen veraltetes interview (1989) mit leilah kaled vor, in dem es außerdem hauptsächlich um frauenorganisierung innerhalb der parteien ging.

da uns diese sichtweise zu einseitig war, fragten wir genossinnen, ob sie eventuell einen aktuellen, umfassenden bericht zur situation der frauen in der intifada schreiben könnten. uns erreichte daraufhin ein brief der angesprochenen genossinnen. die darin geäußerte kritik war uns nicht bekannt, und dem genossen, der das interview mit ali jeddah geführt hatte, ebenfalls nicht.

wir können nichts dazu sagen, warum die diskussionen von hamburg und berlin nicht bekannt waren, und ob und warum sie innerhalb der palästina-soligruppen nicht vermittelt wurden.

wir finden die kritik wichtig und veröffentlichen daher im folgenden die entsprechenden passagen des briefes.

dem folgt ein artikel, der einen kritischen rückblick auf die rolle der frauen in der intifada aus feministischer sicht vornimmt. er ist einer broschüre mit dem namen kahima entnommen (siehe kasten).

vielen dank sowohl für die kritik als auch für den artikel.

Liebe Clash- Leute,
bevor wir uns zu Eurer Anfrage äußern, finden wir es nötig, kurz auf das von Euch in der letzten Nummer veröffentlichte Interview mit Ali Jeddah einzugehen. Es geht uns dabei nicht um die Inhalte, sondern um die Person Ali Jeddahs.

Ali Jeddah war langjähriger Mitarbeiter des Alternative Information Centers (AIC) in Al- Quds/ Jerusalem und hat in dieser Funktion oft ausländische Delegationen/ BesucherInnen empfangen und zum Teil begleitet. Wiederholt wurden Frauen unter anderem aus Solidaritäts- Kommitees von ihm sexistisch angemacht. Eine europäische Mitarbeiterin des AIC verließ Ende der 80er Jahre wegen wiederholter massiver sexistischer Anmache und körperlicher Angriffe durch Ali Jeddah das AIC. Im Sommer 1988 wurde eine langjährige Aktivistin der Palästina-/ Libanon-Solidarität von Ali Jeddah sexistisch angemacht und nach ihrer Weigerung, mit ihm zu schlafen, von ihm im AIC als politisch „unklar“ denunziert und somit in die Nähe von Geheimdiensten gerückt. Entsprechende Beschwerden über das Verhalten dieses Typen wurden von palästinensischer Seite zunächst mit der Bemerkung, „wir wissen, daß er komische Ansichten über Frauen hat“ abgetan. Ein Jahr später wurde die Sache von palästinensischer Seite - aus verschiedenen Gründen, die hier nicht näher erläutert werden sollen - erneut aufgegriffen und Ali Jeddah wurde zur Verantwortung gezogen, u.a. verlor er seinen Job im AIC. (Wir schließen hierbei nicht aus, daß er mitlerweile von palästinensischer Seite aus „rehabilitiert“ sein könnte).

Jedenfalls zog das seine Kreise und auch im Rahmen des Palästina- Kongresses in Hamburg im Februar 1990 wurde die Sache - nachdem es einigen Leuten zunächst gelungen war, sie erfolgreich in den Kanälen interner Zensur versickern zu lassen - allem zum Trotz zur Sprache gebracht. Vielen hat das nicht gepaßt, weil das nicht in die Projektion vom „heldenhaften Revolutionär“ aus dem Trikont paßt, aber es war immerhin umstritten, ob Ali Jeddah reden darf oder nicht. Er durfte es schließlich. In Berlin, wo einige Tage später ebenfalls eine Veranstaltung mit ihm stattfinden sollte, fiel die Reaktion schon klarer aus und die Veranstaltung wurde abgesagt. So weit, so gut.

Wir können uns kaum vorstellen, daß sich Ali Jeddah so schnell so grundlegend geändert haben sollte und finden es geht für eine Zeitung Eures Niveaus und Anspruchs nicht an, so ein Interview unkommentiert (wenn überhaupt) abzudrucken. Oder habt Ihr davon nichts mitbekommen?





Frauen in der Intifada - ein kritischer Rückblick

Der Beginn der Intifada und die massenhafte Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen, brachte radikale fortschrittliche Änderungen in der palästinensischen Gesellschaft mit sich. Heute jedoch müssen wir feststellen, daß die Frauen wieder zurückgedrängt worden sind und zum Teil noch schlechtere Bedingungen haben, als vor der Intifada.
Um diese Entwicklung zu erklären, ist es notwendig, die Intifada in ihren unterschiedlichen Phasen zu betrachten.

Die erste Phase des Aufstandes, die ungefähr 3 Monate dauerte, war vor allem geprägt von spontanen Massendemonstrationen. Es bildete sich die Vereinigte Nationale Führung (VNF) der Intifada, in der alle wesentlichen palästinensischen Organisationen vertreten waren.
Frauen beteiligten sich in dieser Phase an den unterschiedlichsten Aufgaben. Unter anderem waren sie es, die Barrikaden bauten und direkt die Soldaten angriffen. Daß 1/5 der Verletzten in dieser Phase Frauen waren, läßt auf ihren Anteil rückschließen. Ein israelischer Journalist äußerte dazu überrascht in einer Zeitung: "...die sind so agressiv wie die Männer..." ("Unter Besatzern...")
In dieser Phase waren nicht nur viele Frauen aktiv, sondern auch sämtliche Teile der Bevölkerung (alte Menschen, Bauern, Jugendliche etc.). Alte gesellschaftliche Regeln und Traditionen verloren durch die Dynamik der Kämpfe ihre Gültigkeit. So war es zum Beispiel vor der Intifada, vor allem für die Frauen auf dem Land nicht erlaubt, sich abends alleine auf den Straßen zu bewegen. Über Politik wurde vorher hauptsächlich in Männerrunden diskutiert. Dies alles änderte sich durch das zunehmende Selbstbewußtsein und aktive Agieren der Frauen. Und obwohl sie auch in dieser Phase viele eher traditionelle Aufgaben wahrnahmen, war das Entscheidende, daß es viele Aktivitäten gab, die diesen Rahmen sprengten und neue Realitäten setzten. Die Frauen hatten sich ihren Platz in der Öffentlichkeit erkämpft und wurden respektiert: z.B. sank die Zahl der Morde an Frauen aufgrund der Verletzung der Familienehre im Anfang der Intifada auf fast Null, Mädchen wurden nicht mehr so jung verheiratet oder in Ehen gezwungen.
Diese Phase war jedoch nur von kurzer Dauer:

War die erste Phase durch Demonstrationen , Communiques, Mollotow-Cocktails, Messer und Steine gekennzeichnet, so war die zweite Phase (März '88 bis Herbst '88) die des zivilen Ungehorsams; z.B. Arbeitsverweigerung in zionistischen Betrieben, Boykott zionistischer Produkte und Dienstleistungen usw. In dieser Zeit entwickelten sich in jedem Stadtteil, in den Lagern und Dörfern Volks- und Nachbarschaftskomitees, die den Frauen, aber auch den anderen Teilen der Bevölkerung neue Strukturen zur Teilnahme boten.
Der Fortschritt dieser Entwicklung lag in der Organisierung und Koordinierung der Aktivitäten und im Aufbau von neuen bzw. erweiterten gesellschaftlichen Strukturen. Nachbarschafts-, Frauen- und Gesundheitskomitees schufen einen neuen kollektiven Rahmen für die Organisierung. Sie mobilisierten die Menschen durch die darin konkret vorstellbare neue Gesellschaft und durch die entstehenden Grundlagen einer Volksherrschaft.
Eine Schwäche in dieser Phase der Intifada lag jedoch darin, daß die Organisationen der PLO (Fatah, DFLP, PFLP..) in den Volkskomitees nicht eine Politik betrieben, die Beteiligung der Massen auszuweiten und zu stärken, sondern daß sie die Macht der Basis faktisch einschränkten. So wurden die Frauen beispielsweise zurückgedrängt in Bereiche, die sich mit der traditionellen Rolle der palästinensischen Frau gut vertragen. Frauen organisierten nunmehr hauptsächlich den illegalen Schulunterricht und die häusliche Ökonomie; nicht vertreten jedoch waren sie bezeichnenderweise in den entstehenden Popular Armies, den sogenannten Schlagenden Truppen. Diese Gruppen organisierten das Aufspüren, Verhören und Liquidieren von Kollaborateuren, weil diese dem zionistischen Staat Hinweise geben, die zu Gefangenschaft, Folter, Mord von Palästinenserinnen und Palästinensern führen. Sie machten Propagandamärsche und Kundgebungen und sollten den Grundstein bilden zum Aufbau einer Volksarmee. (Es kam aber auch vor, daß sie Frauen ermordeten, denen eine "unmoralische Lebensweise" vorgeworfen wurde...)

wir erhielten nur die übersetzung der 1. seite dieses artikels. in der broschüre folgen noch einige mehr. tut uns leid. die säzzer!



In der Ausgabe 24/93 des Nachrichtenmagazins „FOCUS" wird ein verfälschtes Interview mit dem Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan abgedruckt. Am 18. Juni besetzten ca. 40 KurdInnen kurzzeitig die Redaktion in München und am 22. Juni griffen 4 Kurden die Redaktion an und zerstörten mehrere Redaktionsräume und Büromaterial.

Donnerstag, 24. Juni - Europaweiter Aktionstag: Stoppt die Massaker in Kurdistan

B R D

Hamburg: Firmen angegriffen, Versuch das Generalkonsulat zu besetzen
Münster: Besetzung des Generalkonsulats
Hannover: Blockade des Konsulats
Berlin: Banken angegriffen
Essen: Randale vor Konsulat
Köln: Banken angegriffen
Bonn: Blockade vor Botschaft, Bank angegriffen
Dortmund: Bank angegriffen
Mannheim: Firmen angegriffen
Karlsruhe: Blockade des Konsulats
Stuttgart: Banken und Firmen angegriffen
Frankfurt/M: Bank angegrifffen
München: Geiselnahme und Besetzung des Generalkonsulats
Weitere Angriffe in Gelsenkirchen, Düsseldorf, Duisburg, Ulm

F r a n k r e i c h

Paris: Banken angegriffen
Lyon: Firmen angegriffen
Marseille: Geiselnahme und Besetzung des Konsulats

S c h w e i z

Zürich: Firmen und Konsulat angegriffen
Genf: Firmen angegriffen
Bern: Versuchte Besetzung der Botschaft. Mehrfach schießen Botschaftsangehörige. Ein kurdischer Genosse wird ermordet.

G r o ß b r i t a n i e n

London: Bank besetzt

D ä n e m a r k

Kopenhagen: Aktionen

S c h w e d e n

Stockholm: Aktionen

Solidaritätserklärung

Verabschiedet auf dem ersten Kongress zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels, Köln 27.6.1993

Wir solidarisieren uns mit den Protestaktionen der Kurdinnen und Kurden vor und in staatlichen Einrichtungen in Westeuropa.

Der einseitig erklärte Waffenstillstand der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), um das Blutvergießen zu beenden und eine politische Lösung zu finden, wurde vom türkischen Staat mit Mord, Folter, Festnahmen und Vertreibung beantwortet.

Die imperialistischen Staaten Westeuropas und die USA, deren Interessen durch die NATO vertreten werden, um den Nahen Osten auszubeuten, sind am Blutvergießen in Kurdistan beteiligt, allen voran Deutschland.

Gerade der bundesdeutsche Staat verschenkt und verkauft die notwendigen militärischen Mittel an den türkischen Staat. Er fördert den Tourismus in der Türkei, um sie mit den für Waffenkäufen notwendigen Devisen zu versorgen.

Die BRD preist den türkischen Staat als Demokratie an, obwohl alle Menschenrechtsorganisationen das Gegenteil bestätigen.

Daher gilt unsere Solidarität den Kurdinnen und Kurden, die in der BRD und anderen westeuropäischen Staaten, welche am Völkermord in Kurdistan beteiligt sind, protestiert haben.

Angesichts des systematischen Krieges gegen das kurdische Volk, unter massiver Beteiligung der BRD und anderer Staaten, betrachten wir die letzte Woche in Europa durchgeführten Aktionen als legitim.

Wir unterstützen den Boykott des Tourismus in die Türkei.

Wir solidarisieren uns mit der Forderung nach Selbstbestimmung der Kurdinnen und Kurden.

Wir solidarisieren uns mit den gefolterten, verhafteten und geflohenen Menschen aus Kurdistan und der Türkei und gedenken jenen in diesem Kampf ermordeten.

DESWEGEN

- wenden wir uns gegen die Auslieferung der BesetzerInnen und anderer AktivistInnen der letzten Woche, sowie gegen jegliche Abschiebung in das Folterland Türkei.

- wenden wir uns gegen ein Verbot der PKK, die von vielen KurdInnen als legitime Vertreterin angesehen wird.

- fordern wir den Stopp der Militärhilfe an die Türkei.

- fordern wir die sofortige Freilassung des Freiburger Journalisten Stefan Waldberg, der wegen angebli cher Kuriertätigkeit für die PKK in Kurdistan im Knast sitzt.

- darüber hinaus unterstützen wir die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen hier und überall.

Mit internationalistischer Solidarität

Köln, den 27.6.1993

Die Besucherinnen und Besucher des Kongresses; Infoladen Köln; Wohlfahrtsausschuß, Köln; Stadtrevue; Transparent Köln; Anares Medien; Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen; Fantifa; Autonome Antifa (alle Köln); Rote Hilfe Bonn; AK Internationalismus, Bonn; Stahlarchiv (Art Group), Sektion Düsseldorf, Sektion Berlin; Edition ID-Archiv, Berlin; Bunte Hilfe Ravensburg; Autonomes Kulturzentrum Hanau und viele Einzelpersonen

Erläuterung zum Kongress

Nach den rassistischen Progromen in Rostock-Lichtenhagen gründeten Musiker, DJs, Künstler, Autoren und Journalisten sogenannte Wohlfahrtsausschüsse in Hamburg, Frankfurt/M, Köln und Düsseldorf.
Vom 25.6. - 27.6.93 fand ihr erster Kongress statt
Er stand unter dem Thema: Erster Kongress zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels.
- die Wohlfahrtsausschüsse stellten sich vor
- Diskussionen fanden unter den Obertiteln -Perspektiven linker Theorie und -Waffen gegen rechtes Denken statt.
Dazu waren ReferentInnen eingeladen. Pro Tag nahmen ca 500 BesucherInnen an den Veranstaltungen teil. An den Abenden fanden Konzerte statt.

Kopenhagen, den 18. Mai



Nachrichten aus Dänemark über den 18. Mai, die Verhafteten und Verwundeten und die Mobilisierung gegen den EG-Gipfel

Wir freuen uns sehr darüber, daß die Nachrichten von die Ereignisse am 18.Mai so viele verschiedene Menschen überall auf der Welt erreicht haben. Das kommt nicht sehr oft vor bei Ereignissen in Dänemark. Dänemarks internationales Ansehen hat seit dem 18. Mai einigen Schaden genommen - Dänemark hat seine Unschuld verloren, wie eine bürgerliche Zeitung schrieb. Eine Unschuld, die es allerdings niemals hatte.

Vielleicht ist es notwendig, ein wenig über die Geschichte von Maastricht, EG und Dänemark zu schreiben. Dänemark wurde 1972 Mitglied in der EG. Zu dieser Zeit war die EG eine rein ökonomische Einrichtung mit dem Ziel, den europäischen Kapitalisten möglichst gute Rahmenbedingungen zu schaffen (ökonomische Stabilität etc.). Während der 80er wurde klar, daß den Kapitalisten und ihren bürgerlichen Repräsentanten in den Regierungen die ökonomische Kooperation nicht ausreichte und eine politische Union benötigt wurde. Dieses Bedürfnis führte zum Vertrag von Maastricht. Weil die dänischen Wähler diesen Vertrag am 2.6.1992 ablehnten, beschlossen die dä-nischen Politiker, daß ein neues Referendum abgehalten werden sollte - nicht über Maastricht, sondern über das sogenannte Edinburgh-Abkommen. Von diesem Abkommen wird angenommen, daß es sich stark vom Maastrichter Vertrag unterscheidet. Viele Ökonomen und andere Experten scheinen aber zu denken, daß sich seit Masstricht nichts wirklich geändert hat. Nichtsdestotrotz hat das dänische EG-Establishment durch eine massive Kampagne fast aller Parteien, der gesamten Presse und des vereinigten Kapitals die "Zustimmung" der Wähler er-rungen. Sie haben das mit Hilfe von Drohungen - "wenn Sie nicht mit JA stimmen, werden viele Menschen gefeuert werden" - von Versprechen - "wenn Sie mit JA stimmen, werden die Steuern fallen" - und anderem erreicht. Ihr Haupt-Argument war, daß Dänemark im Falle eines NEINs eine lange Rezession und Krise zu erwarten hätte. EG-Wirtschaftsexperten geben zu, daß die ganze EG ca. 30-50 Jahre Wirtschaftskrise zu erwarten hat.

Für den Tag des Referendums vereinbarten Leute aus der militanten linken Szene eine "Party" auf einem Platz in Noerrebro, einem Arbeiterviertel in Kopenhagen.

Sinn dieser "Party" sollte es sein das "Gesicht" des militanten Widerstands in Dänemark zu zeigen. Als das Ergebnis des Referendums bekannt wurde, gingen viele Leute auf die Straße und begannen, Barrikaden zu bauen. Ein Transparent mit der Aufschrift "Noerrebro - EG-freie Zone" wurde aufgehängt. Als die Bullen kamen und die ersten CS-Gas Granaten über die Barrikaden feuerten, wurden die Leute verjagt. Zuerst sah es so aus, als ob jetzt alles vorbei wäre, aber die Leute sammelten sich an einem nahe gelegenen Platz, Sankt Hans Torv, wieder und begannen dort, sich auf ein Zusammentreffen mit den Bullen vorzubereiten. Als die Bullen kamen, wurden sie mit Massen von Steinen empfangen und mußten sich zurückziehen. Das ging einige Stunden lang so weiter. Dann zogen sie ihre Pistolen und feuerten Warnschüsse in die Luft. Aber das war nicht genug. Die Leute warfen einfach weiter Steine auf sie. Dann schoß die Polizei direkt in die Menge. Viele Menschen wurden verletzt, aber die Kämpfe gingen weiter. Die Leute schienen sich nicht allzusehr um die Schüsse zu kümmern, zumindest nicht in dieser Nacht. Die Kämpfe gingen am frühen Morgen zu Ende. Die Polizeikugeln verwundeten 11 Menschen, 40 wurden festgenommen/verhaftet.

Die Festgenommenen und die Gefangenen

In der Nacht des Referendums wurden mindestens 11 Personen durch Polizeikugeln verletzt. Es ist ein Wunder, daß niemand getötet wurde; die schüsse wurden wahllos in die Menge hinein gefeuert. Ein Mensch wurde am Kiefer getroffen, wobei die Kugel sehr knapp an der Aorta vorbei-ging. Er blieb am Leben, aber seine untere Zahnreihe wurde zerstört. Einer wurde in den Rücken ge-troffen, sehr nah an der Wirbelsäule. Zwei wurden in den Bauch gertoffen; einer von ihnen bekam zwei Kugeln in die Leiste und eine in Magen und Darm. Ihm wurden 25 cm Darm herausoperiert. Die anderen wurden in Beine und Arme getroffen, einer direkt unter der Kniescheibe.

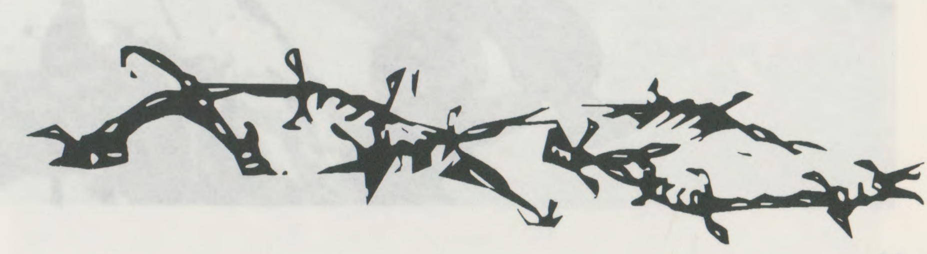
Am nächsten Tag kam die Polizei in´s Krankenhaus, um die Verletzten festzunehmen. Sie behaupteten, daß niemand außer den Krawallmachern durch die Kugeln getroffen worden sein konnte. Die anderen Festgenommenen wurden am nächsten Tag dem Richter vorgeführt. Sie blieben fast alle 13 Tage in Haft. Eine Frau verweigerte vor Gericht und bei der Polizei die Aussage, weswegen sie in Einzel-haft kam.

Die Polizei behauptete von Anfang an, daß die Krawalle von kleinen Gruppen Militanter geplant gewesen wären und versuchten, die Leute nach dem sogenannten Aufstands-Gesetz anzuklagen, ein Gesetz das in der dänischen Rechtsgeschichte noch nie angewandt wurde. Dieses Gesetz sieht als Höchststrafe Lebenslänglich vor..

Dieses Gesetz wurde als Drohung gegen die Verwundeten benutzt, während sie noch im Krankenhaus waren, isoliert von FreundInnen und Angehörigen. Die Verwun-deten wurden in jeder erdenklichen Weise von der Polizei schikaniert und bedrängt. Einige von ihnen wurden photographiert und Fingerabdrücke abgenommen, während sie noch unter Narkose waren. Gleichzeitig wurden ihre Kleidung und ihre Sachen konfisziert,

Bei einem Mann, der verurteilt wurde, wurde das Urteil sofort vollstreckt. 60 Tage, weil er 4 Steine auf die polizei geworfen hatte. Der Staatsanwalt war trotzdem nicht zufrieden und ging bei der nächst-höheren Instanz in Revision.

Neben den 11 Verwundeten wurden noch etwa 30 Andere während und nach den Riots festgenommen.



Kriminalisierung und Repression nach den Riots

Wegen des großen Medien-interesses (national wie inter-national) an dem Verhalten der Polizei am 18. Mai beschloß der Polizeichef, daß es nötig sei, einen Bericht anzufertigen - eine Rein-waschung der Aufstands-bekämpfungs-Polizeitruppen und insbesondere der Polizei in Zivil. Aber der Bericht ist vor allem ein Versuch, große Teile der Wider-stands-Szene in Kopenhagen zu kriminalisieren. Viele Personen sind namentlich genannt und mit bestimmten Gruppen in Verbind-ung gebracht. Die Polizei bekam Informationen von der Presse, insbesondere von der bürgerlichen Zeitung "Weekend Avisen". Diese Zeitung hat in einer Serie von Artikel die "auto-nome Seuche" "beschrieben". Der Journalist, der diese Artikel schrieb, hat eine "tolle" Arbeit gemacht, indem er für die Polizei Nachforschungen bertieb. Er hat nicht nur Namen und Fotos von Menschen veröffentlicht, seine Arbeit zeichnet sich auch durch ein großes Maß an erfinderischer Fantasie aus: er erfindet Ver-bindungen zwischen Gruppen, die keine Verbindung miteinander haben und stellt völlig legale und offene Aktivitäten so dar, daß sie kriminell und konspirativ wirken. Dieser Journalist wie auch ein Kollege von der größten Boulevardzeitung wurden von der militanten Szene Dänemarks boykottiert, weil sie als Informanten für die Polizei (und die Faschisten) arbeiten.
In Anlehnung an diese Artikel kommt der Polizeibericht zu dem schluß, daß die Drahtzeiher Kom-munisten und Kriminelle waren!!!

"Unglücklicherweise" wurde die Polizei vom Rest der Presse stark dafür kritisiert, daß sie auf seine Informationen zurückgriff, obwohl deren Unzuverlässigkeit für jeden offensichtlich sein sollte. Auch die Geheim-Polizei (PET, der Plizei-Geheimdienst) hat den Bericht kritisiert. Sie betont, daß sie nichts von einem organisierten riot am 18. gehört hatten: "Wenn da irgend etwas geplant gewesen wäre, hätten wir davon gehört." Eine zweite Untersuchung der Ereig-nisse vom 18. Mai wurde nicht von der Polizei, sondern vom Direktor der Staatsanwaltschaft begonnen. Dieser Bericht wird im Herbst erwartet und er soll sowohl die riots als auch das Vorgehen der Polizei untersuchen. Wir sehen das als einen versuch, sowohl die Polizei-Schüsse zu legitimieren als auch eine massive Repressions-welle gegen die militante Szene in Gang zu setzen. Die Polizei hat dazu aufgerufen, private Fotos und Videos zur Verfügung zu stellen, um zu helfen herauszufinden, "was wirklich geschah" (auf deutsch: die Aktivisten zu identifizieren). dieser Aufruf wurde auch in der einzigen kommunistischen Tages-zeitung Dänemarks veröffentlicht!

Wir verstehen jeden Bericht von der Polizei oder sonstwem als einen Versuch, den militanten Widerstand und die Linke insgesamt zu kriminalisieren, denn ihr einziger Zweck ist, ähnliche riots zukünftig zu verhindern.



Selbst-Kritik und Bewertung

★ Für viele war es schwierig, die Ereignisse als etwas positives zu begreifen: wegen der Massen von Tränengas, der vielen Verwundeten und Verhafteten, der folgenden Medien-Hysterie und auch der zu erwartenden Repression gegen uns. Für viele von uns war es wichtig, unsere Situation nach dem 18. Mai auszudrücken, vor allem in Bezug auf die Menschen, die mitgemacht haben, aber normalerweise keine Verbindung zur militanten Linken haben. Auch unsere Verbindungen überhaupt zu anderen Menschen müssen ausgewertet werden (obwohl die Ereignisse sich in einem Arbeiterviertel zutrugen, haben sich viele Anwohner von den riots wie auch ihrem Grund distanziert).

Auch die Reaktion der reformistischen Linken war von Distanzierung und Verurteilung geprägt. Manche waren mehr mit der Verurteilung der riots beschäftigt als mit dem Polizei-Einsatz. Die linke Kritik an der Polizei konzentrierte sich auf die Fehler der Polizei, die zu den Schüssen führten: Mangel an Tränengas, an Personal, schlechte und ziellose Führung und taktisch unkluge Manöver. Erstaunlich genug, daß eine Frau von der bürgerlichen Anti-EG-Bewegung feststellte, daß diese Verhaltensweisen (die riots) zu erwarten waren, solange die Politiker ihre "demokratische Verantwortung" nicht ernst nehmen. Natürlich stimmen wir nicht mit ihr überein, aber sie tat etwas, was kein anderer Politiker zu Wege brachte. Sie versuchte, die Ereignisse in einem soziologischen Kontext zu analysieren. Das ist nicht notwendigerweise positiv, aber die Wende, die sie der Debatte gab, war wertvoll. Die Reaktionen anderer Politiker, von Sozialdemokraten bis zu Rechts-Liberalen, waren entweder Vereinfachung wie: "Die Krawallmacher waren drogenabhängige Hooligans" oder Mystifikationen wie: "Die ganze Sache war von langer Hand vorbereitet von Kommunisten, Anarchisten und (wir haben es schon geahnt) Terroristen."

Am Tag der riots waren viele Menschen auf der Straße und machten ihrem Zorn Luft. Das war natürlich positiv, egal von welcher Seite man es betrachtet. Aber wir als organisierte Gruppen haben es nicht geschafft, Bedingungen zu schaffen, in denen sich neue Leute "zu Hause" fühlen konnten. Bedingungen, die es ihnen erlaubt hätten, ihre Gefühle über das Geschehene auszudrücken, ohne dafür verdammt zu werden. Viele Leute, die in den Straßenkämpfen aktiv waren, haben sich später davon distanziert oder waren nicht fähig, politische Argumente gegen die Reaktionen z.B. ihrer Familien und Freunde zu formulieren.

Wir leiden stark unter dem Fehlen von Organisierung und Strukturen. Das wurde in Bezug auf die Verhafteten sehr deutlich. Es hat sehr lange gedauert, bis wir wußten, wer verhaftet worden war, wie lange sie in Untersuchungshaft bleiben würden, und wir waren nicht sehr gut im Aufrechterhalten des Kontakts mit ihnen nach ihrer Freilassung. Dieser Mangel an Organisierung zeigte sich auch in Bezug auf unsere internationalen Kontakte. Es hat zu lange gedauert, bis wir Erklärungen in der internationalen Info-Struktur veröffentlichten.

Trotz dem großen Widerstand vor und nach dem Referendum ist die Realität das JA. Aber der Kampf gegen Maastricht und die kapitalistische Vereinigung in der EG geht weiter. Nur 4 Wochen später fand in Kopenhagen der EG-Gipfel statt. Aus Protest dagegen haben wir 5 Aktionstage gegen den EG-Gipfel organisiert. Die Vorbereitung dieser Aktionstage lief schon seit einem halben Jahr, aber am Ende war das zu wenig. Der Katzenjammer nach dem 18. Mai hat zu viel Energie gekostet. Viele Leute hatten Angst bekom-men, die Polizei und die Presse erwarteten neue riots (ein Boulevard-Blatt behauptete sogar, daß wir die Ermordung eines Polizisten planten). All das zusammen verunsicherte die Leute, was in einer Auftakt-Demonstration mit weniger als 300 Teilnehmern resultierte. Alle Aktivitäten während der 5 Aktionstage waren von einem Mangel an Teilnehmern und Enthusiasmus bestimmt. Der Diskussionstag war allerdings ein Erfolg. Das Ziel war, über Perspektiven militanter Politik, Organisierung und die Etablierung von Alternativen zu diskutieren. Diese Diskussion wurde nach den Aktionstagen fortgesetzt und viele neue Leute nehmen daran Teil. Wir hoffen, daß diese Themen Teil einer internationalen Diskussion werden können und wir möchten dazu in Zukunft auch beitragen.

Revolutionäre Grüße aus Kopenhagen

Juli 1993



Ein Genosse wurde hingerichtet

**Sie haben ihn gehaßt, weil er gegen das Unrecht aufgestanden ist, für das sie verantwortlich sind: an Flüchtlingen, Frauen, Obdachlosen, Gefangenen, in Kurdistan, in der "Dritten Welt",...
Wolfgang war ein Genosse in den Kämpfen um Befreiung.**

**Wolfgang, wir werden dich nicht vergessen!
In jedem Schritt im Kampf um Befreiung wirst du weiterleben!**

Am 27. Juni 1993 wurde in Bad Kleinen/BRD Wolfgang Grams von den Bullen erschossen und Birgit Hogefeld verhaftet, beides GenossInnen aus der Roten Armee Fraktion (RAF).
Wolfgang hatte versucht zu flüchten, er wurde aber nicht bei der Schießerei getötet. Wolfgang wurde anschließend, als er verletzt und wehrlos am Boden lag, ermordet.
Seitdem versuchen die staatlichen Behörden alles, um den tatsächlichen Ablauf und die Hintergründe dieser mörderischen Staatsschutz "Aktion" zu vertuschen und zu verfälschen.
Die Obduktion von Wolfgangs Leiche wurde in aller Heimlichkeit durchgeführt. Dabei sorgten Vertreter von Polizei und Bundesanwaltschaft dafür, daß möglichst viele Spuren am Körper von Wolfgang vernichtet werden.
Trotzdem wurde nach einigen Tagen öffentlich bekannt, daß Wolfgang durch einen aufgesetzten Kopfschuss getötet wurde.
Es gibt zwei Zeugen, die gesehen haben, daß Wolfgang von Beamten mit einem Kopfschuss hingerichtet wurde, aber die Behörden versuchen mit allen Tricks, sie in derÖffentlichkeit als unglaubwürdig hinzustellen.

Zuerst behauptete das BKA, daß es keine Videoaufnahme vom Geschehen in Bad Kleinen gäbe. Ca. zwei Wochen später gab es plötzlich doch eine, die aber offensichtlich manipuliert wurde. Der entscheidende Zeitraum ist herausgeschnitten.
Und das sind nur einige wenige Beispiele.

Wolfgang und Birgit sind an die Bullen verraten worden. Der Verräter ist ein Verfassungsschutz-Spitzel, der seit ca. 9 Jahren in der linken Scene "arbeitete".
BKA und BAW wußten mindestens 7 Wochen vorher von dem Treffen in Bad Kleinen. Es kann bis jetzt noch nicht klar gesagt werden, ob Wolfgangs Hinrichtung von höherer Stelle angeordnet wurde oder ob die eingesetzten GSG 9 Bullen (seit Anfang der 70er Jahre existierende "Anti"-Terror Einheit) im Alleingang schossen. Die Verantwortung liegt in jedem Fall bei den Spitzen des deutschen Staates, denn die GSG 9 wird zum Töten gedrillt. Außerdem kann sich diese staatliche Terror-Einheit der Deckung und Straflosigkeit für alles was sie tut sicher sein.

Der Spitzel

Er heißt Klaus Steinmetz, 1960 geboren, 1,73 groß, blaue Augen, schlanke, durch seine Kleidung oft kräftiger wirkende Figur. Er hat eine helle, natürliche Haarsträhne im vorderen oberen Kopfbereich, ansonsten hellbraune Haare, ausgeprägte Körperbehaarung. Er hat eine zurückstehende vordere obere Zahnreihe. Er spricht pfälzer Dialekt, hat Kenntnisse der englischen und französischen Sprache und ist ein ausgesprochener Computerfreak, hat sehr gute Kenntnisse in Soft- und Hardware und ist Computerspielsüchtig. Außerdem ist er Tischtennisspieler, Motorradfahrer und Kampfsportfan.



Eine Woche nach dem Mord in Bad Kleinen trat der deutsche Innenminister, Seiters, zurück. Kurze Zeit später mußte auch der Leiter der BAW, von Stahl, gehen. Beides hat jedoch keine große Bedeutung, denn die Apparate, denen diese beiden Herren vorstanden, bleiben unangetastet. Im Gegenteil - jetzt sollen die Polizeiapparate noch weiter ausgebaut werden. Der neue Innenminister, Kanther, ist ein noch stärkerer "Sympathisant" rechtsextrem-faschistischer Gruppierungen als sein zurückgetretener Vorgänger. Mit Kanther als Innenminister ist klar, daß der deutsche Staat noch schärfer gegen Flüchtlinge, AntifaschistInnen und Linke vorgehen wird als bisher schon.

Es ist nicht neu, daß der Nachfolgestaat des Nazi-Faschismus politische Gegner tötet. Allein seit 1970 hat er mindestens 30 Revolutionäre - Frauen und Männer aus der bewaffneten und unbewaffneten Linken und Gefangene - ermordet. Die Hinrichtung von Wolfgang steht ganz in dieser "Tradition". Zwar sah es vor ungefähr 1 1/2 Jahren so aus als wolle die BRD die RAf auf einem anderen Weg "neutralisieren" - der damalige Justizminister und heutige Außenminister Kinkel kündigte die Freilassung politischer Gefangener an. Aber nachdem diese Ankündigung außer der Freilassung von Günter Sonnenberg sowieso schon kaum konkrete Ergebnisse hatte, ist nach dem mörderischen Polizeieinsatz von Bad Kleinen einmal mehr klar, daß die BRD weiterhin auf Fahndung und die militärische Zerschlagung der Guerilla setzt.

Isolationsfolter gegen Birgit Hogefeld

Birgit ist seit ihrer Verhaftung in Isolationshaft. Andere Gefangene dürfen nicht mit ihr sprechen, die Zellen über, unter und neben ihr sind leer. Massenhafte "kleine" Schikanen wie z.B. die Behinderung der Post runden das Isolationsprogramm ab. Da die deutschen Staatsschutzbehörden seit 7 Jahren niemanden aus der Guerilla mehr gefangennehmen konnten, soll sie jetzt für alle Aktionen der letzten Jahre verantwortlich gemacht werden.

Viele Grüße an Birgit!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !!!

Wer ihr schreiben möchte:
Birgit Hogefeld
über Ermittlungsrichter am BGH
Postfach 16 61
76125 Karlsruhe
BRD

Demonstration zum Tod von Wolfgang Grams in Wiesbaden am 10.7.1993

In Wiesbaden, der Stadt wo Wolfgang und Birgit gelebt und politisch gearbeitet haben, bevor sie in die Illegalität gingen, fand zwei Wochen nach Wolfgangs Tod eine Demonstration statt, an der sich ca. 3500 Menschen beteiligten. Verschiedene linke Gruppen hatten dazu aufgerufen, die Trauer und Wut über Wolfgangs Ermordung auf die Straße zu tragen. Auf den Kundgebungen sprachen seine Angehörigen, Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Beiträge politischer Gefangener wurden vorgelesen, GenossInnen, die Wolfgang und Birgit von früher kennen, VertreterInnen von Flüchtlingsinitiativen und antifaschistischen Gruppen. Außerdem wurde ein Brief der RAF zu seinem Tod und Birgits Verhaftung verlesen.

Die staatlichen Behörden konnten es sich angesichts der offensichtlichen Hinrichtung von Wolfgang und der öffentlichen Empörung darüber nicht leisten, die Demonstration zu verbieten. Deshalb versuchten sie sie mit einem gigantischen Polizeiaufgebot zu ersticken: ca. 2200 Polizisten, darunter verschiedene SEK Einheiten (Sondereinsatzkommandos, ähnlich ausgebildet wie die GSG 9) "begleiteten" die Demonstration. Im Vorfeld versuchten sie mit einer groß angelegten Hetzkampagne, die EinwohnerInnen von Wiesbaden gegen die Demonstration aufzuhetzen und möglichst viele Menschen davon abzuhalten, sich zu solidarisieren.

Trotzdem war es eine gute Demonstration mit vielen Transparenten, roten Fahnen, Redebeiträgen, Parolen und Musik.

GenossInnen aus Uruguay, Puerto Rico, Norwegen, Italien, Dänemark, Türkei, Iran, Kanada, einer deutsch-niederländischen schwulen Aktionsgruppe und aus der BRD hatten Grußbotschaften geschickt, die während der Demonstration verlesen wurden.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT



geführt über die, durch den Westen organisierte, Ausbeutung und Unterdrückung der südlichen Länder. Doch die Linke kann, was internationale Kampfperspektiven angeht, nicht länger festhalten an den Formen die wir kennen aus den 70'ern und 80'ern. Die Befreiungsbewegungen und -kämpfe haben einen anderen Charakter bekommen. Der revolutionäre Sturm, der Ende der 70'er/Anfang der 80'er unter dem Einfluß der sandinistischen Revolution über Lateinamerika wehte, ist wieder verschwunden mit der Wahlniederlage derselben Sandinisten. Die Art, durch den der revolutionäre Prozeß in Nicaragua sabotiert ist, durch Hunger und Krieg, hat zu dem Bewußtsein geführt, daß ein Sieg über den Imperialismus eine längerdauernde Sache ist, wofür neue Kampfformen und Strategien entwickelt werden müssen. Teilweise wird versucht, die Ergebnisse aus Jahrzehnten schwerer und blutiger Kämpfe am Verhandlungstisch zu konsolidieren, und von da aus Veränderungen zu erzwingen. Guerillabewegungen haben sich gewandelt in legale Organisationen, und haben teilweise einen parlamentarischen Weg gewählt. Parallel daran hat der Kampf in den Slums, der Kampf von Basisbewegungen, der Kampf um die alltägliche Existenz an Größe gewonnen. Die Volksbewegungen sind, teilweise durch den relativen politischen Raum, den die "Demokratisierung" gebracht hat, zu starken Bewegungen gewachsen. All diese Entwicklungen haben die Linke in Europa in große Verwirrung gebracht. Jetzt, wo die Hoffnung auf schnelle revolutionäre Veränderungen anderswo verflogen ist, scheint es auch aus zu sein mit dem Interesse. Solidaritätsbewegungen stürzen blitzschnell hinein, oder erklären ihre Selbstauflösung, weil die Arbeit getan wäre. Mandela ist ja draussen, der ANC und De Klerk reden wieder miteinander und die Wahlen finden bald statt.... Genau da ist die Schwachstelle gewesen in der Art, wie die Linke den internationalistischen oder antiimperialistischen Kampf gestaltet hat. Die Linke hat sich zu abhängig gemacht von den Kämpfen anderswo, auf die viel Hoffnungen projeziert wurden, und hat ihre Kritik am Imperialismus zu wenig auf hier bezogen. Obwohl es schon ein Bewußtsein gab über die Verbindung zwischen dem Kampf hier und dort, war der Kampf doch im allgemeinen bestimmt durch die Entwicklungen dort. Der Zusammenbruch der Solidaritätsbewegungen mit, zum Beispiel, Süd-Afrika, El Salvador und Nicaragua ist bezeichnend. Dabei ist Unterstützung heute noch genau so notwendig wie früher. Und noch immer gilt, daß die beste Form der Solidarität darin besteht, hier Veränderungen zu erkämpfen. Die Linke in Europa ist, in gewisser Hinsicht, jetzt mehr auf sich alleine zurückgeworfen, und muß sich in erster Linie verwurzeln in die eigene Gesellschaft. Mit mehr Bezug zu den eigenen Erfahrungen, zur eigenen Geschichte, Kultur und (Widerstands-)Tradition. Das Erkämpfen von fundamentalen Veränderungen in den westlichen Gesellschaften ist nicht nur von Bedeutung für den Selbstbestimmung der Länder in der 'Dritten Welt'; es geht auch einfach um die Lebensbedingungen, Freiheit und Selbstbestimmung hier. In dem Sinne: hoch die internationale Solidarität.

Worum es geht, ist das Bewußtsein über den Zusammenhang. Ursache und Folge müssen wieder in die richtige Reihenfolge gesetzt werden. Europa ist geboren worden aus Sklaverei, Völkermord, Kolonialismus. Unser Wohlstand ist Produkt aus Jahrhunderten der Unterdrückung und Ausbeutung. Diese sogenannte 'vielfarbige' Gesellschaft ist ein Produkt der kolonialen Geschichte und neokolonialen Gegenwart. Zunehmende rassistische Aggression, Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge, Hetze gegen Illegale, die Ausgrenzung von Flüchtlingen sind dafür Beispiele. Und genau so wie sie benutzt werden um ein System aufrecht zu erhalten, daß für wenige Profit bringt und für viele Erniedrigung, werden auch große Gruppen anderer Menschen geopfert am goldenen Kalb des kapitalistischen Fortschritts. Es gibt viel zu gewinnen, im Kampf für fundamentale Veränderungen!

Raum für Veränderungen

Wir haben die Etage, in der die DIA sitzt, besucht. Die DIA hat eine Drahtzieherfunktion bei der Illegalenjagd. Die Razzia bei Blokker (Verteilerzentrum einer Ladenkette, Anm. d. Übers.) war ein Beispiel ihres Könnens. 120 Polizisten, Hunde und Hubschrauber wurden eingesetzt bei der Durchsuchung des Verteilerzentrums, auf der Suche nach Menschen mit einer verdächtigen Hautfarbe. Wenn es Zweifel gab über die Nationalität, mußten Menschen "Kwartje" sagen. Wenn der Aussprache nicht holländisch genug war für die feingetönten Ohren der Beamten, wurden sie abgefrachtet. Einen Stempel auf die Hand und abtransportiert zum Rathaus, wo ein gemein grinsender CDA (Christ-demokraten, Anm. d. Übers.) - Bürgermeister sagt, daß so ein unschöner Anblick einfach zu vermeiden wäre, wenn nun endlich mal die Ausweispflicht eingeführt würde. Aber auch kleinere Aktionen sind gut genug für diese Bullen. Tag für Tag fahren sie rum und halten Razzien ab. Die DIA hat seit ihrem Entstehen 1987 betont, daß die Arbeitslosigkeit nicht gelöst werden kann, solange es noch Illegale gibt. Vor kurzem sind ihre Anstrengungen belohnt worden mittels eine Verdopplung ihrer Gelder und des Personals. Das heißt mehr Razzien, mehr Opfer, mehr Erniedrigung, mehr Angst. Daß sie gerade ihren Hauptsitz im Ministerium für Soziales und Arbeit haben, symbolisiert die Verknüpfung zwischen Sozialabbau, Illegalenjagd und Flüchtlingspolitik.

Wir wollen nicht tatenlos zusehen wie Menschen geschunden werden. Wie Rassismus schleichenderweise zu Normalität wird. Wir haben die Menschenjäger der DIA für einen Moment spüren lassen wollen, wie es ist, gejagt zu werden. Wie es ist, Ziel zu sein, gebrandmarkt zu werden. Wir kämpfen gegen eine Politik und eine politische Kultur, in der es Opfer gibt, aber anscheinend keine Täter. Der Kampf gegen die MigrantInnen- und Flüchtlingspolitik ist ein Kampf für eine menschwürdige Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der es eine Zukunft gibt für alle! In der niemand Angst zu haben braucht vor dem nächtlichen Klopfen an der Tür, vor einer Behörde, die kühl und berechnend Leben zerstört. Um dahin zu kommen müssen wir Raum für Veränderungen schaffen, durch Aktionen, Aufbau von Strukturen, Austausch und Vermittlung von Ideen. Daran wollten wir mittels dieser Aktion ein Beitrag leisten.

Bis zum nächsten Mal!

Revolutionäre
Anti
Rassistische
Aktion

Juli 1993

Bemerkung der Konfrontatie: An der markierte Stelle fehlte ein Teil der Text, so wie sie uns zugeschickt wurde. Mit Hilfe der kürzere Presse-erklärung und ein wenig raten haben wir den Text wieder lesbar gemacht.

Wer kann uns japanisch übersetzen?

No. 2
1993
4.15



A.R.P 通信
〒606 京都市左京郵便局
私書箱57号　ARP
本号 200円
定期購読料2500円(10号分)

コロンブス・デー＝侵略と虐殺の500年と闘う

地獄からの使者！無政府忍者部隊



10月11日（日）、「侵略と虐殺の500 年」を正当化せんとする「新大陸発見 500年・コロンブス・デー」に対する闘いが、世界各地で取り組まれた。サンフランシスコでは「コロンブス・デー・記念式典」が計画されていたが、これを粉砕するためアメリカインディアン運動（AIM）などの呼びかけで抗議集会が開催された。

この日、西海岸一帯からアナキスト部隊約 150名が覆面武装で続々と結集し、同集会とデモに参加した。

149年前から毎年、サンフランシスコでは「コロンブスの大陸到達」を再現するセレモニーが行なわれている。これは俳優の扮するコロンブスが浜辺に「第一歩」を印して旗を立てるといった趣向の、まったくもってふざけたイベントである。

式典開催予定のアクアティック・パークは、すでに1000人の活動家、そしてアナキスト戦闘部隊によって占拠されていた。そう、150年めの今年、コロンブスは大陸に「到達」できなかったのである。

セレモニーを強行せんとする主催者側にはあらゆる抗議行動が展開された。

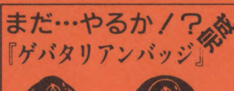
AIMのシュプレヒコール、ヨットやボートでかけつけた支援グループ・ベイエリア・ピース・ネイビーによる海上封鎖（この日、沿岸の制海権は完全に彼らのものとなっていたのだった！）、有色人種系の反戦グループRAW、反帝国主義女性グループWAI、プレッジ・オブ・レジスタンス（抵抗への宣誓）、グリーン・ピース、ブラック・ブロックなどの多くのグループによってセレモニーは完全粉砕されることとなった。

事前の戦術会議では、アナキスト部隊がAIMがセレモニー会場周辺の浜辺に進撃するのを防衛する予定であったが、AIMは実力で難なく突破してしまった。

4時間にわたってアクアティック・パークの占拠を貫徹した参加者は、抗議デモへと移り前進を開始した。（このデモは、AIMとともに活動するオール・ピープルズ・コングレスが主催）



デモ行進中の無政府忍者部隊



まだ…やるか！？
『ゲバタリアンバッジ』完成





G-1　G-2
1個 300円　2個 500円
申し込みはARPまで

A.R.P.
P.O. Box 57
Sakoyo, Kyoto
606, JAPAN

Liebe GenossInnen,

Wir sind eine aktive anarchistische Gruppe und beteiligt im Kampf gegen die Entsendung von japanischen Militäreinheiten nach Übersee durch den japanischen Staat, der die Re-Invasion der umliegenden Länder plant, und gegen die Verstärkung der staatlichen Kontrolle durch die Tenno-Obrigkeit (japanischer Kaiser).

Wir hatten unseren eigenen Raum in der Zeitschrift „Libera Volo“ der (japanischen) Anarchistischen Föderation (AF), entschieden uns aber eine eigene Zeitung zu veröffentlichen.

Die neue Zeitung heißt „Warrior“ und soll die Bewegungen bekannt machen, in der wir engagiert sind, sowie anarchistische Bewegungen in der ganzen Welt. Die Rückseite ist englisch-sprachig, um japanische Bewegungen den GenossInnen und FreundInnen auf der ganzen Welt vorstellen zu können.

Einige von unserer Gruppe sind Mitglieder der AF und unsere Aufgabe ist es, Informationen aus dem Ausland an AF zu geben. So ist unsere Zusammenarbeit mit AF und die Kontaktadresse von AF ist unsere Adresse.

Wir wünschen uns Kontakt mit AnarchistInnen und Radikalen AktivistInnen auf der ganzen Welt. Es wäre prima, unsere und Eure Publikationen auszutauschen... Dies wäre eine gute Gelegenheit Beziehungen zu GenossInnen aufzubauen.

Wir freuen uns auf eine Antwort von Euch

In Solidarität

CLASH

Internationale Zeitung

Eine vierteljährlich erscheinende Zeitung in deutsch- und englischsprachiger Ausgabe. Herausgegeben von einem unabhängigen Redaktionskollektiv von Menschen aus verschiedenen Ländern Europas. Entstanden aus dem Internationalen Infoladentreffen. Erhältlich in guten Buch- und Infoläden in West-Europa, USA, Kanada ...

Nummer 9 Herbst 1993

Schwerpunkt
Reaktionäre Mobilisierung
* mit Beiträgen aus Spanien, Frankreich, BRD, Niederlande
* Beilage Faschismus - Theorien

Hintergrund
Sendero Luminoso

Länderberichte
* Nicaragua
* Palästina
* Dänemark
* BRD

Clash-Schwerpunkte:
Nr. 10 - Patriarchat;
Nr. 11 - Kapitalistische Krise;
Nr. 12 - Imperialistischer Krieg

Post bitte im doppelten Umschlag:
1. (innerer) Umschlag: *Clash*
2. (äußerer) Umschlag:
Stichting Marinus vd Lubbe
Postbus 11149
NL 1001 GL Amsterdam
Niederlande

Anzeigenvorlage für Zeitungen, Broschüren etc. Am Ende haben wir Platz gelassen für Adressen, wo bei Euch die Clash erhältlich ist.

This is a list of infoshops connected to the International Infoshop Meeting

If you want your infoshop to be added to this list, write down the address, telephon- and FAX number and send it to CLASH

Austria

Infoladen
Margaretengürtel
122 - 124 / 1 / K
1050 Wien
Tel: (+43) 1 542307
FAX: (+43) 1 5353856

Infoladen
Kapuzinerstr. 36
4020 Linz
Tel: (+43) 70 / 279660

Infoladen
Schillerstr. 7 / 19
8010 Graz
(+43) 316 / 384739

Britain

Bookshop
121 Ruilton Road
London SE 24

56A Infoshop
56 A Crampton Road
London SE 17

Anti-Fascist-Action
BM BOX 1734
London WC 1
N3XX

Denmark

Autonomt Info
Elmegade 27
2200 Copenhagen N
Tel: (+45) 31351212
FAX: (+45) 35371980

Cafe Usmalia
Ungdomhuset
Jagdvej 69
2200 Copenhagen N

Euskadi

Urtoki Kollektiboa
Apdo 1453
Donostia
(San Sebastian)
(Guipuzkoa)

France

Wolnitza
42, Rue Bordeau
6900 Lyon

M.A.P. Printing
37, Rue Burdeaux
69001 Lyon

Germany

Infoladen
Kellnerstr.10 a
06108 Halle
Tel: (+49) 345/ 25537

Infoladen
Brandströmstr. 6
07749 Jena

Infoladen Daneben
Rigaer Str. 84
10247 Berlin

Infoladen Omega
Sparstr. 21
13353 Berlin
Tel: (+49) 30 / 4537023
FAX: (+49) 30/ 4538678

Nachladen
Waldemarstr. 36
10999 Berlin
Tel: (+49) 30 / 654747

Papiertiger
Cuvrystr.
10997 Berlin
Tel: (+49) 30 / 6183051

Infoladen
Hebbelstr. 15
14469 Potsdam

Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg
(+49) 40 / 446095

Infoladen Assata
c/o Alternative e.V.
An der Wallhalbinsel 27
23554 Lübeck

Merhaba
Autonomes Zentrum
Harmstr. 17
24114 Kiel
Tel: (+49) 431 / 677552

Infoladen Omega
Bahnhofstr. 44
24534 Neumünster
Tel: (+49) 4321 / 45927

Infoladen The Prax
c/o T - Stube
Am Stadtpark 2
24768 Rendsburg
Tel: (+49) 4331 / 29566

Infoladen
Hafermarkt 6
24943 Flensburg
Tel: (+49) 461 / 12991

Infoladen Umschlagplatz
St. Pauli Str. 10 - 12
28203 Bremen
Tel: (+49) 421 / 75682

Infoladen
Kornstr. 28 / 30
30167 Hannover
(+49) 511 / 715032

Infoladen Anschlag
Heeper Str. 132
33607 Bielefeld
Tel: (+49) 521 / 171253

Infoladen
Südanlage 20 HH
35390 Gießen
Tel: (+49) 641 / 74423

Infoladen
c/o Buchladen Rote Str
Rote Str. 10
37073 Göttingen
Tel: (+49) 551 / 74557

Projekt Archiv
c/o Druckluft
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen
Tel: (+49) 208 / 852454

Infoladen
Oesterholzstr. 88
44145 Dortmund
Tel: (+49) 231 / 837481

Infoladen Köln
Lud.-Camphaus.-Str.36
50627 Köln
Tel: (+49) 221 / 522907

Arbeitskreis
Internationalismus
Wolfstr. 10 HH
53111 Bonn
Tel: (+49) 228 / 659513

Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal
Tel: (+49) 202 / 311790
FAX: (+49) 202/ 311790

Infoladen
c/o Exzess
Leipziger Str. 91
60487 Franfurt
Tel: (+49) 69 / 774670

Infoladen
Frankfurter Str. 63
63067 Offenbach
Tel: (+49) 69 7 821522

Infoladen "Basta"
Frankfurter str. 58
64293 Darmstadt
Tel: (+49) 6151/ 295639
FAX: (+49)6151/781661

Infoladen
Werder Str. 8
65195 Wiesbaden
Tel: (+49) 611 / 440664
FAX: (+49)611/9490751

Infoladen Moskito
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg
Tel: (+49) 6221/ 181200
FAX(+49) 6221/164489

Pressehüte Mutlangen
Forststr. 3
73557 Mutlangen
Tel: (+49) 7171 / 76210

Infoladen Subito
Klarastr. 73
79106 Freiburg
Tel: (+49) 761 / 381414

Infoladen
Breisacher Str. 12
81667 München
Tel: (+49) 89 / 4489638
FAX: (+49) 89/4802006

Infoladen Uferlos
c/o Verein z. Förderung
d. Gegenkultur e. V.
Ravenspurger Str. 41
86150 Augsburg
Tel: (+49) 821 / 544636
FAX(+49) 821 / 544487

Infoladen Sabotnik
c/o Infocafe Weimar
Gerber Str. 1
99423 Weimar

Netherland

Infokafee De Kolk
PB 3762
(Nieuwezijdskolk 11)
1001 AN Amsterdam

Infoshop Gron
Steenstilstraat 38
Mail: PB 2107
Groningen
Tel: (+31) 50 / 133247

De Invalshoek
Koppenhinksteeh 2
2312 HX Leiden
Tel: (+31) 71 / 127619

Infowinkel Phoenix
Stieltjestraat 21
3071 JX Rotterdam
Tel: (+31) 10 / 4231385

Infowinkel Assata
Koeniginnenlaan 1
6542 ZH Nijmegen

Infowinel "schism"
Ganzenmarkt 26
3512 GE Utrecht

Italy

Radio Onda Rossa
Via dei Volsci 56
00100 Roma
(+39) 6 / 491750

T 28 Infoshop
Via dei Transiti 28
Milano

Radio Onda d'Urto
Contrada Carmine 16
25121 Brescia
(+39) 49 / 46596

Radio Sherwood
Vicola Pontecorvo 1 a
25100 Padova

Centro di Communica-
zione Antagonista
Via Avesella 5 / b
40100 Bologna

Contro Informatione
Internazionale
Via Tagliapietre 8 / b
Bologna
Tel: (+39) 51 / 260556
FAX: (+39) 51/6340692

Norway

Blitz Bokkafe
Pilestredet 30 C
0146 Oslo
Tel: (+47) 22110109
Fax: (+47) 22112349

UFFA Info
Inherredvn 69 c
7002 Trondheim
(+47) 7 / 514899

Sweden

Bokhandeln Info
Hornsgatan 151
Stockholm
(+46) 8 / 6585839

Barrikaden (Newspaper)
BOX 7539
20042 Malmö

Wapiti
Killiansg. 15
22221 Lund
(+46) 140977

Spain

Lokal
Calle de la Cerra 2
Barcelona

Switzerland

Autonome
Volxbibliothek
c/o Reitschule
Neubruchstr 8
3012 Bern
Tel: (+41) 31246317

Infoladen Ksama
Klingenstr. 23
8005 Zürich
Mail: Postfach 334
8226 Zürich
Tel: (+41) 1 / 2719009
FAX: (+41) 1 / 2719012